

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: pro Monat 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen wir: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Zeilenzahl ober deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Erklärungen und Beschlüsse 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: Briefe, Briefe, jedes weitere Wort 10 Pf. Siebengehaltene und Schlußzeilen: jedes erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 28. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Morinplatz, Nr. 1981.

## Die französischen Radikalen und die militaristische Hetze.

Paris, 26. Februar. (Eig. Ber.)

Das kläglichsche Bild politischen Verfalls bietet derzeit die radikale bürgerliche Demokratie dar. Unter den wenigen, auf ihrem Programm stehenden Reformen, die sie wirklich durchgeführt hat, stand die zweijährige Dienstzeit in erster Reihe, und nun ist sie dabei, sie ohne rechte Verteidigung, aber auch ohne rechte Überzeugung preiszugeben. Die Militaristen und Rationalisten wissen wenigstens, was sie wollen. Sie verfolgen mit der Aufspaltung der chauvinistischen Empfindungen und der Erregung patriotischer Vorurteile ihren politischen Profit. Wenn die Sicherheit der Nation es verlangt, daß der Militärpolitiker der Demokratie schleunigst der Laufpaß gegeben wird, so ist damit bewiesen, daß die Republik selbst diese Sicherheit nicht verbürgen kann und daß die Demokratie in ihrer konsequenten Fortsetzung zur „Abdankung“ Frankreichs als Großmacht führen würde. Die Säbelschleifer in Aktivität und Pension, die die nationalistische Presse an die Zeugenforen treten läßt, versichern ja, daß die Schöpfer der zweijährigen Dienstzeit Dummköpfe oder Verräter gewesen seien. Und die Radikalen lassen sich einfach terrorisieren und halten still. Wohl haben vereinzelte republikanische Militärs, wie die Generale Verey und Dalkstein, dargelegt, daß es zur Verklärung der Defensivkraft der Nation nicht der Verlängerung der Dienstzeit bedürfte, aber die „Politiker“ des Radikalismus halten sich ängstlich zurück. Sie haben keine Kraft zur eigenen Meinung, zu einem eigenen Willen. Sie werden nach irgendeiner Seite fallen, aber wissen noch nicht recht, nach welcher. Ihre Entscheidung hängt davon ab, ob die Stimmungsmache der großen Presse die natürliche Abneigung der großen Massen gegen die Verlängerung der Dienstpflicht überwinden wird. Die zweijährige Dienstzeit hatte sich zweifellos vollkommen eingestellt, und die maßgebendsten militärischen Zeugnisse hatten bestätigt, daß sie zur Ausbildung der Mannschaften — von unerschöpflichen, aber mit geeigneten Reformen zu beseitigenden Mängeln bei der Kavallerie abgesehen — ausreichte. Jedoch nach den Manövern wurde dem Volk aus dem Munde einheimischer und ausländischer Fachleute verbürgt, daß die Armee durchaus auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe, und nun soll ihm auf einmal durch eine Schreckenskampagne das Opfer des dritten Jahres abgerungen werden. Wird es gelingen, die Widerstände, die sich ihm entgegensetzen, in der erregten Panik zu überwinden? Wie denn, wenn es mißglückt? Die Wahlen rücken heran, und wer weiß, welche Rolle die Frage der Dienstzeit in ihnen spielen wird? Wie werden die Bauern, Kleinbürger und Arbeiter den radikalen Kandidaten, der um keine Wiederwahl wirbt, empfangen? Die geeinigten Sozialisten haben einen großen Feldzug gegen die rückschrittliche Heerespolitik angekündigt. Weiß man, ob die militaristische Demagogie nicht doch verlagert? Aber andererseits kann der Radikalismus auch nicht mehr wagen, bei seinem alten Programm der demokratischen Armeereorganisation kampfbereit anzuhalten. Er hat der nationalistischen Reaktion, teils aus politischem Hoß gegen die Sozialisten, teils aus ethischen Kleinbürgerlichen Instinkt, einen Finger gereicht und sieht nun seine ganze Hand festgeklemmt. Die Heise gegen die Gewerkschaften, gegen die Lehrer und Beamten, die Ent-rüstungskomödie gegen den zu reaktionären Zwecken erfundenen oder aufgebauften „Antipatriotismus“ — das alles haben geachtete Radikale wader mitgemacht, wenn nicht gar angeführt, und sie haben jetzt zu befürchten, eben dort gestraft zu werden, wo sie sündigten. So zwischen Schylla und Charybdis geraten, haben sie den Mut verloren, nach der einen oder der anderen Seite zu steuern, und lassen sich vom Wind treiben. Das einzige, was sie vermögen, ist, sich jätternd Mut anzusprechen. „Kaltes Blut!“ ruft es in der ganzen radikalen Presse. „Keine Uebertreibung!“ Die Linke wird natürlich dem bedrohten Vaterlande nicht einen Mann und nicht einen Groschen schuldig bleiben, aber ebenso natürlich auch der „arbeitenden Demokratie“ nicht einen Mann und einen Groschen überflüssigerweise entziehen. Bleibt nur noch die Frage, wie das Mehenerwelp gelöst werden wird. Der „Radical“ überträgt die Aufgabe dieser Lösung vertrauensvoll — der Regierung. Wörtlich schreibt er heute: „Man muß alle Voraussetzungen des ersten und komplizierten Problems in der Hand haben. Dies aber kann nur die Regierung dank den Untersuchungen, die sie angestellt hat, und den kompetenten Ratschlägen, die sie heranzieht.“ Man sieht, der Radikalismus überträgt die legislative Verantwortung geschlossenen Auges der Regierung, die gegen ihn, unter seiner feindseligen Abstinenz konstituiert wurde, und indem er sich im voraus den kompetenten Ratschlägen zu beugen erklärt, unterschreibt er das über ihn gefällte reaktionäre Urteil vom „Regime der Inkompetenz“. Die militaristische Reaktion hat sich von ihm keines Widerstandes zu verheben. Halb zog sie ihn, halb sank er hin. Aber der politischen Verantwortung wird er nicht entgehen. Die sozialistische Partei klagt an und der Wahltag wird Gerichtstag sein.

## Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Konföderation der Gewerkschaften erläßt ein Manifest gegen die dreijährige Dienstzeit, gegen den Militarismus und den Krieg. Das Manifest tritt für die deutsch-französische Annäherung ein und fordert die Arbeiterklasse auf zu Manifestationen gegen den Chauvinismus und Geschäftspatriotismus.

Man erwartet, daß die Regierung entsprechend dem Antrag des Kriegsministers sich für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit einsetzen und die Vorlage in kurzem in der Kammer einbringen werde. In der rechtsstehenden Presse und im „Temps“ wird eine überaus eifrige Agitation für die dreijährige Dienstzeit betrieben. Der Präsident des Armeeausschusses der Kammer, Rondebello, erklärte der Redaktion des „Temps“, die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit sei auch für die Infanterie notwendig. Die Erwartungen, die man bei Annahme der zweijährigen Dienstzeit gehabt hätte, seien enttäuscht worden. Die vorausgesehenen Vorteile blieben aus, dagegen beantwortete Deutschland die französische Spannungspolitik mit Höherspannung. Acht Tage nach der Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei Wilhelm II. in Tanger erschienen. Agadir, Casablanca, Agadir und die deutschen Militärvorlagen folgten. Rondebello meint schließlich, daß die im Oktober frei werdende Klasse, die nach dem Gesetz von 1905 eingedrückt sei, solle für ein halbes Jahr zurückgehalten, aber durch Prämien entschädigt werden.

## Die halbe Milliarde.

Paris, 27. Februar. Finanzminister Klotz brachte heute in der Kammer die Vorlage ein, welche 500 Millionen zur Beschleunigung der Arbeiten für die nationale Verteidigung fordert. In der Begründung wird gesagt, die Regierung habe als unumgänglich notwendige Maßnahmen die Verbesserung des Kriegsmaterials und der Organisation der Verteidigung ausgeführt. Sie bezeichnet die jetzigen Maßnahmen, die besonders dringend sind, und bittet das Parlament um die Erlaubnis, sie zu beschleunigen. Die Gesamtausgaben, die für die nationale Verteidigung in Aussicht genommen sind, betragen ungefähr 635 Millionen. Wenn der Kriegsminister nur über die gewöhnlichen Kredite verfügen könnte, würde die Ausführung zu lange hinausgeschoben werden. Um einen derartigen Aufschub soviel wie möglich zu beschränken, soweit es die Lage der Industrie zuläßt, werden Ausgaben nötig sein, welche die gewöhnlichen Kredite um 500 Millionen Franz übersteigen. Trotzdem diese zeitweilige außerordentliche finanzielle Inanspruchnahme ernsthaft ist, wird sie tatsächlich die Lasten des Landes nicht vermehren. Sie ändert nur die Zeit, wo diese Ausgaben gemacht werden sollen und wird die Budgets, die der Periode der beschleunigten Rüstungen folgen, um ebensoviele entlasten. (?) Das Land wird dafür den unschätzbaren Vorteil eintauschen, daß ihm die Früchte des Opfers früher zugute kommen, welches auf jeden Fall gebracht werden müßte, und es wird sich infolgedessen in merklich besserer Lage befinden, um allen Eventualitäten die Seiten zu bieten.

Die Vorlage bestimmt, daß die Ausgaben von 500 Millionen über den normalen Kredit hinaus ausschließlich für Erwerbungen, Fabrikation und Ausführung von Bauten innerhalb einer Höchstfrist von fünf Jahren verwandt werden. Nachträgliche Gesetze werden die notwendigen Kredite eröffnen.

## Vorpiel zur klerikalen Komödie.

In der gestrigen Nummer veröffentlichten wir einen Auszug aus einem Bericht der „Rhein.-Westf.-Ztg.“ über die Stellung des Zentrums zur Reichstagsauflösung und zu den neuen Militärvorlagen. Daß dieser dem Fachsenblatt aus dem Zentrumslager zugegangene Bericht echt ist und die Stimmung im klerikalen Lager genau wiedergibt, beweist die Tatsache, daß einige Zentrumsblätter sich mit den schärfsten Ausdrücken gegen die Preisgabe solcher „vertraulichen“ Verhandlungen wenden. So schreibt der „Kathener Volksfreund“: „Bedauerlicherweise — es muß das einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden — gibt es in neuerer Zeit keine Gelegenheit mehr, welche Gefinnungskumpen nicht zu lukrativer Tätigkeit benutzte; die Vertraulichkeit der Verhandlungen ist ebrenwürdig geschädigt, und danach ist das Urteil über ein solches Vorgehen leicht zu fällen. Im übrigen sind die Mitteilungen für jeden, der offenen Auges die Entwicklung betrachtet, so sonnenklar, daß die „Enthüllungen“ wirklich billige Alltagsware darstellen.“

Doch das ist Nebenbade; wichtiger ist, daß dieses Blatt, das auf dem linken Flügel des Zentrums steht, aus seiner Kenntnis der Fraktionsverhandlungen befragt, das Zentrum sei bereit, die neuen Heeresvorlagen zu bewilligen:

Danach ergibt sich die Stellungnahme zu der zu erwartenden Heeresvorlage von selbst. Die Prüfung der Notwendigkeit eines starken militärischen Schutzes ist angesichts der angestrengten Rüstungen Frankreichs überflüssig. Das wird auch der „Vorwärts“ zugeben, der dem „Volksfreund“ eine Abschwenkung in der Frage der Neurüstungen beweisen möchte. Ebenso steht doch

wohl widerspruchlos fest, daß dieser ausreichende Schutz im allgemeinen, vor allem auch im Arbeiterinteresse liegt, das zu vertreten die Sozialdemokratie noch vorgibt. Bleibt die Dedungsfrage! Heute kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Regierung mit der Heeresforderung auch den Entwurf der Dedung vorlegt. Wie diese gefunden wird, darüber heute Berechnungen anzustellen, ist verfrucht, wenn man sich nicht in der allerdings recht bequemen und wenig verantwortungsvollen Lage der Sozialdemokratie befindet, alles abzulehnen. Daß das Zentrum bei Schaffung neuer Einnahmequellen dem vom „Volksfreund“ vertretenen Grundsatze: Schonung der schwachen Schultern, trenn bleiben wird, bedarf keiner Diskussion. . . .

Über all das wird zu reden sein, wenn die Vorlage an die Öffentlichkeit gebracht ist. Vorerst kann es sich nur um eine prinzipielle Stellungnahme handeln. Und diese muß erfolgen nach den Grundsätzen der Partei im Interesse des Volksganges und des Vaterlandes, ohne agitatorische Rücksichtnahmen, bei denen gerade die Sozialdemokratie die Grenze zur Demagogie hin weit überschreiten wird. Um so mehr bedarf es der starken Betonung des nationalen Interesses, das — vielleicht — Ausichten für ein einträglicheres Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien nach Ueberwindung der linksliberalen Elemente bietet.“

Deutlicher kann kaum ausgesprochen werden, daß das Zentrum die Militärvorlagen mögen diese ausfallen wie sie wollen, im sogenannten „Interesse des Volksganges“ beziehungsweise im „nationalen Interesse“ schließen wird. Auch von der früheren Erklärung, daß das Zentrum nur dann die Heeresverfärfung bewilligen werde, wenn zugleich die Dedungsfrage gelöst und die neuen Lasten den Bestehenden aufgebürdet würden, ist nicht mehr die Rede. Geblieben ist nur die bekannte, abgenützte, nichtsagende Redensart von der „Schonung der schwachen Schultern“.

Das Zentrum ist, wie gestern richtig die „Rhein.-Westf.-Ztg.“ schrieb, wieder in die alten Bahnen eingelenkt. Es hat auf Freiherrn v. Hertlings Rat sich auf seine „große Vaterlandsliebe“ besonnen und der Regierung in sichere Aussicht gestellt, daß es alle ernstliche Forderungen bewilligen wird, wenn es sich auch um das Dekorum zu wahren, zunächst gegen einzelne Nebendinge sperren muß. Es ist denn auch oben wieder gnädigt in die Gemeinschaft der wahrhaft nationalen Parteien eingereiht worden, und Freiherr v. Hertling wird in kurzem den schwarzen Adlerorden erhalten; daneben wahrscheinlich einige andere Zentrumsgrößen auch ein paar Auszeichnungen, natürlich minderer Qualität.

So ist alles wohl vorbereitet. Die klerikale Komödie „Wie man das Volk betrügt“ kann beginnen.

## Die Balkankrise.

Dem Pariser „Matin“ wird aus Petersburg gemeldet, daß die Kabinette von Wien und Petersburg beschlossen haben, bereits in den nächsten Tagen die Demobilisierung anzuordnen. Dieser Beschluß sei von einem russischen Ministerrat unter Vorsitz des Zaren gefaßt worden. Die Wiener „Reichspost“ bestätigt die Nachricht mit dem Zusatz, daß die Abberufung der Truppen an der russisch-galizischen Grenze Ende dieser Woche erfolgen solle. Die außerordentlichen militärischen Maßnahmen Österreichs an der serbischen Grenze bleiben bis auf weiteres bestehen. Es heißt auch, daß Rußland nunmehr eine Zustimmung dazu gegeben habe, daß Skutari Albanien zugesprochen werde.

In Österreich selbst scheint man der Demobilisierungspolitik der Regierung herzlich müde zu sein. Dafür spricht, daß im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses einstimmig eine Resolution angenommen wurde, die bedauert, daß die Erklärung des Grafen Stürath durch den (ältesten von uns wiedergegebenen) Artikel des „Fremdenblattes“ abgeschwächt und so die Öffentlichkeit neuerlich beunruhigt worden ist. Das „Fremdenblatt“ lacht auch heute durch neue Erklärungen keine geistige pessimistische Darstellung abzuschwächen. Die Direktionslosigkeit der Wiener Regierungsstellen, die zweien Herren, dem Kaiser und dem Thronfolger, zugleich dienen müssen, wird immer offensichtlicher.

## Oesterreich und Rußland!

Paris, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ meldet, daß Rußland zur Demobilisierung bereit sei, aber nur, wenn Oesterreich auch an der serbischen Grenze demobilisiere. In Petersburg glaube man an einen baldigen Friedensschluß auf dem Balkan, da beide Parteien erschöpft seien.

## Keine serbischen Kriegsausruhen.

Belgrad, 27. Februar. Das Pressebureau teilt mit: Da die Notwendigkeit einer Kriegsausruhen auf gehört hat, wurde der Sitz des Armeoberkommandos von Uesfib nach Nisch verlegt.

## Die Türkei und der Friede.

Konstantinopel, 27. Februar. Die „Jeune Turc“ erfährt, erklärte der Großwesir im Verlaufe seines letzten Besuches beim französischen und russischen Botschafter: die Türkei sei mit ihren

leichen Vorkäufen bis an die äußerste Grenze der möglichen Zweckmäßigkeit gegangen. Nun müßten sich die Großwäcker an das bulgarische Kabinett wenden, um dieses zu einer weniger unverständlichen Haltung zu bewegen.

### Türkische Furcht vor einer Revolte.

Konstantinopel, 27. Februar. (Nachung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Regierung trifft strenge Vorsichtsmaßnahmen, um die Ordnung zu sichern und jedem Versuch, einen Umsturz herbeizuführen, vorzubeugen. Das Amtsblatt veröffentlicht eine neue Polizeiverordnung, nach der die Polizeibeamten befugt sind, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn dies zur Abwehr von Angriffen oder zur Verhinderung der Flucht von Verbrechern notwendig erscheint. Falls für die Aufrechterhaltung der Ruhe die vorhandenen Polizeimannschaften nicht ausreichen, können die Wallis resp. in Konstantinopel der Minister des Innern durch schriftlichen Befehl an den Kommandanten Militär requirieren. — Eine Probe erinnert daran, daß das Gesetz, das den Beamten verbietet, sich mit Politik zu befassen, genau zu befolgen ist.

### Vor Adrianopel.

Konstantinopel, 27. Februar. Ein amtliches Kriegsbulletin besagt, daß General Bulair und Tschataldscha keine Veränderung der militärischen Lage eingetreten sei. Der Feind habe Adrianopel schwach beschossen. Der Artilleriekampf dauere auf allen Fronten, insbesondere auf der Ostfront, fort.

### Serbische Hilfe für Montenegro?

Wien, 27. Februar. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Belgrad von besonderer informierter Seite: Die serbische Regierung hat sich entschlossen, im Einvernehmen mit Griechenland ein Hilfskorps von über 30 000 Mann aus griechischen Schiffen von Saloniki dem Montenegro zu Hilfe zu schicken, um Skutari zu Fall zu bringen. Das Expeditionskorps mit 10 Belagerungsgeschützen, 24 Feldgeschützen, dem Geniekorps und dem Munitionspark soll in Durazzo, San Giovanni di Medua und Antivari landen und von dort nach Skutari marschieren.

### Die albanische Frage.

London, 27. Februar. Das Reutersche Bureau erfährt aus diplomatischen Quellen, daß die Lage hinsichtlich Albanien augenblicklich die folgende ist: Obgleich ein Einverständnis unter allen Mächten über Hauptfragen der Abgrenzung Albanien in Aussicht steht, macht es doch die Fortsetzung des Kriegszustandes und besonders die Kriegslage bei Skutari augenblicklich sehr schwierig, endgültige und formelle Entscheidungen zu treffen. Sobald der Friede einmal geschlossen ist, werden die Erörterungen dieser letzten Wochen und die dabei gemachten Vorschläge, welche schon eine wesentliche Entspannung herbeigeführt haben, wahrscheinlich sofort zu einer freundschaftlichen Regelung führen. Trotz des Geistes der Veröhnlichkeit und der Solidarität, von welchem die Mächte bei diesen Verhandlungen Beweise gegeben haben, darf man nicht erwarten, daß die grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich bestimmter Teile von Albanien sich in formelle und entscheidende Verabredung umsetzen wird, bevor die Lage, welche durch die Fortsetzung des Krieges geschaffen ist, einen weniger unsicheren Charakter angenommen haben wird.

### Die italienische Goldwaule.

Konstantinopel, 26. Februar. Zuerstige Nachrichten zufolge wird Italien in 3 bis 4 Tagen die im Verträge von Lausanne als Kapital der Einfuhr der „Dette Publique“ aus Tripolis vereinbarte Summe von 50 Millionen Frank an die Türkei abliefern. Gemäß einem zwischen der Porte und der Dette Publique abgeschlossenen Übereinkommen fließt ein Drittel dieser Summe dem türkischen Staatskassas zu, welcher nach Abzug des bereits empfangenen Vorschusses von 300 000 Pfund noch ungefähr 9 800 000 Frank zu erhalten hat.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar 1913.

### Reichseisenbahnen.

Aus dem Reichstage. Wir haben Reichseisenbahnen; aber sie sind nicht das, was ihr Name für den Uingeweihten vielleicht besagt, sie sind nicht die Eisenbahnen des Deutschen Reichs, sondern nur die Eisenbahnen Elsaß-Lothringens, des „Reichslandes“. Von wirklichen Reichseisenbahnen will der maßgebende Bundesstaat nichts wissen. Der preussische Eisenbahnminister lehnte am Donnerstag die Wünsche des Hauses auf Schaffung einer Reichseisenbahngemeinschaft mit dem kühnen Argument ab, daß die Reichseisenbahnen in Wirklichkeit schon vorhanden seien, eine formelle Legitimierung dieses Zustandes würde sachlich kaum zu spüren sein. Mag sein, daß Preußen seinen Einfluß auch im Eisenbahnwesen schon so reslos durchgesetzt hat, daß den übrigen Bundesstaaten zu wünschen nichts mehr übrig bleibt; ganz hat Preußens erbarener Eisenbahner seinen Willen allerdings noch nicht durchsetzen können, es mag ihn genug ärgern, daß sich die Fahrgäste in einem preussischen Speisewagen mit Fischen ihre Zigarre anzünden, sobald der Wagen über die preussische Grenze gedonnert ist und die freieren Fluren Bayerns durchquert.

Aber der Herr Breitenbach geht in seinem preussischen und bürokratischen Selbstgefühl doch sehr in die Irre, wenn er glaubt, daß Preußens übermächtige Hegemonie im Eisenbahnwesen ohne weiteres einem wirklichen Reichseisenbahnwesen gleichzusetzen wäre. Wenn Herr Breitenbach nicht mit seiner ganzen Existenz dem preussischen Dreiklassenparlament verantwortlich wäre und nur so nebenbei zu einem bescheidenen Teile seiner Verantwortlichkeit dem Reichstage, sondern wenn er sich einzig und allein vor dem Reichstage zu verantworten hätte und von ihm sein Gehalt bekäme, so würde manches im deutschen Eisenbahnwesen anders aussehen. Herr Breitenbach sieht ganz so aus, als ob er mit der gleichen Glätte und Hebegeandtheit, mit der er jetzt den preussischen Nachhabern dient, auch „anders“ könnte, wenn einmal der Wind „anders“ weht.

Doch es handelt sich natürlich nicht um eine persönliche Angelegenheit des Herrn Breitenbach, der es wegen seiner Verdienste um die preussische Plus- und Scharmacherei schon vom Bürgermann zum Edelmann gebracht hat, sondern die Umwandlung des gesamten einzelstaatlichen Eisenbahnwesens zur wirklichen Reichseisenbahn würde aus sachlichen Gründen und durch die verschärfte öffentliche Kontrolle neben Fortschritten im Verkehr und in der Betriebstechnik vor allen Dingen auch Fortschritte sozialpolitischer Natur im Gefolge haben. Unser Genosse Fuhs, der Vertreter von Strahburg-Land, hat am Donnerstag eine Fülle von Beschwerden über

Mißstände aller Art zum Vortrag gebracht, die zwar nur Bedeutung für Elsaß-Lothringen zu haben scheinen, in Wirklichkeit doch aber auch allgemeinere Bedeutung haben, weil sie einen Einblick des Reichstags in das preussische System ermöglichen. Herr Breitenbach geht freilich mit der selbstsicheren Unfehlbarkeit des preussischen Beamten von Königs Gnaden über solche Kritik hinweg. Sie ist in seinen Augen nur negativer Art. Für positive Leistungen der Staatsbürokratie scheint der Eisenbahnminister dagegen seine Verletzungen des Koalitionsrechtes der Eisenbahnarbeiter zu halten. Streifen dürfen die Arbeiter und Beamten nicht, eine ungehinderte Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte ist ihnen nicht gestattet, Ordnung und Disziplin müssen sie halten, im übrigen aber sind sie absolut frei! Und der Arbeiter absolut, wenn er unseren Willen tut!

Das Haus wurde wieder durch Reden der beiden Antisemiten Werner-Giezen und Werner-Hersfeld erfreut. Kein Tag ohne Reden dieser Geistesriesen! So klein ihre „Fraktionen“ sind — sie besetzen, wenn wir nicht irren, nur aus ihren beiden „Benigsteiten“ —, so armelig es in ihren geistigen Kammern ansieht, so groß ist ihre Redelust und ihr Mut, dem Reichstage tagtäglich ihre Belanglosigkeiten zumuten. Wenn zwischen beiden noch eine Abstufung möglich ist, so darf man sagen, daß der semmelblonde, paubäckige Oberlehrer, der Giezen vertritt, noch bescheidener in seinen Leistungen und noch unbessidener in seinen rednerischen Ansprüchen ist als der Hersfeld-Werner.

Wenn die bürgerlichen Parteien oft über angebliche Redelust der Sozialdemokraten, die über ein Viertel des ganzen Reichstages ausmachen, reden, so sollten sie sich lieber an die eigenen Nasen fassen. Die beiden Werner und einige andere Vielredner kleiner, kleinster und allerkleinster Fraktionen dürfen sie sogar ruhig zu pädagogischen Zwecken an den Ohrläppchen packen und zu parlamentarischer Bescheidenheit erziehen.

### Kohlensyndikat.

Die am Donnerstag im Abgeordnetenhaus fortgesetzte Debatte über den Etat der Bergverwaltung drehte sich fast ausschließlich um die Frage des Kohlensyndikats, das von den verschiedenen Parteien sehr verschieden beurteilt wird. Auch die Regierung hat schon seit langer Zeit die Auswüchse des Syndikats erkannt, sie ist aus diesem Grunde gewissermaßen als Protest gegen die Vertenerung der Hausbrandkohle und gegen die Schädigungen der Industrie, aus dem Syndikat ausgegangen. Dieser Schritt wurde besonders von freisinniger Seite gebilligt. Einen warmen Befürworter fand die Politik des Syndikats in dem Abg. Spitzig (H.), der sich in erster Linie als Vertreter der Interessen des Grubencapitals fühlte. Im Gegensatz zu ihm wies Genosse Keiner in mehr als einständiger sachkundiger Rede ausführlich nach, wie schädlich das Grubencapital wirkt, indem es, unbekümmert um die Bedürfnisse der Gesamtheit, nur seine eigenen Interessen wahrnimmt, wie es insbesondere die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt und die einheimischen Arbeiter durch die Ausbeutung billigerer ausländischer Arbeiter schwer schädigt. Eine weitere Gefahr besteht darin, daß das Kohlensyndikat darauf ausgeht, die gesunkenen staatlichen Einrichtungen zu beherrschen, daß es die Eisenbahnen und alle Staatsbetriebe, die auf den Verbrauch von Kohlen angewiesen sind, von sich abhängig machen will. Die Debatte soll morgen beendet werden.

### Ein Kapitel zur Wahrheitsliebe des Reichsverbandes.

In Nummer 2 der „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ vom 17. Januar 1913 wird versucht, die wichtigen Anklagen zu entkräften, die Genossin Fiech auf dem preussischen Parteitag gegen den mangelnden Wächereinsatz in Preußen erhob.

Ihre Darstellung, daß in Preußen nach dem Ergebnis der amtlichen Erhebungen aus dem Jahre 1909 mehr denn 127 000 Frauen ohne Hebammen entbunden hätten, davon die meisten im Osten Preußens, wird als faustdicke Unwahrheit bezeichnet, was schon dadurch bewiesen sei, daß in Ostpreußen im Jahre 1909 überhaupt nur 68 865 Personen geboren wurden.

Man sieht, bei dem d-Korrespondenten des Reichsverbandes ist Geschwindigkeit keine Hexerei: Er macht aus „dem Osten Preußens“ „Ostpreußen“ und mit seiner Beweisführung, daß faustdicke Unwahrheiten gesagt seien, ist er fertig.

Wir stellen demgegenüber fest, daß in dem Bericht über das Gesundheitswesen des preussischen Staates vom Jahre 1909 auf Seite 455 zu lesen ist:

„Ein Vergleich zwischen der Zahl der überhaupt erfolgten Entbindungen (1 251 588) und der von den Hebammen vollzogenen (1152 766) ... lehrt, daß 128 822 Entbindungen ohne Beistand einer Hebamme vor sich gegangen sind, d. h. etwa 10 v. H. aller Entbindungen.“ Weiter heißt es dann: „Am höchsten war die Zahl der Entbindungen ohne Hebamme im Regierungsbezirk Allenstein mit 42,7 Proz., danach folgen: Posen 27,0 Proz., Bromberg 27,3 Proz., Marienwerder 20,7 Proz., Oppeln 18,4 Proz., Danzig 17,1 Proz. und Gumbinnen mit 15,7 Proz.“

Nach diesen Proben amtlicher Zahlen, auf die Genossin Fiech ihre Darlegungen stützte, werden unsere Leser am besten selbst ermessen können, auf welcher Seite die faustdicken Unwahrheiten liegen.

### Nationalliberal-fortschrittliches Wahlabkommen in Schlesien.

Die Bindung der schlesischen Freisinnigen gegen das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist jetzt in aller Form durch das Abkommen mit den Nationalliberalen erfolgt. Das Abkommen enthält folgenden Passus:

„So lange ein Kandidat oder Wahlmann einer der beiden Parteien im Wahlkampf ist, dürfen von keiner der beiden Parteien Verhandlungen mit dritten Parteien gepflogen oder Abmachungen getroffen werden, ohne das vorher eingeholende Einverständnis der anderen Kompromisspartei. In einem Wahlkreise, in dem die beiden Parteien im Kompromiß stehen oder sich gegenseitig unterstützen, darf bei den Urwahlen wie bei den Abgeordnetenwahlen weder der gemeinsame Wahlanschlag, noch auch irgendeine offizielle Stelle der beiden Parteien zur Wahl von Wahlmännern oder Abgeordneten einer anderen Partei aufzudern.“

In dieser gewundenen Form wird der einfache Tatsache Ausdruck gegeben, daß in keinem schlesischen Kreise der Freisinn für die sozialdemokratische Unterstützung Gegenleistungen bieten darf. Damit hat er sich natürlich um diese Unterstützung gebracht und mindestens vier Mandate an die Reaktion verloren. Auch seine nationalliberalen Kontrahenten werden bei diesem Geschäft in Schlesien nichts erden.

### Eine Erzbergerische Glanzleistung.

Es ist bekannt, daß das qualmende Talglicht von Gattenhausen, Herr Matthias vulgo Gallimathias Erzberger, seine Ansichten, politische und wirtschaftliche, noch leichter wechselt, wie seine Unter-

hosen. Wiederholt ist ihm schon nachgewiesen, daß er in einer Rede oder Schrift fast genau das Gegenteil von dem gesagt hat, was er kurz vorher bei einer anderen Gelegenheit als gründlichstes Ergebnis seiner emigen Studien gepriesen hatte. In ihrer letzten Nummer leistet sich wieder mal die „Tägl. Rundschau“ das Vergnügen, an einem Beispiel nachzuweisen, wie wandlungsfähig diese journalistische Kapazität des Zentrums ist, indem sie zwei Artikel des Herrn Erzberger, M. P., vom 8. Februar 1913 und vom 12. Mai 1909 einander gegenüberstellt, in welchen beiden er die Frage der Erbschaftsteuer und der Stempelsteuer behandelte. Aus Rücksicht auf den Raum beschränken wir uns auf folgenden kurzen Auszug:

Herr Erzberger meinte:

Der frühere Reichstagspräsident und geordnetes Haus, Erzellenz Graf Schwerin-Löwig, hat in seiner Wahlkreisrede einen Vorschlag zur Lösung der Besitzsteuerfrage gemacht.

Der Vorschlag geht dahin, sämtliche Stempelsteuern dem Reich zu überlassen; die Reichssteuerzuschüsse aber ganz den Gemeinden, die Erbschaftsteuer ganz den Einzelstaaten zu überweisen.

Unter keinen Umständen kann man sagen, daß dieser Vorschlag der Verfassung gerecht wird. Der Vorschlag kommt noch zeitlich viel zu spät.

An eine Ueberlassung der heutigen Reichs-erbschaftsteuer an die Bundesstaaten kann man im Ernst nicht mehr denken.

Die Uebernahme sämtlicher Stempelabgaben an das Reich reifert sich schon dadurch, daß diese Abgaben eine indirekte Steuer sind, und daß man solche dem Reich geben sollte; die Bundesstaaten sollen dafür die direkten Steuern behalten.

Deutschland ist ein einheitliches Wirtschafts-, Zoll-, Verkehrs- und Rechtsgebiet; da läßt sich die heutige Verschiedenheit der Stempelabgaben gar nicht mehr rechtfertigen.

Dieser Vorschlag (Austausch der Erbschaftsteuer gegen die Stempelsteuer) scheint ... das Ei des Kolumbus zu sein. Trotzdem stehen ihm so erhebliche Bedenken im Wege, daß er als ganz unannehmbar bezeichnet werden muß.

Endlich würde eine solche Abtretung aller Landesstempelsteuern an das Reich eine ungerechte Belastung Süddeutschlands und der Kleinstaaten darstellen.

In Süddeutschland kennt man die Landesstempelsteuer kaum und würde sich gar nicht an den Gedanken gewöhnen können, daß nunmehr alles zu besteuern ist, was bisher frei war.

Das süddeutsche Volk ist an diese billigen Gebühren gewöhnt. Das süddeutsche Volk ... könnte nicht einsehen, daß es eine allgemeine Besitzsteuer sei, was Graf Schwerin vorschlägt.

Eine Reihe anderer Bedenken sei zurückgestellt, da es als ganz ausgeschlossen angesehen werden darf, daß Reichstag und Bundesrat sich auf diesen Vorschlag zusammensetzen werden zur Lösung der Besitzsteuerfrage.

Bei dem heutigen Zustand ist es lohnend, wenn man für die Beglaubigung gewisser Unterschriften von Berlin nach Stuttgart fährt; ... überall im Reich genießt man die Vorteile des einheitlichen Rechts; wenn man aber gewisse Teile des BSB. vollzieht, ist die Stempelsteuer sehr verschieden nach dem Orte, an dem man gerade wohnt. Wegen der Ueberführung der indirekten Steuern an das Reich lassen sich sachliche Gründe nicht ins Feld führen. Man kann wohl einwenden, daß der Begriff der Stempelabgabe kein fester sei; was in dem einen Lande als Stempel angesehen werde, werde im Nachbarlande als Gebühr erhoben. Das stimmt; aber es würde gerade Sache der Reichsgesetzgebung sein, genau zu bestimmen, wann die Stempelabgabe zu erheben ist. Den Einzelstaaten bleibt dann die Gebühr für die rekordierenden Fälle. Diese Schwierigkeit ist zu überwinden.

Es handelt sich nicht darum, ob Herr Erzberger 1909 oder 1913 richtiger geurteilt hat, sondern lediglich um die Wandlungsfähigkeit dieser bei keinen Fraktionsgenossen als großes Licht geltenden Zentrumsgröße.

### Die Fortschrittspartei und die neuen Decretsvorlagen.

Obgleich der Inhalt der neuen Decretsvorlagen noch nicht bekannt ist, präparieren sich bereits die Fortschrittler auf die patriotischen Nebenarten, mit denen sie im Reichstag die enormen neuen Militärforderungen unterstützen wollen. Das zeigt folgende Unterredung, die ein Korrespondent der „Welt Parisien“ mit dem Abg. Dr. Wiemer gehabt hat.

Herr Wiemer sagte: „Ueber das Programm selbst kann ich noch nichts sagen, da uns diese Unterlagen erst einige Tage vor Ostern zugehen dürften. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich der Reichstag noch vor Ostern mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen wird. Jedenfalls werden die Entschlüsse in dieser Frage nicht vor dem Herbst gefaßt werden. Die ganze Frage wird wahrscheinlich einer Kommission zur Erledigung übertragen. Ueber die Frage der Kostendeckung, die infolge der bundesstaatlichen Verfassung des Deutschen Reichs sehr schwierig ist, ist zu sagen, daß sie hauptsächlich durch die Erbschaftsteuer gedeckt wird. Die Erbschaftsteuer dürfte ebenso wie die ganze Decretsvorlage mit großer Majorität vom jetzigen Reichstag angenommen werden.“

Zum Schluß fragte ihn der Korrespondent, warum die deutschen Rüstungen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt vorgenommen werden. Wiemer antwortete, daß man sich hierüber allzu sehr in Frankreich aufregt, Deutschland habe nicht die geringsten aggressiven Absichten und hätte die Verstärkungen nur angesichts der heutigen internationalen Lage vornehmen müssen.“

## Ein Breslauer Urteil.

Ich bin der Meinung, daß wir keine schärferen Bestimmungen gegen den Terrorismus brauchen. Wir kommen mit den bestehenden Bestimmungen ganz gut aus, die ja mehrjährige Gefängnisstrafe zulassen. Wenn auf solche Strafen erkannt wird und mehr Anzeigen erfaßt werden, erübrigen sich neue Gesetze."

Dieser Ausspruch tat am Mittwoch der Vorsitzende der Breslauer dritten Strafkammer, Landgerichtspräsident, in einer Verurteilung. Und die "Möglichkeit" dieser Ansicht fand auch bald darauf ihre Bestätigung, indem das Gericht eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe (1) für angemessen erachtete, die das Schöffengericht über einen angeklagten Arbeiter verhängt hätte. Und wofür diese harte Strafe? Weil der verurteilte Arbeiter versucht habe, durch Bedrohung einen Unorganisierten zum Eintritt in einen gewerkschaftlichen Verband zu bewegen.

## Unstimmigkeiten in der Polenfraktion.

Bei der Abstimmung im Reichstag über den Antrag Ablass, welcher der Regierung die Möglichkeit geben sollte, vom 1. April ab Verfügungen über Polizeiverordnungen zu erlassen, fiel das Verhalten der polnischen Reichstagsfraktion auf. Nach § 9 der Geschäftsordnung der Fraktion sind die polnischen Abgeordneten verpflichtet, geschlossen zu stimmen. Diese Verpflichtung wurde von drei Abgeordneten nicht eingehalten. Die Abgeordneten Rowicki und Gzar sind in enthielten sich der Stimme und der Abg. Sosinski, der Vertreter des Wahlkreises Katowice-Gabrze, stimmte für den Antrag. Dieses Verhalten hat in der polnischen Presse einen Sturm der Entrüstung verursacht. Auch in der Fraktion ist es zu stürmischen Ausbrüchen gekommen, ohne daß die Verhandlungen ein Resultat erzielt hätten. Das polnisch-konservative Organ, der „Dziennik Poznański“, kommt nun mit einem positiven Vorschlag. In einem Leitartikel wird die schwierige Lage der polnischen Abgeordneten aus dem oberschlesischen Bezirk anerkannt, weil sie die sozialdemokratische Konkurrenz zu fürchten haben. Aus diesem Grunde wird den oberschlesischen polnischen Abgeordneten empfohlen, aus der polnischen Fraktion auszutreten und sich als Hospitanten anzumelden. Auf diese Art hofft man, den oberschlesischen Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, in wirtschastlichen Fragen nach Bedarf zu stimmen, in politischen Fragen dagegen sich mit den übrigen polnischen Vertretern zu vereinigen.

## „Kameradschaftliche“ Kasernen, „Erziehung“.

Die ihnen vom Feldwebel nahegelegte Art von „Rekruten-erziehung“ verstanden vier Russeiere von der 3. Kompanie des Inf.-Regts. in Gera (Neuh.) dahin, daß sie mithilfe ihrer Kameraden verhaften sollten. Am 3. Februar besorgten sie das einem Rekruten, der wiederholt über Urlaub geblieben war, gründlich. Auf Verabredung drangen die vier „Kameraden“ nachts in die Stube, wo das Opfer lag, ein, und verhielten ihn mit Knopflöschchen. Vor dem Kriegsgericht in Erfurt entschuldigten sich am Mittwoch die vier Angeklagten damit, sie seien der Meinung, wenn Kompaniestrafen nichts nützen, müsse eben Prügelstrafe eintreten. Der Anklagevertreter hielt die Sache für „harmlos“, es sei aber eine große Ungehörigkeit, einen Schlafenden hinterlistig zu überfallen. Strafantrag und Urteil lauteten auf je eine Woche Gefängnis.

Man wird nicht behaupten wollen, daß die Winke des Feldwebels und die Ansicht des Anklagevertreters den Mißhandlungen von Soldaten entgegenwirken.

## Vorboten des ungarischen Generalstreiks.

Budapest, 27. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gestern Abend fand in Budapest eine Vertrauensmännerversammlung statt, zu der nahezu 2000 Delegierte erschienen waren. Es handelte sich um die letzten Anordnungen für den Generalstreik. Die Behörde hatte auch Ueberwachung gesandt. Die Parteileitung erklärte, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Streik in den nächsten Tagen beginnen werde.

Die hauptstädtischen Verwaltungsbehörden hielten am Mittwoch gleichfalls Beratungen ab, um sich schlüssig zu werden über die Maßregeln, die beim Ausbruch des Generalstreiks ergriffen werden sollten. Es wurde beschlossen, Rettungsmannschaften anzustellen, die vom 2. März ab in Permanenz Dienst tun sollen. 120 Betten werden in den Spitälern für etwaige Verwundete reserviert. Ferner wird ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem aufgefordert wird, sich für mehrere Tage zu desorganisieren. Die städtischen Anstalten sollen militärisch bewacht werden.

Das Polizeipräsidium hatte gleichfalls am Mittwoch sämtliche Bezirksleiter und Vertreter der Militärbehörden zusammenberufen, um ihrerseits Maßnahmen für den Generalstreik zu treffen. Budapest wird sechs Rayons geteilt und von der Militärbehörde werden Truppen gestellt, die mit der Polizei und der Gendarmerie für die Sicherheit sorgen sollen. Jeder polizeiliche Bezirksleiter erhält einen Stabsoffizier zugeleitet.

Der Handelsminister hat im Verordnungswege aus Rücksicht auf den drohenden Generalstreik die Arbeitsruhe für nächsten Sonntag aufgehoben.

Der Streik wird, da die Verhandlungen des Wahlgesetzesentwurfs auf Dienstag im Plenum der Kammer beginnen sollen, für diesen Tag erwartet. — Sämtliche Wahlen Budapests bleiben laut Beschluß des Müllerverbandes vom 2. bis 15. März gesperrt. Von diesem Beschluß werden 9000 Arbeiter betroffen.

Das ungarische Parteiorgan, das einen heftigen Artikel an leitender Stelle bringt, dessen Spitze sich gegen den König richtet, wurde wegen Majestätsbeleidigung konfisziert und die gesamte Postsendung, 40 000 Exemplare, auf den Bahnhöfen beschlagnahmt.

An Stelle des zurückgetretenen Unterrichtsministers Richy wurde Staatssekretär Rankowicz, eine Kreatur Tiszas, zum Unterrichtsminister ernannt.

## Russische Sklavenwirtschaft in der Mongolei.

Rußland hat die Mongolei noch nicht völlig entdeckt, und schon bringen aus jenem Gebiet die ungeheuerlichsten Nachrichten über die Art und Weise, wie die russischen Kapitalisten, von der ganzen Macht der hinter ihnen stehenden Diplomatie geschützt, die Naturkräfte und die Arbeitskräfte des Landes ausbeuten. Das Bild, das sich hier bietet, erinnert an die Zustände auf den Plantagen der afrikanischen oder amerikanischen Sklavenhalter, die ihre Arbeitsherden mit Blut und Peitsche an die Arbeit trieben. Auch die russischen Kapitalisten wenden hier, in der „bestraubten“ Mongolei, wo Mangel an Rohmaterial in Halle und Fülle vorhanden ist, dieselben Ausbeutungsmethoden an, und dies ist, neben der Möglichkeit, die reichen Naturkräfte des Landes gegen eine Kleinigkeit sich anzueignen, der Hauptgrund, weshalb die russische Kapitalistenklasse mit einem solchen Deuereifer das mongolische Ueberseener der zarischen Regierung unterwirft.

Eine eingehende Schilderung der grauenhaften Zustände in den russischen Bergwerken in der Mongolei hat dieser Tage Herr Kolobow in der Sibirischen Studiengesellschaft in Ljuga gegeben. Die Arbeitsverhältnisse in diesen Bergwerken sind dergestalt, daß sie die Schrecken der russischen Drogen in Sibirien in

den Schatten stellen. Der Berichterstatter schilderte sie, nach der Mitteilung der „Sabalalskaja Kowj“, folgendermaßen: Insgesamt arbeiteten im verflochtenen Jahre auf diesen Bergwerken etwa 7000 Arbeiter und Angestellte. Die Wohnungsverhältnisse sind dergestalt, wie man sie sich in einem Kulturlande kaum vorstellen kann. Unter den Arbeitern herrschen fortwährend Krankheiten, namentlich der Stomatit. Die Löhne belaufen sich auf 10 bis 20 Kopelen (21 bis 42 Pf.) für den Tag! Der Arbeitstag währt 14 Stunden! Geleitet wird nur zweimal im Monat: am 1. und 15. eines jeden Monats. Die russische Bergwerksgesellschaft macht noch von dem elenden Lohn monatliche Abzüge (Baugebühren, Zuschüsse für die Beförderung der Kommunikationsmittel usw.). Auf den Bergwerken blühen alle längst bekannten Mittel zum Betrug der Arbeiter: Talonsystem, falsches Maß und Gewicht — alles zugunsten der Bergwerksgesellschaft oder ihrer Angestellten. Auf dem ganzen Bergwerksgelände, das eine gewaltige Fläche umfaßt, gibt es keinen Arzt, sondern nur drei Heilgehäusen; in den drei Spitälern sind insgesamt 21 Betten vorhanden.

Die geschilderten Mißstände verblieben indes vor der Schilderung der Behandlung, die die Bergwerksgesellschaft den mongolischen und russischen Arbeitern gegenüber anwendet. Körperstrafen stehen an der Tagesordnung. Die eingeborenen Arbeiter werden für jede Kleinigkeit mit Bambusrohren gezüchtigt. Auch die russischen Arbeiter werden ungeduldet einer ganzen Reihe von Strafen, die ihnen russische Gerichtsbarkeit zusichern, von ihren russischen Arbeitgebern körperlichen Züchtigungen unterworfen. Der Direktor der Bergwerksgesellschaft, Herr v. Gratz, der die Mineninspektion noch bei der zeltigen Regierung erlangt hatte, hat auf den Gruben ein grausames Regiment eingeführt. Hat ein Arbeiter irgendein Vergehen begangen, so wird er in Ketten gelegt und durch die ganze Anstaltung geführt. Dem Berichterstatter gelang es, zwei Arbeiter bei einer solchen Gelegenheit zu fotografieren. Einer von ihnen, ein alter Chinese, bei dem einige Gramm Gold gefunden worden waren, erhielt auf Befehl des Direktors v. Gratz 100 Schläge mit dem Bambusrohr. Wie Augenzeugen berichteten, plachte die Haut schon nach dem dritten Schläge, und das Blut spritzte empor. Dennoch wurde die Exekution zu Ende geführt. . . Die Unsiherheit in den Schächten ist so groß, daß fortwährend Unglücksfälle vorkommen. Der Berichterstatter hörte das Geschrei von über 10 chinesischen Arbeitern, die in einer Grube verunglückten. Niemand rührte sich aber, um ihnen zu Hilfe zu eilen, und sämtliche Arbeiter gingen zugrunde. Der Berichterstatter schildert weiter Fälle, wo russische Arbeiter, die des Diebstahls verdächtigt wurden, auf Befehl des Verwalters der Mine Karin-Charganai bis auf die Haut entkleidet und in den Januarfrost hinausgeführt werden sollten, bis sie ihre Schuld eingestanden hatten. Nur infolge der energischen Proteste anderer Personen führte der Verwalter sein Vorhaben nicht aus. So weit der Bericht des Herrn Kolobow, der wohl in ausreichendem Maße den Nachweis erbringt, daß die kapitalistischen „Kulturträger“ aus Europa, die Vertreter des Christentums und der Zivilisation, in der Mongolei in einer Weise wirtschaften, die selbst die an Grausamkeiten gewöhnten Asiaten in Schrecken versetzen.

## Die Wahlen zum Londoner Stadtparlament.

London, 26. Februar (Fig. Ver.)

„Gott, was wäre das eine Stadt zum Blündern!“ soll der alte Blücher ausgerufen haben, als man ihm London von der Kuppel der St. Paulskirche aus zeigte. Die kapitalistische Sippchaft, die sich im Londoner Grafschaftsrat eingemischt hat, weiß die Gefühle des alten Generals wohl zu würdigen und gibt ihm recht. Sie findet das Blündern nicht einmal schmerzhaft. Denn es ist eine Tatsache, daß der Londoner von allen Großstädtern am wenigsten Bürgerstolz besitzt. Er bekümmert sich nur wenig um die Vorgänge im Grafschaftsrat, und der Lokalpatriotismus, das lobenswerte Bestreben, seine Vaterstadt zu einem Muster des Fortschritts und der Kultur zu gestalten, die man den Fremden mit Stolz zeigen kann, ist ihm fast fremd. Wahrscheinlich hat die große Ausdehnung der Stadt daran schuld. Man kommt nur wenig miteinander in Verbindung. London ist eigentlich keine Stadt, sondern eine Zusammenwürfelung von kleinen und großen Städten. Groß-London hat eine Ausdehnung von 1794 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von über 7 1/2 Millionen Menschen. Dies ist der Polizeibezirk. Das eigentliche London jedoch, dessen Zentralverwaltung der Londoner Grafschaftsrat ist, steht auf 303 Quadratkilometern und hat eine Bevölkerung von über 4 1/2 Millionen. In wenigen Tagen wird die Wahl zu diesem Grafschaftsrat stattfinden, der sich aus 19 Stadträten (Aldermen) und 118 Gemeindevertretern (Councillors) zusammensetzt.

Seit sechs Jahren (halten und walten im Londoner Grafschaftsrat die sogenannten Munizipalreformer (Konservativen), die sich früher die „Gemäßigten“ nannten. Das einzige, was dieser Partei der großen Unternehmer einen Anspruch auf den Titel Reformier gibt, ist die Tatsache, daß sie so ziemlich alles, was ihre Vorgänger, die Progressiven (Liberalen), Gutes getan haben, wieder zurückreformiert haben. So schafften sie die Gemeindegeldsteuer auf der Themse wieder ab, die dem Publikum diesen vernachlässigten und von Ribakapitalisten verkauften Verkehrswege wieder zugänglich machten. Dann zertrümmerten sie das Arbeitsamt der Gemeinde, das die öffentlichen Arbeiten auf eigene Rechnung ausführte, und gaben die fetten Kontrakte wieder ihren Freunden, den Unternehmern. Und vor nicht langer Zeit intrigierte sie selbst im Interesse des gewaltigen Verkehrsstrahls, dem die städtischen Unternehmen ein Dorn im Auge sind, gegen die Straßenbahnen des Grafschaftsrates. Es ist eine durchaus verlorrene Gesellschaft, und kümmern sich die Londoner Arbeiter mehr um die Gemeindegeldlegenheiten, so würde diese reaktionäre Sippchaft bald hinweggefegt sein. Denn jeder Arbeiter, der zum Parlament wählen kann, hat auch das Gemeindegeldwahlrecht und seine Stimme wiegt genau so viel wie die des reichsten Progen, da es im Londoner Gemeindegeldwahlrecht keine Pluralwähler gibt.

Die Arbeiterchaft macht diesmal einen ersten ernsthaften Ansturm auf den Grafschaftsrat. Die Arbeiterpartei hat 10 Kandidaten, darunter 3 Frauen (Dr. Ethel Bentham, Susan Lawrence, M. Bondfield), die B. S. P. 6 Kandidaten aufgestellt. Aus dem Programm der Arbeiterkandidaten sind folgende Punkte hervorgehoben: Ein Minimallohn von 30 Schilling die Woche für alle erwachsenen Angestellten. Die 48stündige Arbeitswoche. Die Wiederherstellung des Arbeitsamts. Kontrakte sind nur an solche Unternehmer zu vergeben, die sich verpflichten, in jedem Departement die Bedingungen der Gewerkschaften einzuhalten. Kontrolle des Londoner Verkehrsnetzes durch den Grafschaftsrat; die Straßenbahnen, Omnibusse und unterirdischen Bahnen müssen der Gemeinde gehören. Ordentlich ausgerüstete Schulkliniken und Ernährungszentren für bedürftige Kinder. Munizipalisierung des Kohlenverkaufs.

Die zwei oder drei Arbeitervertreter, die bisher im Londoner Grafschaftsrat saßen, waren eng mit den Progressiven verbunden. Hoffentlich gelingt es diesmal, den Grundstein zu einer unabhängigen Arbeitergruppe im Londoner Grafschaftsrat zu legen.

## Italien.

### Die Wählerzahl nach dem neuen Gesetz.

Rom, 26. Februar. (Fig. Ver.) Den ersten annähernden Schätzungen zufolge sollte die im vorigen Jahre zur Annahme gelangte Wahlrechtserweiterung die Zahl der Wahlberechtigten von rund 33 auf 7,7 Millionen steigern. Heute, wo die Wählerlisten annähernd abgeschlossen sind, erreicht sich diese Schätzung als zu niedrig; die Zahl der Wahlberechtigten beläuft sich auf 8 629 930 oder 24,07 Proz. der Gesamtbevölkerung. Vor der Reform genoh 9,26 Proz. der Bevölkerung das Wahlrecht. Den höchsten Prozentsatz der Wahlberechtigten weist heute die Provinz Palermo mit 29,4 auf, den niedrigsten Neapel mit 17,48. Das Verhältnis der Wahlberechtigten zur Gesamtbevölkerung wird natürlich in hohem Maße durch die Besetzung der verschiedenen Altersklassen beeinflusst. Die südlichen Provinzen erscheinen nicht nur dadurch benachteiligt, daß sie mehr Analphabeten haben, die erst nach Erreichung des 30. Lebensjahres oder Beendigung des Militärdienstes wahlberechtigt werden, sondern auch durch den größeren Anteil, den die Zahl der kleinen Kinder an der Gesamtbevölkerung haben, dank der höheren Geburtenzahl in Südtalien. — Die Wahlreform hat von einem Jahre aufs andere die Zahl der Wahlberechtigten um 5 310 723 erhöht.

## Japan.

### Die neue Regierung.

Tokio, 27. Februar. Der Reichstag ist wieder eröffnet worden. Ministerpräsident Admiral Yamamoto betonte in einer Rede die Festigkeit des englisch-japanischen Bündnisses und die freundschaftlichen Beziehungen zu den Mächten. Er schlug vor, die Reformvorschläge Marquis Saionji auszuführen; erklärte gleichzeitig, daß das Budget des Kaiserlich-Kabinetts wieder eingebracht werden würde, da die Zeit fehle, ein neues Budget auszuarbeiten. Yamamoto erklärte weiter eine Reform des Steuersystems im Sinne der Entlastung der Steuerzahler als eine dringende Notwendigkeit. Die nötigen Maßregeln würden im Laufe der Session vorgelegt werden.

## Amerika.

### Vom Marinemus.

Washington, 26. Februar. Das Repräsentantenhaus hat das Programm für den Bau von zwei Schlachtschiffen, dessen Annahme ihm von seinem Marinemittelkomitee empfohlen worden war, abgelehnt. Ein Änderungsantrag, der die Mittel für ein Schlachtschiff bewilligt, wurde mit nur 144 gegen 133 Stimmen angenommen. Die Demokraten stimmten für den Änderungsantrag, während die Republikaner fast geschlossen dagegen stimmten.

### Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Mexiko (Gitt), 27. Februar. Der Rebellenführer General Orozco hat sich in einem Telegramm für den Präsidenten Huerta erklärt. Ferner hat der Kongreß des Staates Sonora beschlossen, Huerta anzuerkennen.

Der Finanzminister wird wahrscheinlich heute vom Kongreß die Ermächtigung zu einer Anleihe von 200 Millionen Pesos fordern, von denen ein Teil zur Bezahlung von Entschädigungen verwendet werden soll.

### Fortdauer der Wirren.

Mexiko, 27. Februar. Es ist nur wenig Hoffnung für sofortige Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung vorhanden, da die revolutionäre Bewegung im Lande weiter um sich greift. Die Bemühungen der Regierung, im Süden den Frieden wieder herzustellen, blieben erfolglos. Es bestätigte sich, daß der Aufstand des Präzidenten, Alberto Madero, ebenfalls erfolgreich worden ist; dagegen wird die Nachricht von der Erschießung des Bruders des Präzidenten, Emilio Madero, demontiert. Es wird bekannt, daß letzterer zusammen mit Raoul Madero eine Gegenrevolution in San Pedro organisiert.

## Aus der Partei.

### Eine Konferenz der Bildungsausschüsse

wird am 8. und 9. März in Berlin stattfinden. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Organisation der Bildungsarbeit. 2. Die wissenschaftlichen Wanderkurse. 3. Die Jugendchriftenausstellungen. 4. Verschiedenes.

Der Zentralbildungsausschuss hat seinen die zweite Auflage seines Wandschmuckverzeichnisses verabschiedet. Der Text ist wesentlich der gleiche geblieben wie der der ersten Auflage. Dagegen ist das Format des Verzeichnisses geändert worden, da sich die frühere Größe als ungewöhnlich erwiesen hat. Ferner ist das Bildmaterial zum größten Teil erneuert worden.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Nichterbeileidigung.

Die Strafkammer in Weßly verurteilte den verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Genossen Oswald, wegen Beleidigung der Richter in Göttingen zu 100 M. Geldstrafe. Es handelte sich um die Wiedergabe der Kritik eines in Göttingen gefällten Urteils. Ein Arbeiter war dort bestraft worden, weil er sich selbst dabei stand, als sein Mitangeklagter einem Wirt den Kopf mit angebrochen haben soll.

#### Prozess wegen einer Schulpflicht.

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Tribüne“ in Erfurt, Genosse Röder, jetzt in Eisenach, stand am Dienstag vor der Strafkammer in Erfurt unter der Anklage der Beleidigung des Lehrers Braun in Stägerbach (Kreis Schleusingen). Der Lehrer hatte im Sommer vorigen Jahres einen siebenjährigen Knaben exemplarisch mit einem Stock gezüchtigt. Der Junge sollte gestehen, daß er die Rinde eines Baumes an der Dorfstraße abgeknitten habe. Schließlich „gestand“ der Junge auch, obwohl, wie bald danach durch Zeugen festgestellt werden konnte, die Rinde von Pferden abgestreift worden war. Wegen der Mißhandlung des Knaben stellte dessen Vater Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Meiningen, aber diese wie auch der Oberstaatsanwalt in Jena lehnte die Strafverfolgung des Lehrers Braun ab. Dafür wurde Anklage gegen den Redakteur an der „Tribüne“ erhoben, der in einem Artikel die Handlungsweise des Lehrers kritisiert hatte. Die Strafkammer in Erfurt verurteilte den Genossen Röder zu 100 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 150 M. Geldstrafe beantragt. In der Verhandlung wurde auch die interessante Tatsache festgestellt, daß der Lehrer Braun nur sechs Schläge, die er dem Knaben verabsolgt habe, eingetragen hatte, während es mindestens ein Duzend gewesen waren; die übrigen Schläge sollen sogar etliche dreihig Fiebe gezählt haben. Dem Lehrer wurden wegen seiner beschönigenden Eintragung in das Klassenbuch von dem Vorsitzenden Dr. Siebert recht nachdrückliche Verhaltungen gemacht.

# Gewerkchaftliches.

## Kritische Lage im Baugewerbe.

Die am 25. und 26. Februar stattgefundenen Verhandlungen im Baugewerbe haben die Hoffnungen auf eine friedliche Erneuerung der Tarifverträge abermals verringert. Die kleine Notiz, die als Bericht durch die Presse ging, läßt das freilich nicht erkennen. Es erscheint auch nunmehr angebracht, die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage zu unterrichten.

Man darf die Tarifbewegung im Baugewerbe nicht als eine isolierte Erscheinung auffassen, sondern muß sie im Zusammenhang mit den Bewegungen im Holz- und Malergewerbe betrachten. Die Unternehmer aller drei Gewerbe arbeiten Hand in Hand. Unionist haben sie sich nicht zu einem „Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände“ zusammengeschlossen, vielmehr haben sie das mit der feinen Absicht getan, eine einheitliche Tarifpolitik zu treiben — das haben sie übrigens, wenn auch nicht öffentlich, so doch in der vertraulichen Gründungsvereinbarung ausdrücklich ausgesprochen. Es ist zurzeit noch nicht möglich, so sagen, nach welchem Plane die Unternehmerverbände bei dieser Bewegung arbeiten, wo sie hinaus wollen. Fest steht nur, daß keiner der beteiligten Unternehmerverbände selbständig und unabhängig handeln kann, sondern seine Maßnahmen mit den anderen Verbänden zu besprechen hat. Aber immerhin deutet die Haltung der Unternehmer im Holz- und Malergewerbe darauf hin, daß dort die Absicht besteht, die Entscheidung so lange hinauszuzögern, bis man auch im Baugewerbe zur Entscheidung fertig ist. Die Bauunternehmer dagegen drängen fort und fort; ihnen können die Verhandlungen gar nicht schnell genug gehen.

Nun liegen die Verhältnisse im Baugewerbe aber zurzeit so, daß eine überstürzte Lösung der schwebenden Fragen durchaus zweckwidrig erscheinen muß. Kein Mensch weiß heute, welchen Charakter die Paritätigkeit annehmen wird. Die Unternehmer malen grau in grau und glauben, damit die Lohnansprüche der Arbeiter abweisen zu können. Sie werden darin durch die volkswirtschaftlichen Sterndeuter unterstützt, die alle durch die reichshauptstädtische Brille blicken und die allerdings trübe Lage des Berliner Baugewerbes zum Ausgangspunkt ihrer Prognose für das gesamte Baugewerbe machen. Die Arbeiter fordern eine allgemeine Lohnerhöhung zum Ausgleich der ja gleichfalls allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung, und sie können natürlich nicht von dieser Forderung zurücktreten, weil gerade zurzeit die pessimistische Beurteilung der Wirtschaftsaussichten überwiegt. Sie sagen, man könne doch nicht aus einer augenblicklichen Krise die Berechtigung ableiten, den notwendigen Ausgleich auf drei oder vier Jahre zu verschieben, und die Bauarbeiter für die ganze Zeit der neuen Verträge dazu zu verurteilen, eine sehr starke Verschlechterung ihrer Lebenshaltung zu dulden, nur darum, daß gerade zur Zeit der Verhandlungen schlechte Aussichten zu bestehen scheinen. Der Berechtigung dieses Einwandes kann sich natürlich kein sachlich denkender Mensch verschließen. Anders freilich die Bauunternehmer. Es wirkt geradezu aufreizend, so sehen, mit welcher Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit die Vertreter des Unternehmerbundes in den Verhandlungen die Gründe der Arbeiter anhören. Sie geben sich auch keine Mühe, etwas Sachliches dagegen zu sagen, sie sagen nur: „Nein, nein, nein!“ Wären die Unternehmer in der Lohnfrage zugänglich, so hätte man nicht dreimal zu Verhandlungen zusammenkommen zu brauchen, um am Schlusse der letzten Verhandlung im wesentlichen auf dem gleichen Fleck zu stehen wie am 29. Dezember in München.

Als man die Verhandlungen im Januar schloß, gaben die Unparteiischen den Unternehmern auf den Weg, sie möchten doch einmal mit ihren Mitgliedern darüber sprechen, ob sie nicht den Arbeitern eine allgemeine Lohnerhöhung zubilligen sollten. Die Unparteiischen hatten wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie ihrerseits diese Forderung der Arbeiter für berechtigt und erfüllbar hielten. Aber wieder tönte, als man jetzt zusammentrat, aus dem Munde des Wortführers der Unternehmer das Nein.

Damit hätte man eigentlich wieder auseinandergehen können. Schließlich erklärten sich die Arbeitervertreter bereit, trotz dieser Ablehnung über das Vertragsmuster zu verhandeln. Ihr Sprecher erklärte: „Wir müssen erneut und mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen, daß wir keinen zentralen Tarifvertrag abschließen können und wollen ohne eine allgemeine Lohnerhöhung. Trotzdem sind wir bereit, in weitere Verhandlungen über das Vertragsmuster einzutreten, immer unter der Voraussetzung, daß am Schlusse der Verhandlung doch noch die von uns geforderte Erklärung abgegeben wird, und unter dem Vorbehalt, daß von einem zentralen Vertrag nicht die Rede sein kann, wenn nicht in allen Bezirken eine Lohnerhöhung zugebilligt wird.“

Darauf antwortete der Sprecher der Unternehmer: „Diese Bedingung müssen wir ablehnen. Die gewünschte Erklärung können wir am Schlusse der Verhandlung ebenfalls abgeben wie vorher.“

In diesen Erklärungen ist der ganze tiefe Gegensatz ausgedrückt, der zwischen den Parteien besteht. Man hat dann begonnen, über das Vertragsmuster zu verhandeln. Die Anträge beider Parteien dazu waren aber nur den Unparteiischen schriftlich eingehändigt. Es stellte sich bald heraus, daß es keinen Zweck hatte, darüber zu sprechen, denn ohne einen genauen Einblick in die Anträge waren Mißverständnisse unvermeidlich. Man hat sich nun bis zum 9. März vertagt. Aber auch von den weiteren Verhandlungen darf man vorläufig noch keine Annäherung der Parteien erwarten. Im Gegenteil wird gerade durch die Verhandlungen über das Vertragsmuster eine Verschärfung der Lage eintreten. Denn auch hier tun sich klaffende Gegensätze auf.

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verweist die Verhandlungen, in denen er beitrete, die Pressenotiz veranlaßt zu haben, mit der wir uns vor einigen Tagen unter der Signatur „Stimmungsmaße der Bauunternehmer“ beschäftigen mußten. Der Vorstand des Unternehmerbundes besteht aus einem Duzend oder noch mehr Personen, die teils in Leipzig, teils in Nürnberg, teils in Hamburg usw. wohnen. Es trifft wohl zu, daß diese Herren jenen Wochenschrift weder verfaßt noch verfaßt haben. Das sei gern zugegeben. Diese Herren stehen den tatsächlichen Geschäften ziemlich fern. Aber wir halten vollständig aufrecht, daß diese Notiz von Bundesseite verfaßt und verfaßt worden ist, und zwar hat es entweder die Geschäftsstelle selbst getan, oder es ist durch die Redaktion des offiziellen Bundesorgans

geschehen. Das läßt sich nicht bestreiten, ohne der Wahrheit Gewalt anzutun.

## Berlin und Umgegend.

### Zur Tarifbewegung im Baukempnergewerbe.

Die im Deutschen Metallarbeiterverbande organisierten Kempner nahmen gestern abend in gutbesuchter Versammlung Stellung zum Schiedsspruch des Einigungsamts. Nach längerer Debatte wurde dem Schiedsspruch mit großer Mehrheit zugestimmt.

### Der Arbeitsnachweis der Schmiedeinung

In der Kuladstraße wurde in einer Versammlung der in den Innungsbetrieben beschäftigten Schmiedegefellens, die am Mittwochabend bei Boeker in der Weberstraße stattfand, einer scharfen Kritik unterzogen. Wilhelm Siering vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Dieser Nachweis, der vom Obermeister Barnde als eine „Nothilfe für die Gesellen“ betrachtet wird, von einem anderen Innungsmeister auch schon als „Mäuerchen“ bezeichnet wurde, gehört zu den rückständigsten aller Innungsnachweise. Der Gedanke einer paritätischen Verwaltung kann gar nicht aufkommen. Die Innungsmeister halten sich für die unumschränkten Herren und sehen darauf, daß die Schmiedegefellens noch alter Art wie Anechte behandelt werden. Wenn der Schnops und der Knüppel bei der Arbeitsvermittlung nicht mehr die Rolle spielen wie in früheren Zeiten, so ist dies nur dem Einfluß der Organisation der Arbeiter zuzuschreiben, die unter den Gesellen das Selbstbewußtsein wieder geweckt hat. Die bestehenden Mißstände sind aber noch dazwischen, daß sie die schärfste Opposition herausfordern. Die Arbeitslosen werden sehr grob behandelt und bei der Vermittlung von Arbeit herrschen Willkür und Regellosigkeit. Bestimmte Tagesstunden für die Vermittlung kennt man nicht, und es wird auch des Sonntags Arbeit vermittelt. Seit einiger Zeit ist ein neuer „Herbergswater“ als Vermittler angestellt, der unter den Schmieden als sehr rücksichtslos bekannt ist und bereits viel Unzufriedenheit erregt hat. Er vermittelt auch an andere Leute als Innungsmeister, obgleich er nicht das Recht eines privaten Stellenvermittlers besitzt; er hat z. B. 6 Stellen in einer Fabrik in Marienfelde zu einem Stundenlohn von 48 Pf. vermittelt. — Der Gesellenausschuß hat sich schon redlich bemüht, eine Regelung der Verhältnisse im Nachweis herbeizuführen, ist aber zurückgewiesen worden. Die Meister haben sogar dem Gesellenausschuß das Recht bestritten, Beschwerden entgegenzunehmen. Man hat die Gewerbedeputation als Aufsichtsbehörde angerufen, was aber auch nicht viel gemüht hat. Die Arbeiter müssen sich selbst helfen durch ihre Organisation und durch ein solidarisches Verhalten untereinander. Durch den Mangel an Einmütigkeit und gegenseitige Hilfe wird sehr viel verschuldet. Wichtig ist auch, daß jeder Fall von Ungerechtigkeit im Arbeitsnachweis genau festgestellt und dem Verbandsmitglied mitgeteilt wird, so daß Material gegen die Mißstände immer neu vorhanden ist. Bei der nächsten Tarifbewegung wird auch die Frage des Arbeitsnachweises mit geregelt werden müssen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen Sierings bekräftigt und ergänzt. Man sollte nicht säumen, den Mißständen entgegenzutreten, um ihre weitere Ausbreitung zu verhindern. Einmütig nahmen die Versammelten die folgende Resolution an:

„Die versammelten Innungsgesellen verurteilen ganz entschieden die selbstherrlichen Maßnahmen der Innung und des Arbeitsvermittlers Pluhm. Die Versammelten beauftragen den Gesellenausschuß, bei dem Innungsvereine vorstellig zu werden und zu verlangen, daß

1. die Arbeitslosen amständig behandelt werden, daß
2. die Arbeitsvermittlung nur an Innungsmeister und in geordneter Weise erfolgt, daß
3. die Ausgabe der Stellen an die Arbeitslosen nach der Reihenfolge vor sich gehen soll.

Die Versammelten verpflichten sich, auf dem Arbeitsnachweis die strengste Solidarität zu üben, und erkennen an, daß nur durch eine geschlossene Organisation die vorhandenen Mißstände wirksam beseitigt werden können; sie verpflichten sich, dem Deutschen Metallarbeiterverbande beizutreten.“

**Achtung, Fleischergele!** Der Fleischermeister Eugen Görlig, Reußstr. 83, hat den Tarifvertrag anerkannt! Der Betrieb gilt somit als geregelt. — Der Fleischermeister Rummert, Reußstr. 46, weigert sich, den Tarifvertrag anzuerkennen. Der Betrieb ist für Verbandsmitglieder gesperrt.

## Deutsches Reich.

### Zur Aussperrung in der Uniongießerei zu Königsberg.

Die Verhandlungen mit der Direktion sind gescheitert. Diese wollte anfänglich keine Zugeständnisse machen. Schließlich bequeme sie sich aber doch, ihren alten Standpunkt zu verlassen. Sie eröffnete den Kampfen: „Für den Fall, daß die Arbeiterchaft die Wiederaufnahme der Arbeit bis Freitag, den 28. Februar, bestimmt erklärt hat, ist von der Direktion denjenigen früheren Hilfsarbeitern, welche wieder eingestellt werden, die Auszahlung der an sich verfallenen dritten Teuerungszulage in Höhe von 21 M. am Tage der ersten Löhnung zugesagt worden. Sollten bis Juli die Teuerungsverhältnisse nicht nachgelassen haben, so wird für die ohne Abford beschäftigten Hilfsarbeiter der Stundenlohn von 3 auf 37 Pf. ohne weiteres erhöht. Die während des Streiks wieder eingestellten früheren Arbeiter sowie die aus Königsberg und der Provinz eingestellten fremden Arbeiter werden unter keinen Umständen entlassen. Der Stundenlohn der angelernten Arbeiter und der Handwerker wird nicht erhöht.“

Die Kämpfenden dachten nicht daran, auf diese Bedingungen einzugehen; sie lehnten die Vorschläge ab. Weitere Zugeständnisse machte die Direktion nicht, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden. Der Kampf geht also weiter.

### Die Arbeiterzersplitterung in der Landwirtschaft.

Das Präsidium des landwirtschaftlichen Bezirksvereins für Rheinpreußen, das in Bonn seinen Sitz hat, weist in einem Rundschreiben an die landwirtschaftlichen Vereine und Bezirksvereine der Provinz auf die Notwendigkeit hin, daß durch die Arbeitgeber Arbeiterorganisationen gegründet werden. Das Bedürfnis einer solchen „Organisation“ sei überall anerkannt. Den landwirtschaftlichen Vereinen wird zur Pflicht gemacht, die Gründung von Organisationen landwirtschaftlicher Arbeiter in die Hand zu nehmen und die Vorarbeiten ehestens zu beginnen.

Das ist eine glänzende Anerkennung der Arbeit des Landarbeiterverbandes und eine einwandfreie Widerlegung der Redereien, daß der Landarbeiter für die gewerkschaftliche Organisation nicht zu haben sei!

### Streik in der Hamburger Düngerindustrie.

In Hamburg haben familiäre Arbeiter der größten Fabrik für künstlichen Dünger, etwa 300 Mann, die Arbeit eingestellt, weil ihre Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne rundweg abgelehnt wurden. Das Hauptgewicht legen die Streikenden auf Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden, da die schwere und schmutzige Arbeit äußerst gesundheitsschädlich ist. Bisher haben sich für den Betrieb der Anglo-Continental (vorm. Chlendorffsche Guanowerke A. G.) keine Streikbrecher gefunden. Wahrscheinlich wird die Firma andernorts Streikbrecher zu werden suchen. Ein Schwesterbetrieb der Anglo-Continental befindet sich in Herdingen bei Arefeld.

## Ausland.

### Arbeiterkämpfe in der Provinz Ferrara.

Rom, 25. Februar. (Eig. Ber.) Die durch die großen Agrarstreiks bekannte Provinz Ferrara sieht zurzeit in mehreren schweren

Lohnkämpfen des agrarischen wie des industriellen Proletariats. Der Agrarstreik, bei dem es sich um Verbesserung der Tarifverträge handelt, umfaßt nahezu alle Gemeinden der Provinz. Da die Versorgung des Viehes eingestellt wurde, schiden die Grundbesitzer dieses außerhalb des Streikgebiets und bringen es in „Kongregationslagern“ unter freiem Himmel unter. Ein Teil des Großviehs wird auch verkauft. Obwohl die Grundbesitzer als die Arbeiter sind gut organisiert, so daß der Kampf lang und hartnäckig sein dürfte; die Besitzer haben Garantiewechsel im Werte von mehr als einer halben Million unterzeichnet, um einander zur Solidarität zu zwingen. Von den industriellen Betrieben ist besonders die Papierfabrik von Codigoro betroffen, in der vom 25. an Streikbrecher aus Venetien unter Kavallerieschutz arbeiten.

## Jugendbewegung.

### Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 5 hat unter anderem folgenden Inhalt: Fürjorge. — Von den Bundesstaaten. — Tage der Kindheit. Von Wilhelm Schröder. — Das Herz und die Blutgefäße. Von A. Lipichig (Mit Abbildungen). — Fußballklub. — Die Gegner an der Arbeit. Zur wirtschaftlichen Lage. Aus der Jugendbewegung usw.

Beilage: Der Spachen-Heberfall. Erzählung von Owen Dichter. — Auf der Walze in Italien. Reisebrief von Max Barthel. — Vom Kammut, dem Riesen der Vorzeit. Von D. Thorswald (Mit Abbildungen). — Leistung. Von E. Hoernle. — Zerklüftungsstreife. Von August Wysocki. — Die Flamme. Gedicht von Emma Dölg.

## Verfassungen.

**Deutscher Buchbinderverband.** Die Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle Berlin tagte am Mittwochabend in der „Neuen Philharmonie“. In einer 70-Seiten umfassenden Broschüre gaben die Ortsverwaltung sowie die Obleute der einzelnen Branchen eine eingehende Schilderung aller bemerkenswerten Vorkommnisse im verflochtenen Jahr. Von der sogenannten Hochkonjunktur, die das Wirtschaftsleben beherrschte, war nach dem Bericht in den einzelnen Berufsgruppen nur sehr wenig zu verspüren. Insgesamt führte der Verband im Jahre 1912 15 Lohnbewegungen aus, an denen 1068 Personen beteiligt waren. Lohnzulagen wurden für 1875 Personen im Gesamtbetrag von 4512,87 M. erreicht. In fünf Branchen sind feste Tarifverträge abgeschlossen, nur die Zeitungspapierbranche entbehrt noch tariflicher Festlegungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Organisation hat trotz der ungünstigen Wirtschaftslage im allgemeinen gute Fortschritte in Bezug auf die Mitgliederzahl und die Massenverhältnisse gemacht. Der unermüdhlichen Aufklärungsarbeit ist es zu danken, daß die Zahl der Mitglieder um 969 stieg. Sie betrug am Schlusse des Jahres 9090 (5815 weibliche und 3275 männliche).

Der Jugendausschuß des Verbandes berichtet über seine Veranstaltungen, denen im allgemeinen ein reges Interesse entgegengebracht wurde.

Die Gesamteinnahme im Jahre 1912 beziffert sich auf 271 803,13 M., die Gesamtausgabe auf 259 460,71 M. Der Gesamtumsatz in Einnahme und Ausgabe betrug demnach 531 263,84 M., dies ist eine Steigerung gegen das Jahr 1911 um 49 583,70 M. Die Gesamtausgaben für Lohnbewegungen sind um 19 180,54 M. auf 43 820,20 M. gestiegen. In diesen Ausgaben war die Zentralkasse mit 31 149,40 M. und die Lokalkasse mit 12 479,80 M. beteiligt. — Die Zentralkasse balanzierte in Einnahmen und Ausgaben mit 199 220,23 M. Die Einnahme an regelrechten Beiträgen liegt auf 197 671,30 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Zentralkasse 65 408,35 M. gezahlt, Krankenunterstützung 25 133,40 M., Gemahregeltenunterstützung 58 16,31 M., an die Verbandskasse wurden 37 659,30 M. abgeführt (11 403,51 M. weniger als im Vorjahr) und am Ort behalten wurden 8225,88 M.

Die Lokalkasse hatte eine Einnahme einschließlich eines Bestandes in Höhe von 77 161,98 M. von 149 744,86 M. zu verzeichnen. Darunter befinden sich an Beiträgen 55 316 M. Unter den Ausgaben in Höhe von 67 254,65 M. befinden sich für Arbeitslosenunterstützung 19 428,70 M., Gemahregeltenunterstützung 1785,70 M. Der Kassenbestand betrug am 1. Januar dieses Jahres 82 490,21 M.

Die Bibliothek hat einen Bestand von 2065 Bänden. Neu angeschafft wurden 53 Bände. Ausgeliehen wurden insgesamt 4654 Bände. — Auch die Benutzung des Arbeitsnachweises hat weitere Fortschritte gemacht.

Kassierer Bytomski gab zu den Berichten einige Ergänzungen.

Als Vorsitzender wurde Würzberger wiedergewählt. Die Wahl der übrigen Funktionäre und Mitglieder der Kommissionen erfolgte nach den Vorschlägen der Ortsverwaltung. Die vorgeschlagenen Obleute und Mitglieder der einzelnen Branchen wurden ohne Widerspruch bestätigt. Als Delegierte zum Gau tag in Potsdam wurden gewählt: Krüger, Lippold, Räger und Fräulein Krzimin.

**Berichtslegung.** In unserer Nummer 45 muß es im Verfallungsbericht der Bauhilfsarbeiter bei den Neuwahlen heißen: Gewählt als Beisitzer zum Zweigvereinsvorstand Schilling, nicht Höfer.

## Letzte Nachrichten.

### Die Reaktion in Rußland bleibt Trumpf.

**Petersburg, 27. Februar.** Der heutige Ministerrat hat die von den Kadetten eingebrachten Gesetzentwürfe über Vereins- und Versammlungsfreiheit, über die Annullierbarkeit der Person und über eine Reform der Wahlen zur Reichsduma für unannehmbar erklärt.

### Das Schicksal der türkischen Inseln.

**Konstantinopel, 27. Februar.** In einer Besprechung der Frage der Inseln betont der „Tanin“, daß England nicht nur gemeinsam mit den anderen Großmächten, sondern auch allein durch den Vertrag von Cypern die Integrität des türkischen Reiches in Asien garantiert habe. Da die Inseln des Archipels dem asiatischen Kontinent angehörien, so müsse England jetzt diesen Vertrag anwenden. Das Blatt weist weiter auf fürzenfeindliche Demonstrationen Englands hin, wie zum Beispiel die Entfernung der türkischen Fahne auf Acrea und ihre Erhebung durch die griechische.

### Aus den Taschen des darbenenden Volkes.

**Hannover, 27. Februar.** (S. P.) Der hannoversche Landtag bewilligte heute in vertraulicher Sitzung einen Betrag von 30 000 M., der für ein Hochzeitsgeschenk für den Prinzen Ernst August von Cumberland und Prinzessin Viktoria Luise Verwendung finden soll.

### Krieg im Frieden.

**Portsmouth, 27. Februar.** (S. P.) Bei einer Besprechung wurde ein Unteroffizier durch den Mißbrauch der Lafete so schwer verletzt, daß er sogleich starb.

Reichstag.

121. Sitzung. Donnerstag, den 27. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Breitenbach.

Fortsicherung der Etatberatung:

Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.):

Die Rentabilität der Reichseisenbahnen wird durch die strategischen Linien ungünstig beeinflusst. Der Minister hat es bisher unterlassen, uns spezielle Rentabilitätsberechnungen für diese strategischen Linien zu geben. Mein zahlenmäßig könnte man mit diesem Etat wohl zufrieden sein, insbesondere der Reichsschatzsekretär, da aus den Reichseisenbahnen von Jahr zu Jahr steigende Einnahmen der Reichskasse zufließen. Der steigende Ueberfluß ist der günstigen Wirtschaftsjunktur und dem wachsenden Verkehr zu danken. Er wird durch eine Sparpolitik der Eisenbahnverwaltung herausgewirtschaftet und zwar hauptsächlich auf Kosten von Leben und Gesundheit der unteren Beamten und Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten der Arbeiter werden absolut nicht beachtet. In einer besonderen Anerkennung der Verwaltung gegenüber liegt kein Anlaß vor. Die wichtigsten Verkehrsbedürfnisse bleiben unberücksichtigt. Wichtigste Verkehrsbedürfnisse scheitern an der schlechten Verwaltung. Die wichtigsten und berechtigten Verkehrsbedürfnisse des eisenbahnführenden Volkes sind seit Jahren unberücksichtigt geblieben. Die Regierung erklärt dann, diese Wünsche der Eisenbahnverwaltung weitergeben zu wollen. Was weiter mit diesen Wünschen beim Eisenbahnminister geschieht, wird daselbst sein, was mit den wiederholt geäußerten Wünschen des Reichstages geschieht. Sie werden erwogen, geprüft, aber im allgemeinen abgelehnt und unbeachtet gelassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verhalten der Eisenbahnverwaltung muß vom Verkehrstandpunkte aus als ein ganz außerordentlich schlechtes betrachtet werden. Auf den Nebenbahnen herrschen oft ganz miserable Zustände. Der Minister möchte sich endlich aufrufen, diese Nebenbahnen mehr und mehr in Staatsregie zu nehmen. Statt dessen hat der Minister Gemeinden mit ihren Wünschen um Bahnen an Privatgesellschaften verwiesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein geradezu verkehrseindlicher Standpunkt. In Eilzug-Vorbringen hat der Wagenmangel dieselben Unannehmlichkeiten gezeitigt, wie in den anderen Gegenden Deutschlands. In der 4. Klasse sollte vermehrte Sitzgelegenheit geschaffen werden, und vor allen Dingen sollten sämtliche Sitzplätze und manche Schnellzüge mit der 4. Klasse versehen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Wünsche der Arbeiter werden von der Verwaltung einfach mit Nichtachtung behandelt, selbst solche, für die sich der Reichstag wiederholt ausgesprochen hat. Bei der Teuerung marschiert Eilzug-Vorbringen an der Spitze. Zahlreiche Arbeiter können nur ein Hungerlohn verdienen mit ihren außerordentlich niedrigen Löhnen. 508 Betriebsarbeiter haben noch weniger als 3 R. Tagelohn, 230 haben einen auskömmlichen Lohn von über 5 R. Noch schlechter sind die Notenarbeiter gestellt, die Stiefkinder der Verwaltung, deren Löhne bis auf 2,60 R. heruntergehen. 88,85 Proz. der Arbeiter verdienen weniger als 3,50 R. Derartige Löhne stehen nicht im Einklang mit anderen teureren Verhältnissen. Bei den Werksstättenarbeitern sieht es etwas günstiger aus, doch haben auch da 11,6 Proz. nur Löhne von 3,35 bis 4 R. Von allen Kategorien zusammen hat noch fast die Hälfte, 48 Proz., weniger als 3,50 R., wobei die jugendlichen und weiblichen Arbeiter nicht in Betracht gezogen sind. Die Schrankeinstellungen bekommen nur durchschnittlich 80 Pf., 179 gar nur 80 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Mindestlohn von 1,50 R. ist sicherlich nicht zu viel. In der Kommission verlangten wir eine 10prozentige Lohn-erhöhung für alle Arbeiter und nicht etwa für Beamten. Das Zentrum lehnte diesen Antrag ab, weil hierbei die Gruppen mit ganz schlechten Löhnen zu kurz kommen würden, es fehle der nötige Spielraum. Wir haben daher den Antrag jetzt in der Form eingebracht, daß die Löhne um 10 bis 15 Proz. erhöht werden. Hoffentlich stimmt nunmehr das Zentrum dem Antrage zu. Der Minister weist auf den Großbetrieb von Grubenfelden hin, wo noch

niedrigere Löhne bezahlt werden. Dort haben die Arbeiter aber Koalitionsrecht und können sich höhere Löhne erkämpfen. Uebrigens sollen die Eisenbahnbetriebe ja wohl Musterbetriebe sein, und sich nicht nach den schlechtesten Privatbetrieben richten. Auch können wir dem Minister mit Rechtlicheit eine ganze Reihe von Privatbetrieben aufzählen, die bedeutend bessere Löhne zahlen. Daß der Verdienst des Eisenbahnarbeiters nicht ausreicht, um die Familie ernähren zu können, betonen zahlreiche Eingaben der Arbeiterschaft, die den aller verschiedensten Verbänden angehören; so sagt eine Eingabe, die von dem Abg. Joller unterzeichnet ist, daß die sozial und sittlich verberbliche Mitarbeit der Frau und der Kinder zum Lebensunterhalt der Familie notwendig ist, und daß selbst dabei der Unterhalt nur notdürftig bestritten wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wiederholt haben die Arbeiter um Beseitigung des Allokationssystems gebeten. Die Verwaltung lehnt es ab, sie will aus der Arbeiterschaft noch mehr als bisher herauspressen. Den Höchstlohn sollten die Arbeiter schon mit 36 Jahren erreichen können, nicht wie heute durchschnittlich mit 40, tatsächlich in noch höherem Lebensalter. Auch der Wunsch nach Begleichung der Wochenfeiertage sowie der Regentage ist berechtigt, bisher aber unerfüllt geblieben. Bekommt denn der Minister an Feiertagen oder an Regentagen kein Gehalt? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Arbeitszeit ist eine übermäßige, es kommen noch Arbeitszeiten von 14 bis 15 Stunden vor. Es ist unrichtig, wenn die Verwaltung behauptet, daß eine Ueberbürdung des Personals ausgeschlossen sei. Nur 2256 von den 26 000 Beschäftigten haben eine Arbeitszeit von acht Stunden. Gegen 1910 ist eine Besserung eingetreten, um ganze drei Personen. Die Betriebsarbeiter müssen eine Stunde länger arbeiten wie die Werkstattarbeiter. Das muß Erbitterung erregen. Auch der Erholungsurlaub ist durchaus unzulänglich, er beginnt erst nach fünf Jahren, während er in Baden schon nach dreijähriger Tätigkeit beginnt. In den Kranken- und Pensionsklassen haben die Arbeiter etwas Kennenwertes nicht mitzubringen; sie werden zu den Sitzungen der Vorstände zwar zugezogen, aber lediglich als Staffage. Die Wünsche nach Erhöhung der Leistungen dieser Klassen und nach Verwendung ihrer Mittel für eine gesunde Wohnungspolitik bleiben unberücksichtigt. In allen diesen und manchen anderen Fragen würde eine bessere Regelung sich leicht finden lassen, wenn die Verwaltung die Arbeiter mit sprechen ließe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unter allen Umständen sollten die Berufsorganisationen anerkannt werden, und die Eisenbahnverwaltung sollte mit ihnen in Verbindung treten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister lehnt das ab mit dem Hinweis auf die Arbeiterauschüsse, die das Bindglied zwischen den Arbeitern und der Verwaltung seien. Diese sind aber nur Dekoration. Selbst der Lokomotivführerverband, nicht etwa ein sozialdemokratischer Verein, sondern ein Verband, der seinen Patriotismus ganz ausdringlich hervorhebt, urteilt über die Wirksamkeit der Arbeiterauschüsse in höhnisch-ironisierender Weise. Es ist den Arbeiterauschüssen verboten, mit anderen Arbeiterauschüssen irgend welche Besprechung allgemeiner, auf das Arbeitsverhältnis bezüglicher Fragen in Verbindung zu treten. Der Minister meint, sie hätten sich nicht mit zentralen, sondern nur mit örtlichen Fragen zu beschäftigen. Ein besonderes Kapitel bilden die Fahrgelagen und Schikanierungen der Mitglieder der Arbeiterauschüsse. Der Minister hat jetzt verordnet, daß sie nur durch die Generaldirektion entlassen werden können. Für den Arbeiter ist es aber ganz gleich, ob der Senzorsatz der Entlassung von dem Verwalter, dem Generaldirektor oder dem Minister selbst unterzeichnet wird. Wie die Arbeiterorganisationen, so wird auch der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Deutsche Technikerverband unterdrückt, weil er in seinem Statut die Arbeitsstellung als berechtigtes Kampfmittel anerkannt, wurde er als ordnungswidrig bezeichnet und die Mitgliedschaft zu ihm verboten. Die Koalitionsfreiheit der Eisenbahnangestellten steht nur auf dem Papier. Daß sich der Minister aber gegenüber einer starken Organisation auch zu fügen weiß, zeigt sein Verhalten gegenüber dem Leipziger Metzerverband, als dieser mit einem Streik drohte. Als nun aber ein Arbeiter sich die neugierige Frage erlaubte, warum denn Metzere streiken dürften, Arbeiter aber nicht, bekam er zwar keine Antwort, erhielt aber für diese Frage einen Knüttel. Die Politik der Schikanierung wird auch gegenüber dem Verbande Eilzug-Vorbringer Eisenbahnarbeiter angewandt, obgleich

dieser in seinem Statut auf das Streikrecht verzichtet hat. Der Verband muß um Erlaubnis für die Abhaltung seiner Versammlungen nachsuchen, seine Versammlungen werden überwacht, selbst wenn es sich um rein wissenschaftliche Fragen, beispielsweise um einen Vortrag über unser Planetensystem handelt. Man geht allerdings nicht gegen jede Organisation so kleinlich vor. Der Eisenbahnverein wird von der Verwaltung geschäftlich und gepflegt. Diese Organisation ist bemüht, berechtigste Wünsche der Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Lage niederzuhalten. Ihr patriotisches Verbundungsblättchen singt in allen Konzerten das Loblied der Verwaltung. Dadurch erzielt man keine zufriedene Arbeiterschaft, wenn man dieses System der Unterordnung, der Bevormundung, der Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Arbeiter fortführt. Man wird vielmehr die Arbeiter mit einem glühenden Haß erfüllen, und dieses System ist in einem Grenzlande wie Eilzug-Vorbringen aus naheliegenden Gründen besonders gefährlich. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Abg. Schiffer (J.) geht zunächst auf die Wünsche der Eisenbahnarbeiter ein. Mit Rücksicht auf den Monopolcharakter des Eisenbahnbetriebes und weil den Staatsarbeitern das Streikrecht nicht zuerkannt werden kann, können sie auch nicht der Gewerbeordnung unterstellt werden. Aber man sollte ihre Stellung insoweit sichern, daß man nach zehnjähriger Tätigkeit sie nicht ohne weiteres entlassen kann. Auch sollte die Verwaltung auf ein schnelleres Steigen der Löhne achten. Den sozialdemokratischen Antrag auf eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 Prozent werden wir allerdings ablehnen, dagegen stimmen wir der Resolution auf Begleichung der Wochenfeiertage zu, ebenso der Resolution, die bei Vergütung von Lieferungen, die ganz oder teilweise in Hausarbeit hergestellt werden, die Berücksichtigung der Berufsorganisationen und Genossenschaften der Hausarbeiter und Arbeiterinnen verlangt. Abg. Schwabach (natl.): Die Fahrkartensteuer muß reformiert werden. Der Gütertarif ist immer noch unbillig. Die Wahlbarkeit in die Arbeiterauschüsse muß auf das 25. Lebensjahr festgesetzt werden. Die Erleichterung des Baues von Arbeiterhäusern durch die Verwaltung ist zu begrüßen. Den Resolutionen der Budgetkommission und den von ihr vorgeschlagenen Erhöhungen stimmen wir zu, müssen uns aber gegen die sozialdemokratischen Resolutionen aussprechen. Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die deutschen Staatseisenbahnen werden heute schon so einheitlich verwaltet, daß wir einen Uebergang zu einem einheitlichen Reichseisenbahnsystem vom Verkehrsbedürfnissestandpunkte aus kaum empfinden würden. Die Gütertarife sind über ganz Deutschland einheitlich geregelt. Ein Ausgleichsfonds für die Reichseisenbahnen ist angefangen, des verhältnismäßig kleinen Etats dieser Verwaltung nicht angebracht. In der Zahl der Unfälle stehen die deutschen Eisenbahnen gegen das Ausland glänzend da. Automatische Sicherungen können wir erst dann einführen, wenn sie absolut sicher funktionieren. Die Stellung des Eisenbahnarbeiters ist gegenüber derjenigen derjenigen in Privatbetrieben doch recht gesichert; er wird bei sinkender Konjunktur nicht entlassen, und nach zehnjähriger Beschäftigung kann er nur durch die Generaldirektion entlassen werden. Außer ganz selbstverständlichen Beschränkungen haben die Eisenbahnarbeiter dieselbe Bewegungsfreiheit wie jeder andere. — Nun zu der durchaus negativen Kritik des Abgeordneten Fuchs. Er hält uns miserable Zustände auf Nebenbahnen vor, auf die wir keinen Einfluß haben. Die Einstellung der Wagen 4. Klasse in die Eilzüge würde den Arbeitern nichts helfen, da diese Eilzüge nicht dem Lokalverkehr dienen können. Seit 1908 sind Lohn-erhöhungen von 22 Proz. eingetreten. (Hört! hört! rechts.) Die Wahrung des berechtigten nationalen Interesses in der Grafenstadener Angelegenheit kann man gewiß nicht als Terrorismus bezeichnen. Unsere Löhne stehen mit denen der übrigen Industrie durchaus im Einklang. Daß die Regentage nicht bezahlt werden, würde meinen Intentionen nicht entsprechen; hierüber bitte ich um näheres Material. Von den Anträgen auf Lohnerhöhung ist ein erheblicher Teil berücksichtigt worden, von den Anträgen der Arbeiterauschüsse sind im Jahre 1911 60 Proz. genehmigt worden. Der Abgeordnete Fuchs hat ferner mein Verhalten dem Technikerverband gegenüber getadelt. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei Beamten ein Streik nicht geduldet wird. (Bravo rechts.) Schließlich warf mir

Kleines feuilleton.

Ein Dichterschiedel. Als Ruhelocher durch die Welt jagend, ist Hermann Bang, der dänische Dichter, dieser feinfühlig und Stille, während einer amerikanischen Vortragsreise plötzlich in einem Eisenbahnwagen gestorben. Ein schweres persönliches Leid jagte ihn durch die Welt, ein Leid, über das er in seinen Werken nie spricht, das aber doch aus ihnen zittert und stumm klagt. Er war Homosexueller, war es, trotzdem er sich aus allen Kräften dagegen auflehnte, es sein Lebelang zu bleiben. Sein Kampf war vergebens. Er erlag seiner Veranlagung und mußte aus dem von ihm so heiß geliebten Kopenhagen flüchten. Vielleicht wäre er von den dänischen Gerichten freigesprochen oder nur zu einer geringen Strafe verurteilt worden. Aber er wollte in keinen Skandal verwickelt werden, den er, der Stille, feinfühlig so haßte. Er ging nach Bergen, der lebensfrohen westnordvegischen Hansestadt, die etwas von Kopenhagener Art hat. Aber auch von hier mußte er fliehen. Ein norwegischer Dichter, eine Weltberühmtheit, warnte die Bergener vor ihm, dem Verderber der Jugend. Da verließ er Bergen und ging nach Berlin, das seinem Wesen so fremd war. In dieser Zeit reiste er einmal nach Norwegen, um dort Vorträge zu halten, reiste auf einem deutschen Schiffe, das acht Stunden im Hafen von Kopenhagen lag und er durfte es nicht verlassen; seine Lat war noch nicht verjährt. Als dies dann endlich der Fall war, lehrte er nach Kopenhagen zurück. Aber er fand dort keine Ruhe. Wo er sich zeigte, ziffelte es hinter ihm her. Da floh er wieder vor seinen Neigungen, vor dem Skandal, streifte lange Monate durch Norwegen, Schweden, Finnland, Rußland, Amerika ... Aufgelost flüchtete er vor dem Skandal und starb dabei einfach in einem Eisenbahnwagen. Und jetzt nach seinem Tode geht der Skandal, den er so haßte, los. Er hat einen Berliner Freunde, dem Arzte Dr. Waischutz, Selbstbekenntnisse diktiert, eine Schilderung seines homosexuellen Lebens und des Anknüpfens dagegen. Er hat dem Arzte — wie dieser sagt — gestattet, diese zu veröffentlichen; Bangs dänische Freunde sagen, daß nach des Dichters Erklärung dies erst nach 50 Jahren geschehen kann. Und nun geht der Streit los, und es droht ein Skandal zu werden. Man denke: ein Dichter, der die Homosexualität als schweres Leid empfand, schildert, wie diese Neigungen stärker sind als sein heißer Wunsch, sie zu bekämpfen. Ist dies nicht eine wertvolle Waffe im Kampfe gegen eine rückständige Gesetzgebung und ist es nicht zugleich eine vollständige Rehabilitierung Bangs? Ist es nicht wünschenswert, daß dieses Dokument in würdiger Form bekannt wird? Und da wollen es die einen im Geheimen archiv verschwinden lassen, die anderen daraus eine Sensationsbrochure machen und was Bang so gehaßt hat, ist schon da: Der Skandal! Oder es wird einen Prozeß geben, wie wegen seines Nachlasses. Vor mehr als 20 Jahren war Bang übrigens ganz leicht, erkrankt, und in einer sentimentalischen Anwandlung hat er seine damalige Pflegerin, eine Pförtnerfrau, als Erbin eingesetzt. Deren Kinder beanspruchen nun den ganzen Nachlaß Bangs und sind in dieser Woche in der zweiten Instanz siegreich geblieben. Jetzt geht die Sache an das Reichsgericht. Und da

treiben es Bangs Freunde zu einem zweiten Prozeß oder zu einem Skandale. ... Ein Dichterschiedel!

Musik.

Arnold Schönbergs „Gurrelieder“. Aus Wien wird uns geschrieben: Obwohl Arnold Schönberg geschworen hat, die undankbare Stadt, die den tollen Zirkusspringen seines Hirns nicht folgen wollte, nicht mehr zu betreten, so ist doch gerade in Wien sein größtes und reifstes Werk zur Uraufführung gekommen. Ein riesenhafter Apparat war dazu erforderlich, und der Philharmonische Chor, der die Aufführung veranstaltete, mußte zuerst wenigstens einen Teil der enormen Summe — die Kosten belaufen sich auf etwa 12 000 Kronen — im Subskriptionswege sicherstellen. Schönberg verlangt für seine „Gurrelieder“ ein Orchester von 140 Mann, gegen das man selbst das als riesenhaft angesehene Orchester von Rossini VIII. Sinfonie bescheiden nennen muß. Dazu treten noch als Solisten vier Sänger und ein Sprecher und ein entsprechender gemischter Chor, dem allerdings nur eine Nebenrolle in dem Werke zufällt. Den textlichen Vortritt zu dem Werke bilden die „Gurrelieder“ von J. P. Jacobson, ein Jyllus von mehreren Gedichten, in denen die Sage von der wilden Jagd erzählt wird, die nach dänischer Ueberlieferung mit der Burg Gurre und der Liebe König Volmers zu der schönen Tobe verknüpft ist. Die einzelnen Gedichte werden dem König Volmer, Tobe, einem Bauern, der Waldtaube, die von Toves Tod erzählt, einem Narren und einem Rhodopsden, ferner den Namen Volmers als der wilden Jagd und einem Chor des Volkes zugeteilt, die Musik verbindet und stützt die Gefänge und weitet sich so zu einem einheitlichen Werke etwa im Sinne eines modernen Oratoriums oder einer Chorfonie. Schönberg hat dieses großangelegte Werk vor etwa zehn Jahren begonnen und vor wenigen Jahren beendet. Während er in seinen letzten Arbeiten völlig bewußt alle Traditionen, alle Entwidlung als lästige Fesseln abgeworfen hat, knüpft er hier an den Stil seines „Gretes Verklärte Nacht“ und damit an die Tradition wieder an. Die „Gurrelieder“ sind völlig klar und steif im Aufbau, sicherlich ein Werk, das stark und fest in der Musik unserer Tage steht. Was ihm vor allem eignet, ist eine weitausholende, aus wirklichem Empfinden quellende Melodik, die in schönem Bogen ihre Nerven spannt. Einige besonders prägnante Motive, wie die zarte Liebesmelodie Toves, kehren immer wieder und halten das ganze Gebilde fest zusammen. Der große Ausdruck, der ohne starke Mittel zu Höhepunkten führt, fehlt ihm. Da wird die Musik oft lärmend, brutal. Die sinnigen Stellen aber sind von unmittelbarer ergreifender Wirkung. Prädigt ist auch der Göttestrost Volmers, da Tobe ihm dahinstirbt, von hinreichendem Eindruck der Schluchzer, der hoch aufjubilende Gruß an die Sonne nach dem düsteren Spuk der Nacht. J. P.

Humor und Satire.

Ergänzende Wahrheiten. In der Stunde der Not muß das ganze Volk einer Meinung sein. Es gibt keine edlere Wahrheit. Wir sind bereit und warten, daß alle Patrioten — unserer Meinung werden.

Der Monarch ist von Gottes Gnaden. Aber es ist auffällig, daß man Lästerungen Gottes im Höchstmaß mit drei Jahren Ge-

fängnis büßen darf, während Majestätsbeleidigungen mit Strafen bis zu fünf Jahren geahndet werden. Der Schutz Gottes hat also eine geringere Bedeutung, als der Schutz eines Obdienen unter die besondere Gnade Gottes gestellten Menschen.

Sternidel ist einer der schrecklichsten Verbrecher. Sicher. Er verdient nun aber auch eine exemplarische Strafe. Das Strafgesetzbuch gebietet, daß man die Verbrecher möglichst in ihrem bisherigen Berufe beschäftigen solle. Also muß Sternidel Kaiser der Balkanbölker werden.

Auf alle — höchsten Befehl: mit solcher Depeeschung kann man, wie Herr Wolter bewiesen hat, alles in Deutschland möglich machen. Würde jemand die Depeche senden: „Auf alle — r Befehl“, und hätten es selbst 65 Millionen Deutsche wirklich befohlen, niemand würde sich rühren und alles würde über den Karren laufen. Eine verrückte Fälschung — nicht zu bezweifeln, aber sie hat die wahrste Wahrheit über die deutsche Verfassung ans Licht gebracht. K. E.

Notizen.

— Gegen der Kinogrößen. Daß es kein Pappenspiel ist, womit das Filmkapital die Größen der Literatur und der Bühne lockt, geht aus einigen Ziffern hervor, die über die Gagen der dänischen Kinodarstellerin Asta Nielsen bekannt werden. Für zehn neue Filme, in deren Dienst sie ihre mondainen, bald erotisch anstachelnden, bald kolportageromantisch kugelnden Künste stellt, bekommt sie zusammen mit ihrem Unternehmer und „Dichter“ mindestens 2 Millionen Mark Reingehalt. — Herr Reinhardt soll für die von ihm inszenierten Filme (vier im Jahre) je 50 bis 80 000 M. erhalten.

— Bühnenchronik. Lucie Höflich ist für das Deutsche Kanflichertheater (Sozietät der Leffingtheaterdarsteller) verpflichtet worden.

— Ein Naturforschgebiet in der Eifel. Aus Anlaß irgendeines Jubiläums will die Rheinprovinz das Gemünd und Weinsfelder Raar in der Eifel im Umfange von 125 Hektar erwerben und als Naturforschgebiet erhalten. Das ist ausnahmsweise einmal eine vernünftige Methode, Jubiläen zu begehen und um so begriffenswerter, weil auch die Naturschönheiten der Eifelandschaft mit ihren runden Kraterseen (Maaren) bereits von der Progreß des kapitalistischen Fortschritts bedroht sind.

— Krebsforschung oder Panzerschiffe. Im Anschluß an Prof. Czernys Bericht über den Stand der Krebsforschung sei an des verdienten Forschers Ausspruch auf der Naturforscherversammlung in Münster erinnert: „Vielleicht entschließen sich die hochzivilisierten Nationen England und Deutschland einmal dazu, je einen Dreckhaufen weniger zu erbauen und die dadurch erwarteten 40 Milliarden für 40 Krebsinstitute in jedem Lande anzugeben. Ich bin überzeugt, daß dadurch in 50 Jahren nicht allein die Krebsfrage gelöst, sondern auch die Zahl der Krebskranken auf die Hälfte reduziert werden könnte.“

der Abgeordnete Fuhs vor, ich hätte mich vor dem Leipziger Arbeiterverband bedankt. Die Arbeiterschaft hat eine Erhöhung ihrer Honorare verlangt, die ihr zugestimmt wurde, von einem Arbeitstreue ist keine Rede gewesen. (Bravo! rechts.)

Abg. Köfer (Sp.) beantwortet die Resolution der Budgetkommission auf die Schaffung von neuen Assistentenstellen sowie einer angemessenen Beförderungsmöglichkeit der Stationsdiätäre. Auch den Eisenbahnarbeitern sollten die Mindestlöhne erhöht werden, ferner sollte die Ruhezeit vergrößert und die Nachtarbeit besser bezahlt werden.

Abg. Winkler (Völklinger): Auch die Beamten müssen besser gestellt werden, sowohl hinsichtlich der Gehalts- als auch hinsichtlich der Anstellungsverhältnisse.

Abg. Dr. Werner-Gießen (Wirtsh. Sp.): Die Anstellungsverhältnisse der Militärärzte bei der Eisenbahnverwaltung bedürfen einer baldigen und durchgreifenden Besserung. Auch die Besoldung ist nicht mehr ausreichend. Das Fahrpersonal ist heute vollkommen überlastet. Das beste wäre, die Ruhezeiten für alle Eisenbahnbeamten reichsweit zu regeln.

Abg. Delfor (Fischer) spricht sich für die Verbesserung der Eisenbahnverkehrsverhältnisse in den Reichslanden aus.

Eisenbahnminister v. Breitenbach weist auf die finanziellen Folgen der Erfüllung der Wünsche der Vorredner hin.

Abg. Werner-Gießen (Wirtsh. Sp.) bringt erneut Wünsche der Assistenten, Diätäre und Werkmeister vor.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr.

Schluss 1/7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

142. Sitzung, Donnerstag, den 27. Februar 1913, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

### Die zweite Beratung des Etats der Bergverwaltung

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Macco (natl., auf der Tribüne fast unverständlich) erörtert in längerer Ausführungen den Zusammenhang der günstigen Lage des Etats mit den außergewöhnlich günstigen Konjunkturbedingungen des Jahres 1912 und scheint einige kritische Bedenken zu äußern.

Oberbergshauptmann v. Belsen geht im einzelnen auf die Ausführungen des Vorredners ein, bleibt aber im Zusammenhang auf der Tribüne ebenfalls völlig unverständlich.

Abg. Dr. Pashnie (Sp.): Die überhöhtere Aufstellung des Etats, die der Landtag 1911 von der Bergverwaltung gefordert hat, ist inzwischen erfolgt. Ein zweiter damals geäußelter Wunsch auf Berechnung des im staatlichen Bergbau angelegten Kapitals und auf Wertfeststellung der aufgeschlossenen Felder ist unerfüllt geblieben. Daher läßt sich ein wirklich zuverlässiges Bild von der Rentabilität des preussischen Bergbaus nicht gewinnen. (Sehr richtig! links.)

Das Kaligesez hat die Hoffnungen nicht erfüllt, die man darauf setzte. Es hat inzwischen eine für die Kalialindustrie verhängnisvolle Vermehrung der Kalifächte stattgefunden. Das Kalisyndikat weist die Hauptschuld der Ausfuhrung des Gesetzes zu, in der Tat aber sind die jetzigen Zustände durch einige Bestimmungen des Gesetzes selbst herbeigeführt worden. Die Propaganda könnte mit viel mehr Erfolg im Ausland betrieben werden. Politische Organisationen müssen von der Propagandabildung ausgeschlossen sein. (Sehr richtig! links.)

In Bezug auf das Kalisyndikat haben die Anschauungen in den Reihen der Konservativen sich geändert; man begünstigt heute dort das Syndikat in jeder Weise. Wir nehmen die Syndikate als etwas Geheimes hin; sie können Nutzen stiften, aber auch Schaden anrichten, wenn sie bloße Bereicherungszwecke verfolgen. Für uns kommt es darauf an, ob das Syndikatwesen eine weise Mäßigung bewahrt habe oder ob es amerikanische Proportionen annimmt. (Sehr richtig! links.)

Dieser Standpunkt hat auch der Regierungsrat aus dem Reichsschatzamt Dr. Fritz Kestner in seinem Vande über die Syndikate angenommen. Er legt auch die ganzen Zwangsmittel der Syndikate bloß, den Boykott usw. und beweist damit, daß Rückwärtsgeleiten im wirtschaftlichen Kampf nicht nur auf Seiten der Arbeiter vorzukommen. Wenn die Syndikate die notwendige Zurückhaltung nicht üben, wenn sie vorgehen als wenn sie Herren im Staate wären, so ist es fällige Pflicht des Staates, ihnen Jügel anzulegen. Deshalb billigen wir den Austritt des Staates aus dem Kalisyndikat als Protest gegen die Preispolitik des Syndikats, vor allem gegen die Verteuerung der Hausbrandkohle, die der Minister in der Zeit der allgemeinen Teuerung in der Tat nicht verantworten konnte. (Sehr richtig! links.)

Kohle ist das tägliche Brot der Industrie und durch diese gewaltige Verteuerung der Kohlenpreise, wie sie das Syndikat nach 1910 vorgenommen hat, ist auch die Industrie schwer geschädigt worden. (Sehr wahr! links.)

Minister Sydow: Der Vorredner hat das Kaligesez als Festschlag bezeichnet. Aber der Zweck, die Verschäuerung des Kalis nach dem Auslande zu veranlassen, ist erreicht worden. Die Bildung neuer Schächte wollte damals verboten haben, dem hat leider der Bundesrat nicht zugestimmt. Wie der übermäßigen Bildung von Schächten jetzt entgegenzuwirken werden kann, darüber schweben noch Erhebungen. — Die Schätzung des Wertes der aufgeschlossenen Felder hat immer etwas Willkürliches und ist deshalb wenig geeignet als Grundlage zu einer Rentabilitätsberechnung. Auch bei der Bilanz der Eisenbahnen kommen keine geschätzten, sondern nur wirklich gezahlte Werte in Anrechnung. — Auf die allgemeine Syndikatsfrage will ich mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht eingehen. In Summa bin ich syndikatsfreundlich und hoffe, es wird mit bei erneuten Verhandlungen mit dem Kalisyndikat gelingen, dem Staate eine etwas kräftigere Stellung zu gewinnen als bisher. (Bravo!)

Abg. Spitzig (H.): Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß wir einen sehr großen Teil unseres Kohlenbedarfs aus dem Auslande beziehen. Auch ist erst in letzter Zeit eine vermehrte Beteiligung deutschen Kapitals an der Eisenerzgewinnung im Ausland festzustellen. Mit dem Minister sind wir der Meinung, daß er sich im Interesse der Allgemeinheit einen Einfluß auf das Kalisyndikat machen soll. Im allgemeinen muß aber festgestellt werden, daß das Syndikat in der Preispolitik einen maßgebenden Einfluß ausgeübt und die Produktion in Grenzen gehalten hat, so daß sie mit der Aufnahmefähigkeit des Konsums im Einklang stand. Die Preissteigerungen des Syndikats sind gegenüber den Preissteigerungen im Ausland durchaus bescheiden gewesen. Die Preissteigerung steht im Zusammenhang mit den erheblichen Lohnerhöhungen, die inzwischen erfolgt sind. Wir hoffen daher, daß der Staat wieder Anschluß an das Kalisyndikat finden möge.

Abg. Leinert (Soz.): Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß wir einen sehr großen Teil unseres Kohlenbedarfs aus dem Auslande beziehen. Auch ist erst in letzter Zeit eine vermehrte Beteiligung deutschen Kapitals an der Eisenerzgewinnung im Ausland festzustellen. Mit dem Minister sind wir der Meinung, daß er sich im Interesse der Allgemeinheit einen Einfluß auf das Kalisyndikat machen soll. Im allgemeinen muß aber festgestellt werden, daß das Syndikat in der Preispolitik einen maßgebenden Einfluß ausgeübt und die Produktion in Grenzen gehalten hat, so daß sie mit der Aufnahmefähigkeit des Konsums im Einklang stand. Die Preissteigerungen des Syndikats sind gegenüber den Preissteigerungen im Ausland durchaus bescheiden gewesen. Die Preissteigerung steht im Zusammenhang mit den erheblichen Lohnerhöhungen, die inzwischen erfolgt sind. Wir hoffen daher, daß der Staat wieder Anschluß an das Kalisyndikat finden möge.

Es ist unbestreitbar, daß sich der Bergbau jetzt in glänzender Konjunktur befindet. Um so desto wichtiger macht sich die Organisation der Bergarbeiter bemerkbar. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Konzentration des großen Grubenkapitals macht dabei unaußersichtliche Fortschritte. 11 große Konzerne beherrschen den Ruhrbergbau, die von 544 Schächten 402 umfassen und von 393 000 Arbeitern 290 000 im Jahre 1911 beschäftigt hatten, d. h. 80 Proz. der Arbeiter im Ruhrbergbau. Die anderen 20 Proz. werden von 33 Unternehmungen beschäftigt. Von diesen 11 Unternehmungen sind es 5, die 167 000 Arbeiter, d. h. allein die Hälfte aller Arbeiter im Ruhrgebiet beschäftigen. Dem gegenüber ist der Anteil des Fiskus am Ruhrbergbau außerordentlich bescheiden, er umfaßt nur 14 Schächte mit 12 500 Arbeitern. Diese Zustände bedeuten die Anhäufung einer ungeheuren Macht in wenigen Händen

und das wird um so bedenklicher, wenn man berücksichtigt, daß die Kohle das Rezipitulum unserer ganzen Existenz bildet. Weltliche Verhältnisse entwickeln sich in Oberschlesien. Im Saarrevier war bisher der Fiskus vorherrschend, aber wenn erst die privat-

kapitalistischen Unternehmungen in der Nähe des Saargebietes mehr ausgebreitet sind, kommt dort der Fiskus sicher in dieselbe Lage, in die er im Ruhrgebiet gekommen ist. Der wirtschaftliche Einfluß der Grubenherren im Ruhrgebiet ist ungemein groß und damit natürlich auch ihr politischer Einfluß. Durch ihren Föderationsverband beherrschen die Grubenherren die Arbeiter. Der Arbeitsnachweis im Föderationsverband ist eine Organisation, die an sich unparteiisch zu funktionieren scheint. Aber es kommt nicht darauf an, ob dieser Arbeitsnachweis einen Arbeiter vermittelt, sondern ob der Betrieb den Arbeiter auch nehmen will, und da kann der Arbeiter hundertmal vermittelt werden, wenn er auf der

schwarzen Liste steht, kommt er nicht in den Betrieb nach den Bedingungen, die der Föderationsverband aufgestellt hat. Der Bergbauliche Verein hat einerseits große Verdienste in Bezug auf die Erforschung wissenschaftlicher Fragen und hat andererseits die Stellung der Bergherren im Wirtschaftsleben und in der Gesetzgebung zu orientieren. Dazu kommt dann noch das Kalisyndikat, das den Absatz der Bergprodukte regelt, ihren Verkauf herbeiführt und damit zugleich einen großen Teil der Handels-, Schiffsabris- und verarbeitender anderer Betriebe vollständig beherrscht. Hier ist ein Staat im Staate errichtet, mit großer Gewalt, mit hohen politischen Interessen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Problem erörtert wird, wie es denkbar ist, dem übertragenden Einfluß des privaten Bergbaues in der Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Politik entgegenzutreten, stößt man auf den Einwand, daß vor dem Privatbesitz unter allen Umständen Halt gemacht werden müsse. Und doch ist diese Organisation außerordentlich verhängnisvoll auch für den Staat. Es kann dahin kommen, daß der Fiskus sich mit Beamten in seinem Betriebe bescheiden muß, die der private Bergbau nicht haben will oder die so viel Idealismus besitzen, trotz der verlockenden Angebote des privaten Bergbaues im staatlichen Bergbau zu bleiben. Diesem großen Einfluß der Bergherren wird nur entgegenwirken können die Enteignung des Privatbesitzes.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Eintritt des Fiskus in das Kalisyndikat sollte ausgleichend wirken, sagte man. Ich habe von vornherein dazu kein Vertrauen gehabt. Ich habe gleich gesagt, wenn erst einmal die Beamten den gerissenen Geschäftsleuten des Kalisyndikats in die Hände fallen, so wird der Fiskus derjenige sein, der die ganze Verantwortung nach außen zu übernehmen hat und die Leute machen das Geschäft. So ist die Sache auch wirklich gekommen. Für das Kalisyndikat ist es von höchster Wichtigkeit, ob der Fiskus in das Syndikat eintritt, nicht etwa aus dem Grunde, damit der Fiskus ihm keine Konkurrenz macht — die ist nicht so groß — sondern für das Syndikat kommt es darauf an, daß es sagen kann: alles, was wir machen geschieht unter Billigung, Duldung und Mitwirkung des preussischen Staates. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird dadurch nach außen der Eindruck erweckt, als wenn das Syndikat vom preussischen Staat geführt werde. In der Tat werden so die Herren im Syndikat die Herrscher auch des staatlichen Bergbaues. Als der Staat in das Syndikat eintrat, war er in bedrängter Lage, weil eine Preissteigerung bevorstand. Es hatte ein Interesse daran, den Staat in diese Preissteigerung hereinanzuziehen. Im Dezember 1911 wurde davon gesprochen, daß die Kohlenpreise um 25 Pfennig erhöht werden sollten und als der Fiskus im Syndikat war, wurden vom 1. April 1912 bis 1. April 1913 die Kohlenpreise gleich um 1 R. erhöht. Nach dem 31. März 1913 hat man wieder eine Erhöhung um 60 Pf. beschlossen, und das war die Ursache, daß der Minister dem Syndikat den Rücken gedreht hat. Man konnte ihm allerdings nicht zumuten, angesichts der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel auch noch seine Hand zu bieten zu einer

Verteuerung der Hausbrandkohle. Der Austritt des Ministers ist dem Syndikat deshalb so unangenehm, weil es nun in der Öffentlichkeit keine genügende Begründung für die Erhöhung der Kohlenpreise geben kann. Man sagt allerdings, die Löhne steigen, die Arbeiter verlangen erhöhte Löhne. Das ist richtig und ganz selbstverständlich, aber den Beweis, daß die Kohlenpreissteigerung in höhere Löhne umgelegt wird, kann man uns natürlich nicht erbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist es interessant, was die Bergherren dem Fiskus vorwerfen. In einem Artikel aus der „Post“ vom 25. Oktober 1912 heißt es: „Es wurde bisher dem Verfassus nachgesagt, daß er ähnlichen Preissteigerungen halbtage, wie der private Bergbau. Der preussische Landtag hat auf Antrag von Wappenstein am 1. März 1910 beschlossen, eine Unterkommission einzusetzen mit dem Auftrag, zu prüfen, in welcher Weise die staatliche Bergwerksverwaltung umschadet ihrer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben einträglicher als bisher gemacht werden könnte. Diese Unterkommission hätte sich ihre Arbeit sparen können, wenn man schon vor zwei Jahren gewußt hätte, daß der Bergfiskus, wie es sich jetzt herausstellt, eine Preispolitik verfolgt, die derjenigen der Privatindustrie entgegensteht.“ Also die Herren vom Privatbergbau sind der Meinung gewesen, die Unterkommission sei dazu gewesen, den staatlichen Bergbau dem Privatbergbau in der Preispolitik zu unterstellen. Das ist allerdings das Ziel der Untersuchung nicht gewesen, sondern es sollte untersucht werden, ob nicht in der ganzen Struktur des staatlichen Betriebes Fehler vorliegen, die eine bessere Rentabilität verhindern. Der Artikel der „Post“ behauptet, der Fiskus säure dadurch, daß er einigen Betrieben billigere Kohle liefert, die Uneinigkeit auf Kosten der Gesamtheit der Steuerzahler. Mit solchen ethischen Gründen kommt man, wenn der Fiskus die

Ränderpolitik des Kalisyndikats nicht mitmachen will! Man beschuldigt auch den Fiskus der Doppelzüngigkeit und behauptet, er selbst habe die Preise für Hausbrandkohle erhöht. Man sagt Abg. v. Haffel, auch die Konservativen seien gegen Auswüchse. Nun das Kalisyndikat an sich mit seiner überproportionalen Macht ist ein einziger großer Auswuchs. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Syndikat will, muß auch ihre Auswüchse in Kauf nehmen. Bekanntlich wurde auf Anregung des Reichstages kürzlich eine Kartellquote vorgenommen. Aber bezeichnenderweise wurde der Reichsbeamte, der diese Quote zu bearbeiten hat, vom Stahlwerksverband für 100 000 M. wegengagiert.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man wollte seine Kenntnisse den Syndikatsmitgliedern mitteilen. Nach einiger Zeit wurde er entlassen, aber gegen die Bedingung, niemals wieder als Beamter gegen das Syndikat zu arbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht wird auch Dr. Kestner mit seinen großen Kenntnissen von diesen Herren einmal engagiert und damit für sie unerschöpflich gemacht. Es ist richtig, daß die Kohlenproduktion rasch ansteigt. Aber das liegt durchaus nicht im Interesse der deutschen Arbeiter. 11 Prozent aller Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen sind Ausländer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur im Interesse der Grubenkapitalisten liegt diese rasche Steigerung unserer Kohlenproduktion. Für die Absatzmöglichkeit dieser Kohlenmengen sind billige Ausfuhrtarife vorzuziehen. Besser wäre es, für billige Kohle leichter zu sorgen, damit z. B. die nieder-schlesische Kohle leichter verwertet werden kann. Aber davon will das Syndikat nichts wissen, denn das würde ja den deutschen Konsumenten zugute kommen! Dr. Kestner schildert sehr treffend, wie das Kalisyndikat je nach Belieben ausländische Industrien durch Ausfuhrvergütungen begünstigt ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der deutschen Industrie. (Hört! hört! b. d. Soz.) Herr Bruff hat Arm in Arm mit dem Scharmacher Hirsch-Effen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) die Verteuerung der Hausbrandkohle als ganz unerheblich bezeichnet. Nur 2,50 M. im Jahr! Nach beiden Herren sollen die Arbeiter bereit sein, diese kleine Verteuerung zu tragen, denn die läme ja ihren Kameraden als Lohnerhöhungen zu gute. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dabei könnten

angeht die steigenden Niedriggewinne schon bei den heutigen Kohlenpreisen viel höhere Löhne gezahlt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Dr. Köchling: Welches Kapital ist auch hineingefloßen? Das weiß ich doch nicht, ich bin kein Kapitalist. (Große Heiterkeit.) Wenn für den Arbeiter eine Verteuerung um 2,50 M. nichts ausmachen soll, dann macht es erst recht nichts aus, wenn die Niedriggewinne der Grubenkapitalisten etwas beschnitten werden. (Sehr wahr! bei den Soz. Abg. Knupe: Die Gewerkschaftsbeiträge sind viel höher!) Die Gewerkschaftsbeiträge stehen in gar keinem Verhältnis zu den Aufwendungen der Kapitalisten für die Bekämpfung der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und Arm in Arm mit diesen Kapitalisten geht Herr Bruff! Das wird ihm untergehen bleiben. Das Kalisyndikat ist eine außerordentlich gefährliche Organisation. (Hört! Hört! bei den Nationalliberalen.) Das beweist Regierungsrat Dr. Kestner durchaus überzeugend. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Und ist das in keiner Weise lächerlich. Das Kalisyndikat ist mindestens ebenso reiß für die Verteuerung der Kohlen als der Absatz des Petroleum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die terroristischen Mittel, die das Kalisyndikat anwendet, um sich den Absatz zu monopolisieren, können von keiner anderen Organisation übertroffen werden. Jetzt strebt das Kalisyndikat dahin, sich die Staatsbetriebe dienstbar zu machen, die Kohlen zu verdrahten. (Abg. Knupe: Schredlich!) Gewiß wäre es schredlich, wenn es dem Kalisyndikat gelänge, seinen stärksten Gegner, den preussischen Fiskus, kneuzukriegen. Auch wir wehren uns an sich nicht gegen die Entwicklung zum Großbetrieb, aber in unserem Staate würde der Ruin dieser Großbetriebe nicht einzelnen Privatkapitalisten zugute kommen, sondern der Gesamtheit. Soll die Macht des Kalisyndikats gebrochen werden, dann bleibt nichts übrig als die Beseitigung des Privatkapitalismus aus dem gesamten Kohlenbergbau. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt sich. Abg. Bruff (H.) befreit, sich mit dem Abg. Hirsch-Effen für eine Verteuerung der Hausbrandkohle ausgesprochen zu haben. Abg. Leinert: Es stand im Bericht der „Germania“. Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung. Schluss 6 Uhr.

Parlamentarisches. Aus deutschen Kolonien. Die Budgetkommission des Reichstages setzte in der Donnerstagsitzung die Beratung des Etats für Ostafrika fort. Der Kommissionsbericht liegt ein schriftlich abgefaßtes Urteil des neuen Gouverneurs Dr. Schnee vor, das gründlich mit dem Schwine auftrumpft, als ob am Kilimandscharo und am Maruberge Weiße in nennenswerter Anzahl sich ansiedeln können. Der Gouverneur warnt die deutsche Presse, noch länger von einer Besiedlungsmöglichkeit durch Kleinheiber zu sprechen. Der Baumvolbau darf gleichfalls am Kilimandscharo als gescheitert gelten, die Viehzucht wird durch Malaria und Rinderpest enorm gehemmt, nur der Kaffeebau weist Fortschritte auf. Der Konservative v. Wöhlendorff trat für die Plantagenkultur im Gegenatz zu den Sozialdemokraten ein. — Der Volksparteiler Brand trat für den Jwang zur Arbeit bei den Negern ein; die Steuerzahlung sei eines der Mittel dazu. — Abg. Erzberger: Die Angabe, daß in 25 Jahren 150 000 Eingeborene bei Strafexpeditionen niedergemacht worden sind, halte er aufrecht. Allein in den Jahren 1905/06 seien anlässlich der Niederwerfung der Aufstände 50 bis 60 000 Menschenleben vernichtet worden. Ganze Dörfer wurden niedergebrennt und ganze Stämme ausgerottet. Sogar Kinder im Alter von zwölf Jahren wurden zur Hälftensteuer herangezogen. Genosse Ledebour: Früher habe man sogar davon gesprochen, 2,5 Millionen Deutsche in Ostafrika anzusiedeln. Diese Phantasie ist nun gründlich zerfallen. Daß die Freisinnigen noch kolonialschwärmerischer sich gebärden als die Regierung, sei doch bemerkenswert. Erfolgreiche Förderung verdiene jedoch die Eingeborenkultur. Redner begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der Reichsanwalt solle dafür sorgen, daß in dem Entwurf des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1914 größere Mittel zum Bau und zur Unterhaltung von Hospitälern für Eingeborene eingestellt werden. Staatssekretär Dr. Solf erklärte folgendes: von 1880—1902 sind 242 Weiße gefallen, außerdem 1008 schwarze Angehörige der Schutztruppe und 600 Hilfskräfte. Von 1903/12 sind 10 800 Kamerer im Kampfe gefallen, von 1880/02 nach ungenauen Angaben 15 400. Einem Gesamtverlust von 26 200 Eingeborenen stehen somit 242 getötete Weiße und 1648 farbige Schutztruppen gegenüber. Die Syphilis sei durch den Verkehr auf allen Wegen eingeführt worden. Die Prostitution werde durch behördliche Kontrolle und durch Kasernierung in Schranken zu halten gesucht. — Der Nationalliberale v. Nischhofen verurteilte, das Urteil des Gouverneurs Schnee zu entkräften. — Staatssekretär Solf widersprach lebhaft den Ausführungen Nischhofens. Das Urteil des Gouverneurs stütze sich auf solche Tatsachen und Dokumente, daß es nicht erschüttert werden könne. Genosse Roske betonte, daß auch die Zahlen der Regierung über die Menschenverluste in Ostafrika noch grauhaft genug seien, auch wenn die Angaben Erzbergers nicht stimmen sollten. Das Niederfallen schlecht bewaffneter Menschenmassen sei eine entsetzliche Barbarei. — Abg. Erzberger: Es sei nicht richtig, von Kämpfen zu sprechen. In Wahrheit werden die Eingeborenen zusammengetrieben und dann massenhaft niedergebrennt. Erzberger schilderte diese grauenhaften Menschenjagden, wie die armen Schwarzen meistens auf der Flucht wie Hasen zusammengejagt werden. Im Interesse des Ansehens Deutschlands und auch im Namen des Christentums müßte der härteste Protest erhoben werden gegen solche Menschenjagden. Die Macht der militärischen Befehlshaber sei zu brechen. Ein alter Schutztruppenoffizier habe erst kürzlich ihm gesagt: Ostafrika ist die Scherz-Ordnung-Plantagenkolonie. Dort „verdienen“ sich die Offiziere die Orden mit gekreuzten Schwertern verdient. — Staatssekretär Dr. Solf protestierte dagegen, die Schutztruppe als „schwarzen Mann“ hinzustellen. — Genosse Roske freute sich, daß die Sozialdemokratie bei der Bekämpfung der Menschenjagden in den Kolonien nun auch vom Zentrum lebhaft unterstützt werde. Major Dominik und seine Offiziere schieden nach solchen Menschenjagden mit dem Jägergruß „Weidmanns Heil!“ — Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Das Petroleummonopol. In der Reichstagskommission wurde am Donnerstag zunächst über einen Antrag des Zentrums verhandelt, nach dem Jahresbericht und Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung durch vom Rechnungshof des Reiches zu ernennende Sachverständigen geprüft werden sollen. Außerdem soll der Reichstag das Recht haben, den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft durch den Rechnungshof oder eine besondere Kommission einer Prüfung unterziehen zu lassen. Für den Antrag erklärten sich die Sozialdemokraten und Konservativen, weil dadurch dem Rechnungshof ein erweitertes Kontrollrecht gewährt würde; dagegen stimmten die Liberalen, weil der Antrag die Geschäftsführung erschwere. — Auf Antrag der Liberalen wurde beschlossen, daß der Geschäftsbericht der Gesellschaft dem Reichstage jedes Jahr vorgelegt werden muß. Sodann wurde abgestimmt über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats. Zunächst wurde mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie beschlossen, daß der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern bestehen soll. Sodann wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Liberalen angenommen, nach welchem dem Aufsichtsrat fünf Mitglieder des Reichstages angehören müssen. Die Liberalen wollten die Reichstagsmitglieder nur als beratende Mitglieder des Aufsichtsrates zulassen. Angenommen wurde weiter der Antrag der Sozial-

demokraten und der Liberalen, der den Detailistenorganisationen und den Konsumvereinen je zwei Vertreter zuspricht. Wertwüchsigkeit stimmt das Zentrum gegen den sozialdemokratischen Antrag. Weiterhin wurde auf Antrag des Zentrums und der Sozialdemokraten beschlossen, daß der Vorsitzende und die Mehrheit des Aufsichtsrates in feiner Weise an den Produktions- und Handelsorganisationen im Erdölgeschäft beteiligt sein dürfen. In der Frage der Lantienvergütung an die Aufsichtsratsmitglieder wurde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen, wonach lediglich Ersatz der Barauslagen und Tagegelder gewährt werden. Die Liberalen waren für Gewährung von Lantien, und das Zentrum wollte dem Reichsanwalt das Recht zusprechen, nach Guldanken besondere Entschädigungen zu gewähren.

Nach diesen Abstimmungen ging die Kommission zu der Frage der Fondsbildung über. Es wurde beschlossen, einen Rezervefonds nach den Anträgen der Liberalen zu bilden. Ihm sollen fünf Prozent des Reingewinns zugewiesen werden, bis er zehn Prozent des Anlagekapitals beträgt. Von da an soll er drei Prozent erhalten, bis er fünfzehn Prozent des Anlagekapitals ausmacht. Auch über die Bildung eines Preisausgleichs fonds besteht im Prinzip Übereinstimmung. Die Höhe wird auf 15 Millionen Mark festgesetzt. Der Preisausgleichs fonds soll zunächst verwendet werden, um den Aktionären eine Mindestverzinsung ihres Kapitals von 4½ Proz. zu garantieren. Sodann soll der Fonds verhindern, daß der im Gesetz festgelegte Höchstpreis überschritten wird. Wenn der Preisausgleichs fonds 15 Millionen beträgt, dürfen die Geschäftsüberschüsse nicht mehr in diesen Fonds fließen, sondern müssen zur Verabfolgung der Petroleumpreise verwendet werden. Das Zentrum sprach sich gegen die Verwendung des Preisausgleichs fonds zur Verbesserung der Dividenden aus. Der Sprecher der Sozialdemokratie betonte, daß eine gewisse Garantie für die Verzinsung der Aktien schon in Rücksicht auf die Beteiligung der Konsumvereine und Detailistenverbände geboten werden müsse. Es wurde im Anschluß daran noch ohne besondere Diskussion mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Konservativen beschlossen, daß die Dividende des Aktienkapitals 5 Proz. nicht übersteigen darf.

Dann ging die Kommission zur Erörterung der Frage über, ob im Gesetz ein Maximalpreis für eine gewisse Dauer von Jahren festgelegt werden soll. Der Redner der Sozialdemokratie betonte, daß an einer solchen Festlegung eines Höchstpreises festgehalten werden müsse, im Interesse des Schutzes der Konsumenten. Der Regierungsvertreter lehnte die Festlegung eines Höchstpreises im Gesetz nicht grundsätzlich ab. Er betonte aber, die Regierung würde dadurch gezwungen, Lieferungsverträge auf längere Zeit abzuschließen. Sie könnte also eine günstige Preiskonjunktur nicht ausnützen und das könnte zum Nachteil der Konsumenten ausschlagen. Die Vertreter der liberalen Parteien hielten es für das Schicksal des ganzen Gesehenswertes für direkt verhängnisvoll, wenn neben der Dividendenbegrenzung auf 5 Proz. auch noch ein gesetzlicher Höchstpreis auf einige Jahre festgelegt werde. Das Zentrum hatte ebenfalls einen Antrag auf Einsetzung eines Höchstpreises, und zwar von 16 Pf. pro Liter ab Tank, gestellt. Es hielt ein Monopolegesetz ohne den Höchstpreis von 16 Pf. für eine große Schädigung der Konsumenten, weil ohne eine solche Festlegung die Petroleumpreise sicher steigen würden. — Zur Entscheidung über diese Fragen wird es am Freitag kommen.

#### Das Wohnungsgeld der Beamten.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte in ihrer Donnerstagssitzung über 29 Petitionen aus Beamtenkreisen über Fragen in der Besoldungsreform. Anstatt Aufbesserung seiner Bezüge hat dadurch mancher Beamte eine Verschlechterung erhalten. Die Unstimmigkeiten und Härten für die Beamten sind derart, daß der Bundesrat Veranlassung nehmen mußte, im Jahre 1911 83 Orte in höhere Klassen des Wohnungsgeldzuschusses zu bringen. Der Vertreter des Reichshauptamtes erklärte, solange der Bundesrat nicht zur Aufstellung anderer Grundsätze gekommen sei, könne den Wünschen der Beamten nicht Rechnung getragen werden. Die Kommission war der Auffassung, daß die Wünsche der Petenten Berücksichtigung zu finden hätten. Gegenüber dem abnehmenden Standpunkt des Regierungsvertreters führte Genosse Kunert aus, es sei unrichtig, daß in den 29 Petitionen die grundsätzliche Seite der Frage nicht berührt worden sei. Die Kommission beschloß einstimmig, die 29 Petitionen als Material zu überweisen. Außerdem soll in einer Resolution, deren Wortlaut noch festzustellen ist, die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses nach gerechteren Grundsätzen gefordert werden.

### Gerichts-Zeitung.

#### Notizen auf der Bahn.

Der Mordfall zweier sog. gebildeter Novbys in einem Zuge der Wanneseebahn hatte gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II ein Nachspiel.

Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und Verleumdung war der 31jährige Kaufmann Otto Ley aus Königsberg angeklagt. Der Angeklagte, welcher aus dem Amtsgefängnis in Großlichterfelde vorgeführt wurde, hatte am 26. Juli v. J. in Begleitung des inzwischen wegen derselben Tat zu einem Jahre Gefängnis verurteilten Kaufmanns Paul Thurbahn einen in Kottbus wohnhaften Kunden besucht. Auf der Rückfahrt benutzten beide die Wanneseebahn. Sie legten sich lang auf die Sitzbänke. Als in Schlachtensee der Ingenieur Kasemann in Begleitung einer Robbinin Dobschin das Abteil betrat, blieben die beiden ruhig liegen. Kasemann bog sich, deshalb mit seiner Begleiterin in das Nebenabteil. Kaum hatten sie hier Platz genommen, als sie hörten, wie sich Ley und sein Begleiter über sie lustig machten und dabei unanständliche Redensarten gebrauchten. Als A. sich in ruhigem Tone jede Belästigung verbat, fielen die beiden sofort über ihn her und schlugen mit ihren Daumenknöcheln auf ihn und seine Begleiterin los. Dem Ueberfallenen, der mehrere stark blutende Wunden davongetragen hatte, blieb schließlich nichts weiter übrig, als in der Nähe des Bahnhofes Großlichterfelde die Notbremse zu ziehen. Das Schöffengericht in Großlichterfelde verurteilte die beiden Novbys zu je 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Als Irasschaffend sah das Gericht an, daß gerade

auf der Wanneseebahn wiederholt Klagen über Belästigungen laut geworden seien und das Publikum nur durch die Verhängung ganz exemplarischer Strafen gegen die Ergesse derartig roher Burschen geschützt werden könne. — Wegen des schöffengerichtlichen Urteils legte der Angeklagte Ley Berufung ein. — Das Gericht nahm auf die damalige Angetrunkenheit des Angeklagten und auf die inzwischen schon verübte Unterjochungshaft Rücksicht. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurde Ley zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt und gleichzeitig auf Antrag des Verteidigers aus der Unterjochungshaft entlassen.

#### Paletotdiebstähle in der 230. Gemeindefchule

lagen einer Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung und fortgesetzten Diebstahls zugrunde, welche gestern den Eisendreher Paul Lüdtke und die Frau Elise Petrusa vor die 4. Strafkammer des Landgerichts I führten.

In dem Monat Oktober vorigen Jahres wurden wiederholt während der Vormittagsstunden in der 230. Gemeindefchule in der Eßlinger Straße die auf den Korridoren unbeaufsichtigt hängenden Paletots der Schüler gestohlen. Ein besonders eingerichteter Ueberwachungsdienst blieb ohne Resultat, da die Diebe anscheinend die Kontrolle entbedt hatten. Mehrere Diebstähle wurden übrigens auch in anderen Schulen verübt. Die Kriminalpolizei hielt in verschiedenen Pfandleihen Nachfrage und entbedte auf diese Weise, daß mehrere der gestohlenen Paletots von einem Ehepaar Lehmann verfehrt worden waren. Die weiteren Ermittlungen führten zu der Festnahme der beiden Angeklagten, die mit Hilfe eines von ihnen mit dem Namen „Schmann“ gefälschten Mietkontraktes die gestohlenen Paletots bei verschiedenen Pfandleihern verfehrt hatten.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte Lüdtke von einem „Unbekannten“ acht Kinderpaletots zum Preise von 27 Mark gekauft zu haben.

Das Gericht hielt auf Grund der Beweisaufnahme beide Angeklagte für überführt und erkannte mit Rücksicht darauf, daß durch diese Diebereien die Eltern der Kinder, meist arme Leute, empfindlich geschädigt worden sind, gegen Lüdtke auf 9 Monate und gegen die Frau Petrusa auf 1 Jahr Gefängnis. Die Frau Petrusa wurde wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

### Aus aller Welt.

#### Die Jesuiten und der nicht plombierte Kuhschwanz.

In Valkenburg, der südholändischen Sommerfrische, haben die Jesuiten eine große Niederlassung. Hier arbeitet Vater Lehmann mit manchen anderen großen Geistern an der allgemeinen Einführung der christlichen Gerechtigkeit. Die gewerbsfähigen Brüder betreiben ausgedehnte Landwirtschaft, unterhalten Konvikt und Seminar und beherbergen in ihrem Kloster einige Hundert Insassen und Jügelinge. Die Regier in Valkenburg waren seit Jahren über die Herkunft des köstlichen Fleischbedarfs im Zweifel. Sie sahen wohl, daß die köstlichen Viehweiden fast gleichmäßig bevölkert blieben, konnten aber nicht ermitteln, wo der natürliche Zuwachs und der starke Zutrieb verblieb. Daß im Kloster Schlachtungen vorgenommen wurden, bestritten die Brüder ganz entschieden. Sie gaben als Bezugsquellen ihres Fleischbedarfs alle möglichen Orte an und beruhigten damit die anderen Bewerber. In Holland wird bei Rindviehschlachtungen eine Steuer von 5 Prozent des Wertes erhoben. Wer ein Stück Vieh schlachtet, muß dies bei der Steuerbehörde vorher unter Angabe des Wertes angeben. Die Steuerbehörde hat das Recht, das vorgezeigte Stück Vieh zu dem angegebenen Werte zu kaufen und die Schlachtung auf eigene Rechnung vorzunehmen. Ist das Vieh versteuert, so wird das durch eine am Schwanz befestigte Plombe besigtigt. Die Plombe darf bis zum vollständigen Verkauf oder Verbrauch des Fleisches nicht entfernt werden. Unrichtige Wertangaben ziehen eine fünffache Erhöhung der Steuer nach sich. Außerdem werden noch besondere Strafbestimmungen angewendet. Die Jesuiten in Valkenburg waren verdächtig, seit Jahren unangemeldete Schlachtungen vorzunehmen, doch gelang es nie, sie zu überführen. Erschienen die Steuerbeamten zur Kontrolle, so wurden sie unter irgendeinem Vorwande zurückgehalten, bis alles in Ordnung war. Jumeist waren nach Angabe des Bruder Pförtners die Brüder in der Vestunde. Der Beamte wartete, bis die „Stunde“ vorbei war. Unterdessen waren Fleisch und Häute wohlgeborgen und die pfliffig lächelnden Rindsgesichter liegen den Scheln nicht durchblicken. Als den Beamten die Geschichte zu hant wurde, sah wieder mal einer in der Pförtnerklausur und wartete das Ende der „Vestunde“ ab. Unterdessen kriegten andere Beamte über die Gartenmauer und schauten versteckt den eifrigen Arbeiten der Brüder zu. Sie hatten gerade wieder geschlachtet. Schweiftriefend brachte ein Bruder eine Kuhhaut angeschleppt, während andere mit der Beseitigung des Fleisches beschäftigt waren. Damit hörte alles Leugnen auf. Der ertappte Houtträger mußte mit seiner Last zum Steuerbureau, das verschleppte Fleisch wurde auf dem Speicher unter Gerümpel versteckt gefunden und den ehrsamten Paters ward der Prozeß gemacht. Die Schwarzen setzten alle Hebel in Bewegung, um die Klosterbrüder aus der Schlinge zu ziehen, doch alle Kunst erwies sich als vergeblich. Die Behörde stellte fest, daß das Kloster den Staat durch diese Steuerhinterziehung um viele Tausende Gulden geprellt hat. Ob der Staat in dessen Steuern und Strafen, die insgesamt einige hunderttausend Gulden ausmachen, bekommen wird, steht auf einem anderen Blatte. Es müßten eben keine Jesuiten sein, die den Staat betrogen. Die „schuldigen“ Brüder sind mittlerweile jenseits der Grenze und die „Unschuldigen“ wird man auch in Holland nicht hängen. Das Kloster aber ist „arm“ wie eine Kirchenmaus, so daß das Ende der Schmuggerei so ziemlich voraussehen ist.

#### Eine Stadt, die nicht wachsen kann,

weil sie seit 50 Jahren prozessiert. Die am finnischen Meerbusen gelegene Stadt Baltisport ist, so wird von dort berichtet, derart

mit Einwohnern überfüllt, daß von einem Wohnungswechsel nicht die Rede sein kann: Wer einmal ein Quartier bekommen hat, muß — mag es ihm passen oder nicht — damit zufrieden sein. Im vergangenen Jahre wurde in Baltisport ein einziges zweistöckiges Haus gebaut. Ost vergehen mehrere Jahre, ohne daß überhaupt ein Haus gebaut wird. Es fehlt in Baltisport vor allem an Baugrundstücken, obgleich die Stadt ganz von freiem Lande umgeben zu sein scheint. Das ist das sogenannte „Prozeßland“. Die Stadt Baltisport führt bereits seit ungefähr einem halben Jahrhundert mit dem benachbarten Gutsherrn einen Prozeß wegen des die Stadt umgebenden Landes. Es sind das über 100 Dejjatimen (etwa 100000 Quadratmeter), wo eben niemand etwas bauen kann, weil kein Mensch weiß, wem dies Land einmal zugesprochen wird. ...

#### Wieder ein kirchlicher Skandal.

Rom, 25. Februar 1918. (Fig. Ver.) Recht saubere Verhältnisse in einem gut christlichen und aristokratischen Milieu wurden durch einen Prozeß aufgedeckt, der am Abend des 24. in Rom seinen Abschluß fand. Angeklagt war ein französischer Geistlicher, Monsignore Monol De Lups, und zwar lautete die Anklage auf Diebstahl; als Nebenkläger traten der Marquis De Felici und Monsignore Luzzani auf. Dieser Luzzani zog während des Prozesses seine Privatklage auf Befehl der geistlichen Obrigkeit zurück, im Einklang mit dem im vorigen Jahre vom Vatikan erlassenen Bestimmungen, die den Geistlichen nur auf Grund besonderer Autorisation gestatten, die weltlichen Behörden anzugehen. Trotzdem erfolgte der Rücktritt des Nebenklägers zu spät, um allerlei Skandalöses den Augen der profanen Menge vorzuenthalten. Der Skandal hatte nämlich schon ausgelegt, daß er die Anklage seines priesterlichen Kollegen auf einen Kaseakt zurückführte, weil er, der Beklagte, Luzzani wegen ungehörigen Benehmens gegen eine junge Dame zur Rede stellen mußte. Auch ein pikantes Briefwechsel kam während des Prozesses zur Sprache und es wurde von dem Angeklagten ausgelegt, daß er häufig in elegantem Zivilanzug ausging und auch gewisse Lokale aufsuchte, die nicht gerade für den geistlichen Stand geeignet sind. Was die Anklage selbst betrifft, so sollte Mons. De Lups den beiden Klägern eine Uhr und zwei goldene Ketten entwendet haben, wieweil einem Zimmermädchen des Marquis eine Geldsumme von 50 Lire. Der Staatsanwalt hielt diesen letzten Diebstahl für nicht genügend bewiesen und beantragte für die anderen eine Gesamtstrafe von 6 Monaten und 20 Tagen Gefängnis. Das Gericht sprach den angeklagten Geistlichen wegen mangelnden Schuldbeweises frei. Der Einblick, den der Prozeß in Leben und Sitten des gutgläubigen römischen Adels und adligen Prälatentums erlaubte, ist ziemlich bezeichnend: Kläger und Beklagter gehen nicht gerade als Idealgestalten aus der Vorstellung hervor.

#### Das Urteil gegen die Automobilapachen.

Aus Paris wird gemeldet: In dem Prozeß gegen die Automobilbanditen lehrten die Geschworenen nach 18stündiger Beratung in den Sitzungssaal zurück. Der Präsident fragte die Angeklagten, ob sie noch etwas zu erklären hätten. Dieudonné schrie, er habe Gaby nicht angegriffen. Callemine sagte, daß er und Garnier den Kassenboten angegriffen hätten. Souby und Monier beteuerten, sie seien unschuldig. Um 7¼ Uhr zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Um 8 Uhr 20 Min. wurde dann das Urteil verkündet. Dieudonné, Callemine, Souby und Monier wurden zum Tode, Carouy und Wedge zu lebenslänglichem Zuchthaus, Deboe zu 10 Jahren Zuchthaus, Boyer und Sibatchische zu 5 Jahren Gefängnis, Déonard zu 6 Jahren, Crojat de Fleury zu 5 Jahren, Bélonie und Detwiler zu 4 Jahren, Gauzy und Jourdan zu 18 Monaten und Reinert zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Nach Verkündung des Urteils wurden die Verurteilten abgeführt. Der Verteidiger Dieudonné hat die Geschworenen, ein Vergnügungsgeheuch seines Klienten zu unterstützen.

Carouy, einer der gestern in dem Prozesse der Automobilverbrecher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilten Angeklagten, hat Selbstmord begangen.

#### Kleine Notizen.

Eine Eiferjuchtragedie. Auf dem in der Nähe von Walde belegenen Gute Karlsruhe spielte sich eine blutige Eiferjuchtragedie ab. Der Schweizer Frig Winkler unterhielt mit einem Dienstmädchen ein Liebesverhältnis und glaubte Grund zur Eiferjucht zu haben. Als das Personal am Mittwochabend in der Gesindestube beim Abendbrot saß, drang plötzlich Winkler in das Zimmer und erschmete mit seinem Revolver ein Schneefeu. Das Mädchen erhielt zwei Stutzen in den Kopf und eine in die rechte Brustseite; zwei Anekte erhielten ebenfalls Schüsse und wurden schwer verletzt. Alle drei Personen befinden sich in Lebensgefahr.

Zwei Schüler beim Eislauf ertranken. In dem Walddörferchen Karsbrunn bei Korbach ertranken am Mittwoch zwei Schüler, die beim Eislauf auf einem Waldweiher eingebrochen waren. Einer der beiden Knaben fand den Tod bei dem Versuche, seinen Spielkameraden zu retten.

Irresinniger Mörder. Der Arbeiter Berner, der im November vorigen Jahres ein achtzehnjähriges Mädchen aus Suhl ermordete, wurde nach längerer Beobachtung im Untersuchungsgefängnis zu Erfurt für unzurechnungsfähig erklärt.

Erdbeben. Wie aus Müllheim in Baden gemeldet wird, wurde am Donnerstag früh 4 Uhr 20 Min. im ganzen Karlsruherland ein heftiger Erdstoß verspürt, der im Gebirge noch stärker zu sein schien. Zugleich trat ein plötzlicher Witterungsumschlag ein. Schlimmere Folgen hat ein Erdbeben in Drau (Nigiet) gehabt. In der genannten Stadt stürzte der Justizpalast ein, auch mehrere andere Häuser wurden vollständig zerstört. Menschen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen.

Eisenbahnkatastrophe in Brasilien. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro entgleiste auf der Fahrt von Campinas nach Pocos d'Calbas ein Expreszug. Vier Personen wurden getötet und dreißig schwer verletzt.

„... Rothwein aus Malzstoffen ist vorzüglich und darf in keinem Lande nicht einmal fehlen.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!



Der schweigende Gemeindevorsteher.

Das es manchmal schwer hält, einen Menschen zum Schweigen zu bringen, ist bekannt. Das es aber zuweilen noch mehr Mühe kostet, jemanden zum Reden über eine Tatsache zu veranlassen, die aufzudecken seine Pflicht sein sollte, haben die Genossen Liebold und Lufcher aus Lübars-Waldmannslust erfahren, die gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III als Angeklagte standen.

Der Gemeindevorsteher Müller von Lübars-Waldmannslust hatte sich im Jahre 1910 um die Stelle des Gemeindevorstehers von Teltow beworben, angeblich, weil es ihm wegen der Differenzen, die in seiner Gemeinde vorhanden waren, dort nicht mehr gefiel.

In einer geheimen Sitzung teilte der Schöffe und Stellvertreter Müllers, Herr Tobien, eines Tages diese Tatsache mit. Des weiteren äußerte er, daß Herr Müller bereits in engerer Wahl stehe, und es sei so gut wie sicher, daß er gewählt werde.

Der Gemeindevorsteher Müller bestritt und nicht zutrafte. Er hatte sich an den Stadtverordneten Räder von Teltow gewendet und auch bei diesem persönlich vorgesprochen. Von diesem und auch durch das sozialdemokratische Wahlbureau in Teltow wurde Lufcher mitgeteilt, daß M. sich zwar beworben, aber ernstlich gar nicht in Frage gekommen sei.

Kunnehe gab Lufcher das Flugblatt heraus, in dem unter anderem gesagt wurde: „Was man der Gemeinde zu bieten mag, dafür hat die im vorigen Jahre erfolgte Gehaltsverhöhung des Gemeindevorstehers ein klassisches Beispiel.“

Gemeindevorsteher Müller bestritt, er habe nach Anbendungen, die er von einem verstorbenen Freund, der mit einem Stadtverordneten von Teltow bekannt war, bestimmt annehmen müssen, daß er gute Aussichten habe.

Zeuge Tobien sagte aus, er habe die Mitteilung von der Bewerbung durchaus nicht freundschaftlich, sondern offiziell aufgefaßt und sich verpflichtet gefühlt, sie der Gemeindevorstellung zu unterbreiten.

Die weitere Beweisaufnahme dreht sich darum, ob M. tatsächlich in engerer Wahl gestanden habe, bezw. bei der Auslese von 21 Bewerbern war, die von 185 gefordert wurden.

Der Staatsanwalt nahm an, die Angeklagten hätten ihre Behauptungen nicht bewiesen. Zeuge Räder sei nicht unglaubwürdig, könne sich aber irren.

Rechtsanwalt Daase als Verteidiger zergliederte in einer äußerst wirksamen Rede die Ausführungen des Staatsanwalts. Kein Mensch könne unter einer vorläufigen Auslese von 21 Bewerbern eine engere Wahl verstehen.

gehabt. Lufcher sei äußerst gewissenhaft in seinen Ermittlungen vorgegangen. Er müßte die Schlussfolgerungen ziehen, da Herr M. jede Auskunft verweigerte.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Begründung hieß es u. a.: Die Frage, ob M. in engerer Wahl gestanden habe, sei vom Gericht ausgeschaltet worden.

Der Wunsch, daß die Angeklagten, die ihre Pflicht erfüllten, deshalb mit je 300 M. bestraft werden, weil der Gemeindevorsteher „verärgert“ war, ist also nicht in Erfüllung gegangen.

Der Verbandstag der Maler

solte, wie ursprünglich beabsichtigt war, am Donnerstag beendet werden. Es stellte sich aber gestern heraus, daß noch ein dritter Sitzungstag in Anspruch genommen werden muß.

Stadtverordneten-Verammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 27. Februar 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Mischelet eröffnete die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf für den heute verstorbenen Charlottenburger Oberbürgermeister Schuster u. s.

Die erste Beratung des Entwurfs des Stadthaushalts- etats für 1913 wird heute an die Spitze der Tagesordnung gestellt. Der Etat balanciert mit 373 264 334 M. in Einnahme und Ausgabe;

haben die Finanzen der Stadt Berlin auf eine gesunde Grundlage gestellt. Keine Amtsvorgänger konnten an einem Tage wie dem heutigen die glückliche Entwicklung unserer Finanzen nachweisen.

Das Verhältnis von Einnahmen- und Ausgaben-Soll zu Anleihe, Verzinsung und Tilgung ist bei uns immer noch außerordentlich günstig. Das Vermögen der Stadt wächst in ganz erheblich stärkerem Tempo als die Schulden.

Der Betrieb durch die Kommune bereitet insofern Schwierigkeiten, als diese nicht der Konjunktur mit den Preisen folgen kann, weil Rücksichten auf die Allgemeinheit davon abhalten.

Die Verammlung nimmt die Vorlage an. Zwei leerstehende Paraden des Schützengrundes Schönhafer Str. 11 sollen zur Unterbringung der überflüssigen Klassen der 200. Gemeindefschule für 14 000 M. nach der Danziger Straße 62a transportiert werden.

65 Millionen im Etat, sämtlich für die städtischen Werke, 2 Millionen davon für die Nord-Südbahn. Für 1913 haben wir allein 9 Millionen mehr für Tilgung und Verzinsung neuer Anleihen aufzuwenden.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.

Die Verammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinne. Stadtv. Brunzlow (A. L.) berichtet über die Ausfüherverhandlungen über die Vorlage wegen Erhöhung der städtischen Aufwendungen für Arbeitsnachweiszwecke auf 144 000 M.



**Hönnen Sie intervenieren.** — **S. 23. 35.** Sie sind bis 1. Oktober an den Vertrag gebunden. Der Herr kann Sie schon jetzt vom Vertrage entbinden. — **Streit 19.** 1. Sind die Steuern für die Zeit bezahlt, während welcher die Arbeitslosigkeit gedauert hat, so kann Rückzahlung beantragt werden. 2. An den Vorständen der Einkommensteuer-Veranlagungskommission. — **Wilhelm W. 645.** 1. Rein. 2. und 3. Ja. — **S. 2. 2.** Sie hatten noch bis zum 1. Oktober. 2. Falls eine Beflagnahme vorliegt, dürfen Sie nicht mehr an den Wert zahlen, sondern die Raten an den Fälligkeitsterminen an den Gläubiger. Haben mehrere Gläubiger Pfänden lassen, so empfiehlt sich Hinterlegung und Mitteilung an die Gläubiger. — **S. 17.** Familienunterstützung und zwar in mindestens der Hälfte des Krankengeldes ist nur dann zu zahlen, wenn der Unterhalt der Familie hauptsächlich aus dem Einkommen der Frau bestritten wird. — **S. 2. 101.** Dagegen nähere Darlegung des Sachverhalts nicht zu be-

urteilen. — **S. 18.** Nicht Sie unter Darstellung des Sachverhalts ein Gesuch an die Armenverwaltung, eventuell lassen Sie sich mit einem Stadterordneten in Verbindung. — **S. 2. 30.** Sie sind zahlungspflichtig. — **S. 6. 17.** Ihre Ehefrau ist zahlungspflichtig. Sie selber sollten nicht für die Schulden. Gehört das geplante Verlöbniß Ihnen, so müssen Sie die Firma unter Befugung einer eidesstattlichen Versicherung, aus der sich Ihr Eigentumsrecht an dem Pfandstück ergibt, zur Freigabe auffordern, im Ablehnungsfalle klagen, auch mehrere Tage vor dem Versteigerungstermin beim Amtsgericht Berlin-Witte die Einstellung der Zwangsversteigerung beantragen. — **S. M. 3000.** Sie haben recht. — **C. G. 1001.** In erster Linie haftet der Vater, in zweiter Linie die Mutter. — **S. 2. 40.** Ja, sofern der Sohn dazu imstande ist. — **S. 2. 30.** Für die Zeit vom 1. Januar 1912 bis 31. Dezember 1912. — **Sr. P. 110.** Ja. — **S. 3. 17.** Die Veranlagung Ihrer Frau ist zu-

lässig, sofern diese der Religionsgemeinschaft noch angehört. — **S. 2. 110.** Ihre Frage ist unverständlich. — **S. 2. 27.** Die angeführten Umstände reichen zur sofortigen Lösung des Vertrages nicht aus. Fordern Sie unter Stellung einer Frist von etwa drei Wochen Befreiung der Rängel unter der Androhung, daß Sie nach Ablauf der Frist Klage auf Lösung des Vertrages erheben werden. Für die Klage ist das Amtsgericht Schöneberg zuständig. Sie hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Sie Ihre Behauptungen beweisen können und nicht etwa im Rückvertrage ein Verzicht auf das Lösungsrecht aus derartigen Umständen enthalten ist. — **S. 2. 155.** 1. bis 3. Falls mehrere Männer in der gesetzlichen Erbfolge mit dem Mädchen verheiratet haben, ist keiner alimentationspflichtig. — **Koppe 158.** Ist der Lehrling dazu selber nicht imstande, so kann ein Gesuch an die Schuldeputation um unentgeltliche Bewilligung der Lehrgelder gerichtet werden.

Unserem Genossen  
**W. Friedrich** nebst  
**Frau**  
zur Silberhochzeit  
die herzlichsten Glückwünsche!  
**Die Genossen des**  
**129. Bezirks.** 847

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Frankfurter Viertel. Bez. 263.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Klempner  
**Georg Velten**  
Marxstr. 6, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Andreas-Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
211/15 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Frankfurter Viertel. Bez. 375.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Hausdiener  
**Wilhelm Niederschuh**  
Glabbecker Str. 46,  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Georgen-Kirchhofes in  
Weihenfelden aus statt.  
211/14 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Köpenicker Viertel. Bez. 108.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Goldschmied  
**Ernst Seiffert**  
Cuvyrstr. 2, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 28. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Georgen-Kirchhofes,  
Landsberger Weg, aus statt.  
211/13 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.  
Görlitzer Viertel. (Bezirk 502 I.)  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Nachricht, daß unser Genosse, der  
Formier  
**Gustav Wappler**  
Förster Str. 10, gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
Neußölln, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
211/13 **Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**  
der deutschen Wagenbauer.  
Filiale Neukölln II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schmelz  
**Ludwig Nikesen**  
am 26. Februar plötzlich ge-  
storben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Freitag,  
den 28. Februar, nachmittags  
4 Uhr, von der Halle des  
Neußöllner Gemeinde-Friedhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
257/9 **Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokrat. Wahlverein für**  
d. Reichst.-Wahlkr. Niederbarnim.  
**Bezirk Lichtenberg.**  
Den Genossen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Frau Martha Sonneck**  
Friedrich-Karl-Str. 31  
verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet Sonn-  
abend, nachmittags 3 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle in Korymben aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
14/5 **Die Bezirksleitung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Gärtner  
**Emil Konrad**  
am 26. Februar gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 2. d. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Thomas-Kirchhofes in  
Neußölln, Hermannstraße, aus statt.

Feiner starb unser Mitglied,  
der Formier  
**Gustav Wappler**  
Förster Str. 10, am 26. Februar  
an Schlaganfall.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
Neußölln, Hermannstraße, aus statt.

Feiner starb unser Mitglied,  
der Metallarbeiter  
**Adolf Guthke**  
Sprengelstr. 2, am 26. Februar  
an Halssteifen.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Friedhofes in  
der Wälderstraße aus statt.

Feiner starb unser Mitglied,  
die Arbeiterin  
**Georg Velten**  
Marxstr. 5, am 26. d. März, an  
Judenleiden.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Andreas-Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt.

Feiner starb unser Mitglied,  
die Arbeiterin  
**Hedwig John**  
Neußölln, Remichstraße 5, am  
26. Februar an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeinde-Friedhofes in  
Neußölln, Mariendorfer Weg, aus  
statt.

**Zentralverband der Handlungs-  
gehilfen.**  
Bezirk Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Konrad Beyrich**  
(Bez. Schöneberg)  
am 23. Februar verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von  
der Halle des 2. städtischen Fried-  
hofes, Schöneberg, Eglstrabe,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
283/5 **Die Ortsverwaltung.**

**Kein Kredit-  
haus!**  
Reelle Waren-  
Ausstellungen.  
Parterre (600 qm)  
und im  
Fabrikgebäude.  
Teilzahlungen  
erhöhen  
nicht  
diese billigen  
Preise.  
**Braut-  
leuten  
Rabatt!**

Allen Bekannten die traurige  
Nachricht, daß unser lieber Bruder  
und Schwager  
**Karl Patt**  
plötzlich verstorben ist. 26718  
Familie Wallroth.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Zentral-  
Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Am 25. d. März verstarb nach  
kurzem, schwerem Leiden mein  
Vertreter, Herr  
**Karl Patt**  
im Alter von 45 Jahren.  
Durch seinen unermüdlichen  
Nicht und seinen offenen und  
liebendwürdigen Charakter hat er  
es verstanden, sich die Liebe und  
Achtung seiner Kunden und  
Kollegen zu erwerben. Ich ver-  
liere in ihm einen treuen Mit-  
arbeiter und werde ihm stets ein  
ehrendes Andenken bewahren.

**Fritz Grundmann,**  
Vorfabrikant,  
Weingroßhdlg. u. Frucht- u. Gemüse-  
Berlin O. 34, Komitener Str. 45.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 1. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters  
**Gustav Müller,** lagen mir allen  
Bekanntem, Freunden und Be-  
samteten sowie den Kollegen der Firma  
Bergmann unseren besten Dank.  
**Blume Müller nebst Kindern  
und Mutter.** 6874

**Dankfagung.**  
Für die so innige Teilnahme sowie  
Krankenspenden bei der Beerdigung  
meiner lieben Frau und Mutter lagen  
mir unseren herzlichsten Dank.  
**August Günther  
und Familie.**  
Für die uns erwiesene Teilnahme  
und schönen Krankenspenden bei der  
Beerdigung meines lieben Vaters  
und Vaters sage ich hiermit besten  
Dank.  
**Marie Wiese und Kinder.** 3374

**FREDDY-  
GOLD**  
RAUCHT  
GANZ  
BERLIN!  
23

**Arbeiter - Radfahrer-  
Bund Solidarität.**  
Ortsgruppe Berlin.  
**Sämtliche Touren**  
für Sonntag, den 2. März,  
fallen wegen der Frauen-Ver-  
sammlungen aus. 10/11  
**Heute:  
Zentralfahrt-Sitzung.**

**Tuchstoffe**  
Anzugstoffe, Hosentstoffe, Reste.  
**Neuheiten Molkenmarkt 12-13**  
sehr billig.  
Tuchlager Carl Engel.

**Rote + Lose**  
Ziehung 7. u. 8. März  
**Lose Mk. 3.30.**  
**Naturschutzpark - Lose**  
Ziehung 18. u. 19. März  
**Lose Mk. 3.30.**  
**Coburger Geld-Lose**  
Ziehung 8.-12. April  
**Lose Mk. 3.30.**  
Porto und Liste pro Lotterie  
30 Pf., Ausland 60 Pf. extra  
versendet auch unter Nachn.  
die allbekannte  
**Glückskollekte**  
**Oppenheimer - Kaufmann**  
Gr. Bockenheimerstr. 21  
Frankfurt a. M.  
Prospekte aller Lotterien  
gratis und franko.

**Wasche  
mit  
Henkel's  
Bleich-Soda.**

**Pianos**  
liefert Pianofabrik  
auf Teilzahlung  
sehr preiswert bei  
mässig. Zinsvergütung.  
Gegenseitige Dis-  
kretion Bedingung.  
Geht Anfragen unt.  
J. D. 8985 bef.  
Rudolf Mosse,  
Berlin  
S.W.

**Herrnstiefel** jetzt nur **4 95**  
**Damenstiefel** eleg. Ausf. **4 65**  
**Klein sind jetzt die Preise im**  
**TOTAL-AUSVERKAUF**  
der Filiale Charlottenburg, Mehringstr. 34  
jetzt nur **3 95** wegen **5 75**  
Damen- Stiefel **Aufgabe** Herren- Stiefel  
**LEWINSONN'S**  
Schuh-  
Haus  
Lack-  
Halbschuhe **4 95**  
Kinderstiefel  
sehr haltbar  
Größe 27-30 **3 75**  
31-35 **4 25**

**Konsum-Produktiv- und Sparverein Zehlendorf und Umgegend.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Aktiva.	Bilanz vom 31. August 1912.	Passiva.	
Sammelkassen-Konto,	119724,78	Dispositionsfonds-Konto	800,—
G. G. G. . . . .	799,35	Gausanteil-Konto . . . . .	9530,—
Rafen-Konto . . . . .	2987,07	Sparanlagen-Konto . . . . .	9101,86
Waren-Konto . . . . .	26085,24	Vierantenn-Konto . . . . .	11689,12
Berufungs-Konto . . . . .	339,90	Geschäftsguthaben-Konto . . . . .	6853,92
Einrichtungs-Konto . . . . .	407,30	Kautions-Konto . . . . .	1100,—
Kautionshinterlegungs-Konto . . . . .	950,—	Referenz-Konto . . . . .	3618,50
Zehlfonds-Konto . . . . .	397,34	Sparbonds-Konto . . . . .	63990,—
Bei ausgegabte Rückvergüt.	21,52	Sparmarken-Konto . . . . .	371,50
Gaus-Konto . . . . .	75695,20	Rothfands-Konto . . . . .	85,—
Rafen-Konto . . . . .	1062,61	Sparball-Konto . . . . .	7482,08
Bedienliste . . . . .	150,—	Konto: Noch zu zahlende	
Banklagen-Konto . . . . .	6189,90	Infotien . . . . .	898,18
Giro-Konto . . . . .	252,28	Gewinn- u. Verlust-Konto	4294,67
Wesenterrabatt-Konto . . . . .	292,—		
Zuwart-Konto . . . . .	4195,17		
	119724,78		119724,78

**Mitgliederbewegung.**  
Eingetretene sind . . . . . 151  
Ausgetretene sind . . . . . 18  
Bestand am 31. August 1912 . . . . . 608  
Die Geschäftsguthaben verminderten sich um . . . . . 1971,76  
Die Gesamtsumme vermehrte sich um . . . . . 3960,—  
Die Gesamtsumme beträgt am 31. August 1912 . . . . . 20640,—  
Zehlendorf, im Februar 1913. 103/13  
**Der Vorstand.**  
Joh. Krefeler. Karl Bonow. Aug. Zühr.

**Stolz**  
wie ein Spanier  
können Sie auf das  
hübsche und brauchbare  
Geschenk sein, das jedem  
Palet von Dr. Genter's  
Veidenseifenpulver  
„Goldperle“  
beiliegt.  
Verlangen Sie aber aus-  
drücklich  
„Goldperle“

**Patente etc.** erwirkt u. verwertet anerkn. schnell  
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslau  
Berlin, Gieschenerstr. 106, n.d. Pat.-Amt  
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss  
eine Erfindung für die Verwertung beschafft sein?“ gratis u. franko

**Engelhardt**  
**Special Hell**  
Flasche 10 Pf.  
Überall kauftlich!  
**Ein  
Qualitätsbräu**

**Möbel**  
Reelle Waren-  
Ausstellungen.  
Parterre (600 qm)  
und im  
Fabrikgebäude.  
Teilzahlungen  
erhöhen  
nicht  
diese billigen  
Preise.  
**Braut-  
leuten  
Rabatt!**  
**Otto Piehl**  
Berlin N. Brunnenstraße 120



# Genossinnen! Heute abend Flugblattverbreitung für den Frauentag am Sonntag, den 2. März.

## Der Charitasverband gegen die städtische Vormundschaft.

Am 1. April 1912 ist das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin in Funktion getreten. Es hat den Zweck, die Verhältnisse der in Berlin geborenen unehelichen Kinder zu bessern. Dieser Zweck wird dadurch erreicht, daß städtische Beamte den Vormundschaftsrichtern zu Vermählern vorgeschlagen und daß die unehelichen Kinder einer ständigen Aufsicht durch die Fürsorgestellen unterstellt werden. Der städtische Verfassungsvormund ist bestrebt, die Ansprüche des Kindes gegen seinen Erzeuger durchzusetzen, eventuell im Prozeßwege. Der Geschäftsgang ist so geregelt, daß die Geburten unehelicher Kinder von den Standesämtern sofort dem Vormundschaftsamt gemeldet werden, das seinerseits dem Vormundschaftsrichter einen städtischen Beamten zur Übernahme des Vormundschaftsamt in Vorschlag bringt. Daß ein städtischer Verfassungsvormund die Interessen der Kinder weit besser wahrnehmen kann, als das heute von zahlreichen Einzelvormündern geschieht, liegt auf der Hand. Und es ist verständlich, wenn von dem Gesichtspunkt aus die hiesigen Vormundschaftsrichter diese nähere Einwirkung durch Bestellung des städtischen Vormundes förderten. Das für einjährige Vorkinder der städtischen Verfassungsvormundschaft hat aufs Glänzende bewiesen, daß mit dieser Einrichtung ein dringendes Bedürfnis befriedigt wird und daß die Interessen der unehelichen Kinder in materieller wie in gesundheitlicher Beziehung aufs Beste gewahrt werden. Dieser recht nützlichen Einrichtung wurden von Anfang an von dem Charitasverband Schwierigkeiten gemacht. Der Charitasverband für Berlin und Vorort ist auf die Wahrung der Interessen der Katholiken bedacht; er verfolgt ausschließlich konfessionelle Zwecke. Er betrachtet es unter anderem auch als seine Aufgabe, Vormundschaften für uneheliche Kinder katholischer Mütter zu führen. Daher war ihm die Einführung der städtischen Verfassungsvormundschaft unangenehm. Der Charitasverband wandte sich an die Vormundschaftsrichter in Berlin und ersuchte, auch nach Schaffung der Vormundschaftsämter ihm noch Vormundschaften zu übertragen. Die Richter bestanden aber die städtischen Verfassungsvormünder. Der Charitasverband remonstrierte hiergegen und erhob in einer Reihe von Fällen Beschwerde beim Landgericht. Am 8. Oktober 1912 wies die 38. Zivilkammer des Landgerichts I die Beschwerde zurück, indem sich das Gericht in wesentlichen auf den Standpunkt der Stadt Berlin und der Berliner Vormundschaftsrichter stellte. Angesichts der großen Vorteile des streng organisierten städtischen Vormundschaftsamtes erklärte sich das Gericht mit der Bevormundung katholischer Mütter durch städtische Beamte anderer Konfession einverstanden.

Mit dieser landgerichtlichen Entscheidung gab sich der Charitasverband nicht zufrieden; er wandte sich nunmehr an das Kammergericht.

Das Kammergericht hat einen anderen Standpunkt wie das Landgericht eingenommen und die Beschwerde des Charitasverbandes für gerechtfertigt erklärt. Das Kammergericht hat das Urteil, das in der Sitzung vom 27. Dezember gefaßt worden ist, eingehend begründet. Es sagt unter anderem, daß eine Person, die nicht konfessionsgleich mit dem Mündel ist, aber im übrigen sich als Vormund eignet würde, so lange nicht als Vormund für ein Mündel anderer Konfession bestellt werden soll, als ein anderer Konfessionärer und auch sonst geeigneter Vormund zur Verfügung steht, es sei denn, daß besondere Gründe im Einzelfalle die Bestellung des konfessionsungleichen Vormundes gerechtfertigt erscheinen lassen.

Das Kammergericht hat gänzlich unbeachtet gelassen, daß die Verfassungsvormundschaft in Berlin nur bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres geführt wird und daß man nach Ansicht der hiesigen Vormundschaftsrichter Kinder in dem Alter bis zum sechsten Jahre zwar religiös, aber nicht konfessionell beeinflussen könnte. Außerdem kann eine religiöse Erziehung selbst im konfessionellen Sinne auch dann erfolgen, wenn der Vormund ein anderes religiöses Bekenntnis hat wie das Mündel.

Der Charitasverband hat nun auch eine Sammelvormundschaft und er will auch ferner seinen Geschäftsführer als Vormund für alle unehelichen Kinder katholischer Mütter bestellt sehen. Dadurch wird in keiner Weise das Interesse der unehelichen Kinder gewahrt. Es wird ein Weg gefunden werden müssen, um den unehelichen Kindern katholischer Mütter die Wohlthaten und Vorteile der städtischen Verfassungsvormundschaft zu teil werden zu lassen.

## Partei-Angelegenheiten.

### Kreis Teltow-Beeskow.

Anlässlich der Frauenversammlungen am Sonntag findet heute in folgenden Orten des Kreises Flugblattverbreitung statt: Adlershof, Trepow-Baumfalkenweg, Brix, Voßsdorf, Grünau, Johannishal, Köpenick, Niederlehme, Niederlehne, Nowawes, Tempelhof-Mariendorf, Wilmersdorf, Zossen und Charlottenburg.

**Reutlin.** In der heut abend 8 Uhr in Alkems Festhallen (großer Saal), Hasenheide 14, stattfindenden Operettenvorstellung „Die Nickermaus“ von Joh. Strauß sind noch eine größere Anzahl Billets a 85 Pf. inklusive Garberode an folgenden Stellen zu haben: Partispeditionen Redaritz, 3 und Stegriedstr. 28 sowie bei den Genossen Th. Gommender, Köpfer-Friedrich-Str. 132/133, Fritz Pfeiffer, Hermannstr. 10, Meier, Koch, Richter, Prinz-Dandjery-Str. 3, Karl Richter, Woblowstr. 7/8, Ede Weisstr. Soll das finanzielle Ergebnis nicht in Frage gestellt werden, bitten wir dringend, die Billets entzuziehen zu wollen. — Die nächste Stunde des Kurzes „Reiseübungen“ findet am Sonnabend, den 1. März, bei Parich statt. Sonntag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im gleichen Lokal; der letzte Vortrag des Vortragskurses: „Die Sozialdemokratie, was sie ist und was sie will“. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Genosse Otto Rühle, spricht über: Wirtschaftspolitik und Steuerwesen.

**Charlottenburg.** Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus wichtige Flugblattverbreitung.

**Tempelhof.** Heute, Freitag, von den bekannten Stellen aus wichtige Flugblattverbreitung.

**Steglich-Friedenau.** „Deutscher Humor“ wird in dem vom Bildungsausschuß am Sonnabend, den 1. März, im „Abrechts-Hof“ in Steglich veranstalteten Kunstabend zum Vortrag gelangen. Als Regisseur ist Herr Fritz Richard vom Deutschen Schauspielhaus gewonnen. Die Vorträge beginnen pünktlich 9 1/2 Uhr. Nach dem künstlerischen Teile findet Ball statt. Karten zum Preise von 30 Pf. sind an der Kasse zu haben.

**Trepow-Baumfalkenweg.** Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Auch die Frauen werden erfrischt, sich daran zu beteiligen.

**Niederlehne.** Heute, Freitagabend, 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

**Bezirk Strauß.** Heute, Freitag, abends 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung.

Am Sonntag, den 2. März, vormittags 8 1/2 Uhr, Handzettelerbreitung.

**Johannishal.** Heute, Freitagabend, 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

**Grünau.** Heute, Freitagabend, Flugblattverbreitung. Materialausgabe 7 Uhr in der „Grünen Ede“.

**Straußberg.** Am Sonnabend, den 1. März, bei Rose, Bürgergarten, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der gemeinschaftlichen Sitzung der Ober- und Niederbarnimer Vertreter in Eberswalde und Wahl des Wahlleiters zur Landtagswahl. 2. Wahl zur Kreiswahlkommission. 3. Bericht der Lokalkommission. 4. Vereinsangelegenheiten.

**Pankow.** Heute, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung von den Jahlabendlokalen aus.

**Bezirk Waldmannslust u. Umg.** Sonntag, den 2. März, früh 8 Uhr, in allen Orten des Bezirks Flugblattverbreitung.

## Berliner Nachrichten.

### Der Stadthauskassier für 1913.

Wurde gestern der Stadtverordnetenversammlung in dem vom Magistrat aufgestellten Entwurf vorgelegt. Der Stadtkämmerer Wöhl führte ihn ein mit einer Rede, die noch nüchterner war, als die Ertretreden der früheren Kämmerer Berlins es zu sein pflegten. Er sang kein allzuüberheißeres Lob auf den „günstigen“ Stand der Finanzen Berlins — viel Anlaß dazu hätte er ja wirklich nicht —, aber er verzichtete auch darauf, allzu schwarz zu malen. Daß die Stadt Berlin keine groß-zügige Finanzpolitik treiben kann, sei schuld des Staates, der erst noch durch die Gesetzgebung ihr die Wege ebnen müsse. Mit Genugtuung stellte der Kämmerer fest, daß es wieder gelungen sei, den neuen Etat mit dem alten Einkommensteuersatz von 100 Proz. zu balanzieren. Das ist allerdings nur möglich gewesen, weil der Etatentwurf mit den neuen Steuern auf Bier und Kino gerechnet und Erträge daraus bereits eingestellt hat. In den Ausgaben seien, behauptete der Kämmerer, „ganz bedeutende Aufwendungen für soziale Aufgaben“ enthalten. Er rühmte, Berlin werde allmählich sogar zu einem — „Muster für die Vororte“. Viel Aufsehens machte er von der Erhöhung der Arbeiterlöhne, die der Etat bringt. Sie konnte nicht länger aufgeschoben werden, das gab er selber zu. Er streifte auch die Frage des Ankaufs von Wäldern durch den Zweckverband und erklärte, bei der Höhe des geforderten Preises sei an eine baldige Einigung und an Einstellung von Ankaufsmitteln in den Berliner Etat nicht zu denken. Nach Aufzählung einiger dringender Aufgaben, die in aller nächster Zeit zu lösen sind, kam der Kämmerer zu dem Schluss, die Fülle der Pflichten zwingt, wie bisher, zu — äußerster Beschränkung. Das heißt: weil Berlin noch so viel zu tun nötig hat, muß es — möglichst wenig tun. Mit der eines Berliner Stadtkämmerers würdigen Mahnung, angesichts der „augenblicklich günstigen“ Finanzlage der Stadt „nicht übermütig“ zu werden, endete die Rede. Daß sie einen besonderen Eindruck hinterlassen hätte, werden vielleicht auch die Freisinnigen nicht behaupten wollen. Die Stadtverordnetenversammlung trat nicht, wie in früheren Jahren, so gleich in die Beratung ein. Sie wird mit ihr erst in der nächsten Sitzung beginnen.

### Des Pfarrers Hoffnung.

Ein in der Adlerstraße wohnendes Ehepaar H. hat kürzlich seinen Austritt aus der Landeskirche erklärt. Nun haben die H.'schen Eheleute auch Kinder. Unter ihnen befindet sich ein Junge, der Eltern die Schule verläßt. Dieser Junge hat bis jetzt den Konfirmandenunterricht des Pfarrers besucht. Jetzt kurz vor Schulschluss erhielt die Mutter des Knaben folgendes Schreiben von dem Pfarrer:

Bernauer Str. 4, 20.2. 1913.

Liebe Frau Hildebrand!

Da Sie heute Ihren Austritt aus der Landeskirche erklärt haben, haben Sie für Sie und Ihre Kinder auch jeden Anspruch an die Kirche verloren. Ich kann daher Karl auch nicht mit einsegnen, zumal er selbst offenbar schon jetzt im Gegenatz zur Kirche steht und Ihnen so wenig wie seinem Gott gehorcht. Ich hoffe, Gott wird Ihnen nicht eher Ruhe lassen, bis Sie Ihren Schritt bereut haben und wieder zu Ihm zurückkehren.

Schwarztopf, Pfarrer.

Der Herr Pfarrer ist formell im Recht, wenn er den Jungen von der Konfirmandenunterricht besetzt hat, so kann der Pfarrer nicht gezeugt werden, den Knaben zu konfirmieren, so wenig die Eltern verpflichtet sind, ihre Kinder in den Konfirmandenunterricht des Pfarrers zu schicken. Bei ihrem zweiten Sohne werden die Eltern sich mehr vorsehen und ihn so zeitig in die Jugendvorlesungen der Freien Gemeinde schicken, damit der Junge die Jugendweihe erhält. Die H.'schen Eheleute werden sich jetzt zu trösten wissen, glauben aber, daß der Pfarrer Schwarztopf in seinen Hoffnungen, die er auf seinen Gott setzt, betrogen werden dürfte.

Verkehrsverbesserungen auf dem Müggelsee, die namentlich schon für das kommende Frühjahr und den Sommer gesichert sind, werden besonders auch den Groß-Berliner Ausflüglern willkommen sein. Im Verleth auf der Ostseite des Sees bestand bisher ein Wirtshaus,

der gar nicht mehr zu übersehen war und jeden Tag, besonders aber an Sonn- und Feiertagen zu den lebhaftesten Klagen und ärgerlichsten Ausritten führte. Im Laufe der letzten Jahre entstanden ungefähr ein halbes Dutzend Müggelsee- und Spreesäfen. Die Sommer- und Gartenwirtschaften Müggelseestrandrestaurant, Müggelsee, Müggelsee und Neu-Neugolde gingen in wesentlichen jede auf eigene Faust vor. Dazu kam dann noch eine besondere Verbindung mit dem alten Dorf Rahnsdorf. An einer getregelten Verbindung dieser Lokale untereinander und zwischen dem Nord- und Südufer des Sees und der Spree schied es gänzlich. Der ein Motorboot betrieb, ohne ganz genau aufzupassen, wachte nie, wohin er kam und gelangte in der Regel gerade dorthin, wohin er nicht wollte. Diese Zustände wurden ganz unerträglich, seitdem namentlich das Freibad immer größere Rassen herausbrachte. Es reifte nun der Plan, alle diese Einzelfahrten aufzugeben und die Ordnung des ganzen Verkehrsweises in die Hände der Gemeindeverwaltung von Rahnsdorf zu bringen. Die erheblichen Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, sind jetzt überwunden. Die Königl. Wasserbauverwaltung stand von Anfang an dieser Neuregelung sympathisch gegenüber und erklärte sich sofort bereit, Konzeptionen für ein noch der Gemeinde Rahnsdorf zu erteilen und nur noch mit ihr Verträge abzuschließen. Mittwochabend erklärten sich in einer Besprechung mit der „Müggelsee-Kommission“, die die Gemeindeverwaltung zur Regelung aller Verhältnisse auf dem See eingeleitet hat, auch die Lokalbesitzer und die Motorbootbesitzer, die die Fahren bisher betrieben, mit der neuen Ordnung einverstanden. Die Gemeinde Rahnsdorf tritt nun in die noch bestehenden Verträge ein und schließt, soweit das erforderlich ist, neue mit dem Wasserbauamt Köpenick ab. Nach der neuen Ordnung wird noch einem bestimmten Fahrplan eine beständige Verbindung zwischen den beiderseitigen See- und Spreesäfen und allen Lokalen unterhalten. Die großen Motorfahrboote laufen von der Försterei Müggelsee an dem einen und von dem alten Dorfe an dem anderen Ende aus. Die Gemeindeverwaltung will alle etwaigen Ueberschüsse zu Verbesserungen und Erweiterungen des Betriebes verwenden. Der Plan geht dahin, nach und nach in die Motorflotte auch einige Dampfer einzuführen, um auch den Verkehr zwischen Friedrichshagen und der Rahnsdorfer Seite in festgeordnete Bahnen zu bringen.

### Werkblatt für geistig abnorme Kinder.

Die Schuldeputation hat ein Werkblatt für die Eltern solcher geistig abnormer Kinder, die vom Unterricht der Volks- oder Hülfschule ausgeschlossen werden müssen, entworfen und überreicht es an die betreffenden Eltern. Das Werkblatt hat folgenden Wortlaut:

„Wir haben uns zu mehreren Bedauern genötigt gesehen, Ihr Kind vom weiteren Schulbesuch auszuschließen, da es weder in der Gemeindeschule noch in der Hülfschule (Rebenklasse) gefördert werden kann, auch Privatunterricht für Ihr Kind nicht angebracht erscheint. Es wäre nun aber sehr bedauerlich, wenn Sie für Ihr Kind jetzt ohne jede weitere sachmännliche Einwirkung und ärztliche Überwachung würden aufhören lassen; auch die schwächste geistige Anlage ist in der Regel bei geeigneter Behandlung einer gewissen Entwicklung fähig, und in vielen Fällen ist es durch Ausbildung der Handgeschicklichkeit möglich gewesen, Geisteschwäche in gewissem Umfange erwerbssähig zu machen.“

Wenn Sie noch andere gesunde Kinder haben, ist im Interesse dieser die Entfernung des geistesschwachen Kindes aus Ihrer Familie dringend geboten, da sonst die übrigen Kinder durch das Zusammensein mit dem geistesschwachen geistig und körperlich geschädigt werden können.

Die geeignetste Stelle für die Ausbildung und Erziehung Ihres kranken Kindes ist die städtische Idiotenanstalt in Dalsdorf. Sie befindet sich zwar auf demselben Gelände wie die städtische Irrenanstalt, ist aber von dieser völlig getrennt. In einer besonderen Abteilung finden in ihr geistesschwache, noch bildungsfähige Kinder Erziehung und Unterricht in sachgemäßer Weise, ihrer Auffassung und Eigenart angepaßt, gute körperliche Pflege und ärztliche Behandlung der oft bei ihnen vorhandenen Mängel und Leiden.

Damit Sie sich überzeugen, wie gut die Kinder in dieser Anstalt aufgehoben sind, raten wir Ihnen, mit Ihrem Kinde Herrn Erziehungsdirektor Piper in der Anstalt zu besuchen (auch Sonntagsvormittag); er wird Ihnen gern die Einrichtungen und den Betrieb der Anstalt zeigen.

Der Antrag auf Aufnahme Ihres Kindes in die Anstalt ist an die Deputation für die städtische Irrenpflege (Berlin O., Rathaus) zu richten, die zunächst einen Fragebogen zur Ausfüllung überreicht. Wenn es nötig ist, wird der Rektor oder Hauptlehrer der Schule, die Ihr Kind besucht hat, oder sein früherer Klassenlehrer bereit sein, den Antrag für Sie abzufassen oder den Fragebogen auszufüllen. Für die Verpflegung in der Idiotenanstalt werden für den Tag 2,40 M. beansprucht. Mittellose werden jedoch ganz frei, wenig Vermittelte unter Zahlung eines verhältnismäßig nur kleinen Betrages zu den Verpflegungskosten aufgenommen. Die aufgenommenen Pflöglinge erhalten in der Anstalt alles, was zu ihrer Verpflegung und Erziehung erforderlich ist. In der Kost, Pflege und Erziehung wird zwischen den zahlenden und nichtzahlenden Pflöglingen kein Unterschied gemacht.

Die Angehörigen können die Anstalt Sonntags, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr, besuchen. Zur Auskunft über die Kinder ist der Herr Erziehungsdirektor in seinen Sprechstunden jederzeit bereit. Sollen die Eltern ihr Kind nicht länger in der Anstalt belassen, so können sie es jederzeit zurücknehmen.

Wir raten Ihnen dringend, sich zunächst wenigstens einmal die Anstalt anzusehen.“

Wir möchten bemerken, daß es Sache der Schulverwaltung ist, auch geistig abnormen Kindern geeigneten Unterricht zukommen zu lassen und den Eltern nicht noch Kosten hierfür aufzuerlegen.

Postalische Schneider scheinen sich in letzterer Zeit wieder zu häufen. Beim Sortieren der eingelieferten Briefe muß schnell gearbeitet werden. Dennoch dürften manche Fehler nicht vorkommen. So wird uns mitgeteilt, daß ein in Berlin am 20. Februar ausgegebener Briefkasten, der die unsehbar deutliche Adresse „Kopenhagenerstraße 71“ trägt, erst die weite Reise nach — Kopenhagen machen mußte, ehe er nach Berlin zurück und in den Besitz des Adressaten gelangte. Wie Briefträger erzählen, sollen im Reiche allerlei solche Verwechslungen von Straßennamen mit Städte-namen keineswegs zu den Seltenheiten gehören.

Der Oberbürgermeister von Charlottenburg, Herr Schusterhaus, ist gestern morgen gestorben. Schusterhaus erlitt am Dienstag vergangener Woche bei einem Besuch, den er einem Bekannten im Hotel Bristol machte, einen Schlaganfall, zu welchem eine Lungenentzündung hinzukam, und von dem er sich nicht wieder erholt.

### „Sozialdemokratische Waffendiebstahl“.

Die Reichsberhandspresse verbreitet unter dieser Ueberschrift eine verlogene Geschichte, nach der auf dem Berliner städtischen Gute Sobredtsfelde von Pfeisbergesellen, die im Zentralverband der



Zur Einleitung des Wahlkampfes findet am 14. März eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Abg. Genosse J. Vordardt referieren wird. Der Antrag des Kreises, das gemischte Kassensystem einzuführen, wurde angenommen. Sodann erfolgten 11 Neuaufnahmen.

**Vernau.**

Ueber die Technik der Landtagswahlen referierte Gen. Brühl in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Mit einem Appell an die Genossen, die kurze Zeit bis zur Wahl auszunutzen, um dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen, schloß der Redner seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum Punkt Kaiserfeier wurde beschlossen, die Vormittagsversammlung früh 8 Uhr bei Salzmänn stattzufinden zu lassen. Nachmittags findet von Wünsche aus ein Ausflug nach der Heide statt. Abends ist bei Salzmänn Tanz. Der Eintritt zur Feier wurde auf 20 Pf. festgesetzt. Dann teilte Gen. Schneider mit, daß in den letzten 14 Tagen 18 Neuaufnahmen vollzogen wurden.

**Zegei.**

Der Verkauf von russischem Fleisch durch die Gemeinde hat, wie in der letzten Gemeindevorstellung mitgeteilt wurde, einen Zuschuß von zunächst ca. 3000 M. erfordert; der Gemeindevorstand schlägt nun vor, unter zeitiger Erwartung als zu warmer Temperatur den Verkauf am 1. April einzustellen, um kein größeres Risiko einzugehen, das bei eventuellem Uebrigbleiben des Fleisches entstehen könnte. Demgegenüber hob Genosse Lichtenberg hervor, daß der preussische Landwirtschaftsminister die fernere Einführung doch bis 1. Oktober bereits zugesichert habe, die wärmere Witterung könne nicht allein die wahre Ursache zur Einstellung des Verkaufs sein. Nach seinen Beobachtungen hätte Zegei noch viel mehr Fleisch konsumieren können, nur hätte es von Berlin nicht mehr erhalten; er befürchte kein Uebrigbleiben von Ware. Nach längerem Debattieren wurde beschlossen, zunächst bei den beteiligten Schlächtern anzufordern, ob sie auf eigenes Risiko gewillt sind, zu den festgesetzten Preisen das russische Fleisch weiterhin zu verkaufen, wenn nicht, dann in Verhandlungen mit der Konsumgenossenschaft Grob-Berlin einzutreten und deren Geschäft hier den Vertrieb unter Vermittelung der Gemeinde als Käuferin von Berlin zu übertragen, allerdings auch mit einer Beschränkung des Quantums, um den hiesigen Schlächtern keine Konkurrenz zu machen. — Die bekannte Angelegenheit mit den von der Potsdamer Regierung verlangten Vorgärten und Rasenstreifen in gewissen Straßen zeitigte abermals eine echte Grundstücksinteressentendebatte, in der gegen das rigorose Vorgehen der Regierung heftig geredet und schließlich beschlossen wurde, nochmals vorstellig zu werden, um diese Sache in Rücksicht auf die hohen Kosten auf drei Jahre zurückstellen zu können. — Von den sieben Einprüfungen gegen die Richtigkeit der Gemeindevorläufe wurden sechs anerkannt; Gen. Lichtenberg plädierte auch für den siedenden Wähler, doch ohne Erfolg. — Die nun folgende Debatte über eine neue verschärfte Gewerbesteuerordnung war ebenfalls ein Interessententritt. Die arme Gemeinde braucht Geld und dies soll mit durch diese neue Ordnung beschafft werden. Durch sie werden besonders die großen Industriewerke wie Vorfis und Berliner Gaswerke betroffen, auch will man versuchen, die großen Schwankungen in den Einnahmen zu vermeiden. Bisher sind etwa 78 000 M. durch diese Steuer aufgebracht worden, jetzt sollen es 100—110 000 werden. Hiergegen wandte sich besonders Herr v. Vorfis, der eine breitere Verteilung dieser Last verlangte. Auch Herr Apothekenbesitzer Schäfer nannte diese neue Form eine ungerechte; er kam auf seine eigene Veranlagung des längeren zu sprechen und empfand es als große Härte gegen die Gewerbetreibenden, ohne dabei auf den Grundbesitz genügende und berechtigte Rücksicht genommen zu haben. Die Schen, über die 125 Proz. Gemeindezuschlag hinausgehen, müsse fallen, damit die Allgemeinheit mit erfährt würde zur Aufbringung der Mittel. Schließlich wurde die Sache der Staatskommission zur nochmaligen Erörterung überwiesen. — Zum Schluss der Sitzung kam Genosse Lichtenberg noch auf den Streit beim Zegeier

Gaswerk, das immer noch von der Firma Vorfis verwaltet wird, obwohl es seit 1. April vorigen Jahres auf Rechnung der Gemeinde betrieben werden soll, zu sprechen. Die Gemeindeverwaltung ist zur Vermittlung angerufen worden, doch Herr von Vorfis wendete sich als Vorsitzender des Aufsichtsrates dieser Aktiengesellschaft dagegen. Den Streit, dessen Ursache in einer Verzögerung von Arbeitskräften liegt, hält er nicht für berechtigt. Am Dienstag, den 25., sollte mit dem Gemeindevorstand verhandelt werden. — Es folgte noch eine geheime Sitzung.

**Spandau.**

Eine fürmische Militärarbeiterversammlung, welche von etwa 350 Personen besucht war, fand am Mittwochabend im „Roten Adler“ statt. Einberufen war die Versammlung vom christlichen Zentralverband Deutscher Militärhandwerker und Arbeiter zu dem Zweck, hier eine Ortsgruppe des christlichen Verbandes ins Leben zu rufen und die Militärarbeiter noch mehr zu zerplittern. Reichstagsabgeordneter F. Behrens hielt ein Referat über das Thema „Militärarbeiter und Parlament“. Redner verbreitete sich des längeren über die rechtliche Lage der Staatsarbeiter. Die Staatsarbeiter, welche im Eisenbahndienst und für die Vaterlandsverteidigung tätig sind, haben kein Streikrecht. Auf diesen Standpunkt stellte sich Behrens und hielt das Streikrecht für diese Arbeiter für unmoralisch. Bei der Erwähnung der Reichstagsverhandlungen über die Militärarbeiter ertönten laute Rufe wie Arbeiterverräter! usw. Behrens machte dann Propaganda für die christlichen Gewerkschaften und sagte, dieselben hätten es erst durchgesetzt, daß die Löhne bedeutend aufgebessert wurden. (Stürmische Heiterkeit.) In der Diskussion hielt als erster Redner der Angestellte Kiedel vom Telegraphenarbeiterverband scharfe Abrechnung mit den christlichen Gewerkschaften. Dieselben haben es erst durchgesetzt, daß durch ihre fortgesetzten Denunziationen der bekannte Erlaß gegen den auf nationalem Boden stehenden Militärarbeiterverband herausgekommen ist. Heute kommen sie her und versuchen auf Grund dieses Erlasses im Trüben zu fischen. Aber auch der Abg. Behrens habe eine lägliche Rolle gespielt. Im Reichstage habe er ohne jeden Beweises den Militärarbeiterverband sozialdemokratischer Tendenzen bezichtigt, trotzdem er ganz genau wissen müsse, daß die Verwaltung jeden Arbeiter, von dem sie weiß, daß er Sozialdemokrat ist, auf das Pfahloster werfe. Redner erwartet, daß der Abg. Behrens hier seine Behauptungen wiederhole und Beweise dafür erbringe. (Stürmischer Beifall.) In der weiteren Diskussion erklärte ein Staatsarbeiter, daß Behrens im Reichstage einen richtigen Fiertanz aufgeführt habe. Der Erlaß gegen den Militärarbeiterverband sei nur auf Denunziation zurückzuführen. Herr Behrens komme jetzt her und luche den Verband, der unter großen Opfern zustande gekommen ist, zu zerstören. Er spiele sich dadurch als Arbeiterfeind auf. — Als hierauf nochmals Abg. Behrens das Wort erhielt, ertönten Rufe: Verräter, Schluß usw. Redner führte aus, er habe die Beweise, daß der Militärarbeiterverband sich in Parteikämpfe eingemischt habe, im Reichstage bei sich gehabt, heute habe er sie nicht mit. (Stürmische Unterbrechungen.) Die Neutralität werde im Verbandsorgan nicht genügend gewahrt. In der weiteren Diskussion wurde Behrens scharf angegriffen und unter fürmischen Beifall seine Verdächtigungen gegen den Verband zurückgewiesen. — Als Behrens unter großer Unruhe das Schlusswort erhielt, verließen die Versammlungsbesucher mit einem Hoch auf den Militärarbeiterverband geschlossen den Saal und Behrens blieb unter großer Heiterkeit mit einem halben Dutzend Anhängern zurück.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. S. 29), Hamburg. Filiale Berlin 7. Sonnabend, den 1. März 1913, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Grepnermann, Kaiserwall Str. 3: Mitgliederversammlung. Anstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. Arbeiterorganisationen „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 2. März: Wanderung von Köpenick nach Hellmühle, alte Simon, Sammler, Uesdom. Abfahrt nach Köpenick Stettiner Bahnhof früh 5.59. Gäste willkommen.

Wahlkreis Uckermünde, Uesdom, Wollin. Die Landmannschaft erlucht Parteigenossen und Genossinnen, welche aus dem Wahlkreis gebürtig und hier wohnen, sich in der am 2. März im Lokal von Koborigo, Vorfisstraße 24, nachmittags 4 Uhr, tagenden Versammlung, aus Parteinteresse einzufinden.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 22. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Kriegsgelahr im fernem Osten. Von Speculator. — Theoretisches zur Ursache der Kriege. Von Ant. Baumel. — Ein Parteijubiläum. Von H. Wehring. — Der Kampf um die Volksschule in Sachsen. Von Herrn. Fleißner. — Großindustrie und Gewerkschaftsarbeit. Von Richard Waldt. (Schluß.) — Das württembergische Kartellverbrechen. Von E. Reil. — Notizen: Ueber die Lage der Textilarbeiter in Engländer-Juden. Von G. E. — Zeitlichrichtenschau.

Marktpreise von Berlin am 26. Februar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,38. Roggen, gute Sorte 16,35—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,50—17,10, mittel 15,80—16,40, geringe 15,20—15,70. Hafer, gute Sorte 18,30—20,20, mittel 16,60—18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Erbsenbohnen, weiße 35,00—60,00. Linen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stck Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kala 1,00—3,20. Jander 1,40—3,60. Heute 1,60—2,80. Parfäe 1,00—2,40. Schale 1,60—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stck Kresse 4,00—24,00.

**Witterungsübericht vom 27. Februar 1913.**

Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometerstand um 9 Uhr	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	755	S	Stiller	—	2	Saparanda	747	SSW	Stall	bd	—1
Hamburg	755	SSW	Stiller	—	3	Petersburg	744	SSW	Stiller	—	—1
Berlin	756	S	1 halb bd.	—	2	Sibir	758	SSW	Stiller	—	8
Kranf. a. M.	757	Still	Stiller	—	0	Aberdeen	754	S	Stiller	—	7
Rüdnen	761	S	1 halb bd.	—	4	Paris	766	SSO	Stiller	—	5
Wien	761	Still	Stiller	—	5						

Wetterprognose für Freitag, den 28. Februar 1913. Nieselw. milb, vielfach wollig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 26. 2.		am 25. 2.		Wasserstand	am 26. 2.		am 25. 2.	
	cm	cm <sup>1)</sup>	cm	cm <sup>1)</sup>		cm	cm <sup>1)</sup>	cm	cm <sup>1)</sup>
Wemel, Müst	302 <sup>2)</sup>	—6	Saale, Großsch	118	—1				
Vregel, Justerburg	—6 <sup>3)</sup>	—0	Gabel, Spandau <sup>4)</sup>	87	—6				
Weichel, Thurn	90 <sup>5)</sup>	—1	Kaibmetz <sup>6)</sup>	125	+5				
Dber., Mailbor	96	+3	Spre, Spremberg <sup>7)</sup>	90	0				
Krosen	113	—6	Bestow	165	—1				
Frankfurt	125 <sup>8)</sup>	—6	Beser, Wänden	180	—3				
Barthe, Schimm	48 <sup>9)</sup>	0	Winden	378	—6				
Landenberg	60 <sup>9)</sup>	—10	Rhein, Waxmiliansau	332	—1				
Rehe, Borsdamm	26 <sup>9)</sup>	0	Raub	194	—1				
Elbe, Leimertz	—23	—2	Rhin	166	—3				
Dresden	—144	—4	Redar, Heilsbronn	83	—2				
Barb	139 <sup>9)</sup>	—11	Rain, Qanau	169	—3				
Magdeburg	114 <sup>9)</sup>	—6	Roßel, Erier	81	—6				

<sup>1)</sup> + bedeutet Waß, — Fall. — <sup>2)</sup> Unterbeß. — <sup>3)</sup> Bei 1111 einßel. — <sup>4)</sup> Einßand. — <sup>5)</sup> Sttreiben. — <sup>6)</sup> Einßel.

**Knobben = Rosen**  
Beginn morgen!

Extra billige  
Ausnahme-Angebote

Hervorragend schöne  
**Modelle und  
Reisemuster**  
zu erstaunlich billigen Preisen

Man beachte das morgige Inserat!

**BaerSohn**

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Cogr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Prompter Versand nach außerhalb

Nachdruck verboten

Sonntag von 12—2 geöffnet

**Behördlich festgestellt**

wurde, daß wiederholt auch in  
der letzten Zeit die Marken

**Duke of York  
Duke of Edinburgh  
Königin von Saba**

gefälscht und nachgeahmt werden.

Wir warnen vor Ankauf dieser  
minderwertigen Nachahmungen

**Alle Qualitätsraucher**

wollen daher nur  
**echte Garbáty fordern**



# Chief Bonitum

folgtan überall



## Dampfbreien Kloppmaschinen

gekümben werden

Im Opialität ist hervorragend!

### Hygienische Haar-Pflege



**Thermal-Shampoo**  
flüssig

95%

natürliche Thermal-Mineralien

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor Dr. Stahlschmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten

### Aachener Thermal-Quellen

gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut und kranke Haare. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. — Zu haben in allen Drogeriehandlungen. Engros: Werrmann & Co., Berlin-Friedenau. Telefon: Umland 3700.

### Bücher-Neuheiten!

Franz Mehring  
**1807 bis 1812**

Von Tilsit nach Tauroggen.  
(Kleine Bibliothek No. 25.)

Franz Mehring  
**1813 bis 1819**

Von Kalisch nach Karlsbad.  
(Kleine Bibliothek No. 26.)

Preis jedes Bändchens brosch. 0.75; gebunden 1 M.

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69.

### Stoffe

Deutsch-englische Neuheiten für Herren und Damen. Einzelverkauf zu billigsten Engrospreisen. Tuchagentur, Yorekstr. 75 pt.

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Bl. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Gantjestrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 28. Februar 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Opernhaus.** Einflonie-Konzert.  
**Kgl. Schauspielhaus.** 1812. Deutsches. Der lebende Leichnam.  
**Königgrätzer Straße.** Die fünf Frauen.  
**Trianon.** Wenn Frauen reifen.  
**Theater am Nollendorfsplatz.** Die Studentengraben.  
**Kamödienhaus.** Die Generalbeze.  
**Neues Schauspielhaus.** Der aufstrebende Kraft.  
**Reichshallen.** Rebers Hofen.  
**Casino.** Am grünen Strand der Spree.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.** Pariser Luft.  
**Enkelspielhaus.** Majolika.  
**Walhalla.** Parole: Walhalla!  
**Jolies Caprice.** In Sachen Katenstein.  
**Die Doppelfirma.** Die Tochter der Braut.  
**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
**Neues Volkstheater.** Gelden.  
**Anfang 9 Uhr.**  
**Admiralspalast.** Eisballett: Flirt in St. Moritz.  
**Stierwarte.** Invalidenstr. 57-52.

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Andere.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Das Konzert.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Ghys und sein Ring.**  
Sonntag, nachm. 3.10 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**König Lear.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

**Deutsches Schauspielhaus**  
8 Uhr: Zum 100. Male:  
**Der aufstrebende Kraft.**

**Theater des Westens.**  
8 Uhr:  
**Die beiden Husaren.**

**Residenz-Theater.** 8 Uhr:  
**Die Frau Präsidentin.**  
(Madama la Présidente).  
Schwankl. 3 Akt. v. Dennemann u. Becker.  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Frau Präsidentin.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Mein Leopold.**  
Vollspiel m. Ges. in 3 Akten  
von Wolpff v. Erongre. Musik v. Blaf.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
Luzern.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Widerwärtigen Zählung.**

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr.  
**Letzter Tag!**  
Ein beispielloser Erfolg!  
**Die gr. Spezialitäten**  
9 Uhr:  
**Harry Walden**  
in seiner Groteske  
**Der Herzog v. Westminster**

**Passage-Panoptikum**  
**50 wilde**  
**Weiber** Männer  
Kinder  
vom Stamme der Ipprotron.  
Lobend! Ohne Extra-Entree!

**Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands**  
**Filiale Groß-Berlin.**  
Zu Ehren der Delegierten des Neunten Verbandstages  
findet am **Sonntag, den 9. März**, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine  
**Begrüßungsfeier**  
statt. — **Karten** für die Mitglieder und deren Frauen sind (für Berlin in der Geschäftsstelle, Engelufer 15; für die umliegenden Filialen bei den Vorständen) **kostenlos** zu haben. **Ohne Karte kein Zutritt.**  
Da die Zahl der zur Ausgabe gelangenden Karten in Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum nur eine beschränkte ist, so empfiehlt es sich, die Karten baldigst in Empfang zu nehmen. Ob auch weitere Familienangehörige zu der Feier zugelassen werden können, kann erst nach dem 5. März festgestellt werden; falls dann noch Billetts vorhanden sind, können solche auch für die übrigen Familienangehörigen der Mitglieder in Empfang genommen werden, jedoch haben Kinder unter 10 Jahren überhaupt keinen Zutritt.  
**Das Festkomitee.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
**Taubenstraße 48/49.**  
Abends 8 Uhr:  
**„Hohenzollern“-Fahrten.**

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
**Meyers Hosen.**  
Militärische Humoreske.  
Anfang 8 Uhr.

**„Clou“** :: Berliner ::  
Konzerthaus  
Mauerstraße 32. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Konzert!** des „Berliner Liederkrans“.  
gegr. 1886. Mitglied d. Berl. Sängerbundes, 240 Sänger. Leitung: Chorleiter Ernst B. Müller, unter Mitwirkung des Musika. des 1. Garde-Dräger-Regts., Dirig.: Oberm. Baars und:  
**Zillerthaler und Tegernseer Sänger**  
**Schuhplattler und Jodler!** Direktor Hans Starp.  
Anfang 8 Uhr. Karten im Vorverkauf 50 Pf. zu haben im „Clou“ und den mit Plakaten belegten Handlungen, Abendkasse 75 Pf. Vorzugskarten u. Passepartouts haben keine Gültigkeit!

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Hasenheide 108/114  
Täglich:  
**Bockbierfest**  
:: in den bayerischen Alpen. ::  
**5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.**  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

**Walhalla-Theater.**  
Reinbergweg 19/20, Rosenthal Tor.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
**„Parole: Walhalla!“**  
Große Jahres-Neue.  
Die Abkommen unserer Zeitung zahlen gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung für alle Plätze halbe Staffelpreise.

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Freitag, den 28. Februar 1913:  
**Kämpfende Herzen.**  
Komödie in 4 Aufz. v. Karl Gutzkow.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

**Herrnfeld Theater**  
Zum letzten Male:  
**Die Alpenbrüder.**  
**Wüstenmoral.**  
Auf. 8 Uhr. Borberl. 11-2 (Theaterkass.).  
Morgen:  
Sonntag, den 1. März:  
**Premiere der Novitäten**  
**Die Schonzeit-Jäger.**  
Wald-Idyll in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld.  
**Liebesprobe.**  
Plauderei von Ernst Klein.  
!! Billetts heute bereits zu haben !!  
**Casino-Theater**  
Lehringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:  
Trotz des großen Erfolges  
Nur noch bis inf. 6. März:  
**Am grünen Strand d. Spree.**  
Am 7. März Premiere:  
**Arturs Flitterwochen.**

**Admiralspalast.**  
Allabendlich:  
Das neue mit durchschlag.  
Erfolg aufget. **Eisballett**  
**Flirt in St. Moritz**  
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soliro im Luxushotel.  
3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte.  
Bis 6 U. v. 10 1/2, halb. Kassener Wein- u. Bier-Abteilung.

### Luisen-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:  
**„Und hätte der Liebe nicht...“**  
Schauspiel in 4 Akten von G. Kriegerberg und Ernst Ritterfeldt.  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:  
**Der Reisetamerad.**  
Abends 8 Uhr: Zum 25. Male:  
**„Und hätte der Liebe nicht...“**

**Zirkus Albert Schumann.**  
Heute Freitag, 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Sport-Vorstellung.**  
U. a.:

Auftreten des Herrn Direktor Alb. Schumann  
Auftreten von Fräulein Dora Schumann

**7 Luftvoltigeure 7**  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der unsichtb. Mensch.**  
Morgen Sonntag:  
**Keine Zirkus-Vorstellung.**  
sondern Ball der Karikaturisten

**Zirkus Busch.**  
Heute Freitag, 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Humoristischer Gala-Abend.**  
**Der mysteriöse Deckenläufer.**  
Madame Bellina del'Oro mit ihren dressierten Künsten sowie d. große Galaprogramm.  
Zum Schluß:  
Die große Prunk-Pantomime  
**„Sevilla“**  
in 6 glänzenden Akten.

**Metropol-Theater.**  
**Chauffeur — ins Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.  
**Otto Reutter a. G.**  
mit gänzlich neuem Repertoire!  
Abends 8 Uhr. Hausen gelattet.

**Trianon-Theater.**  
**Wenn Frauen reisen.**  
Anfang 8 Uhr.

**Folies Caprice.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die drei Saison-Schlager:**  
In Sachen Katenstein.  
Die Doppelfirma.  
Die Tochter der Braut.

**Theater Königstadt-Casino.**  
Gefe Holzmarkt u. Alexanderstraße.  
1. Minute v. Bahn. Samstagsbrüde  
Tägl. abds. 1/8, Sonnt. 1/6 Uhr:  
**Der Kammerjäger.**  
Gefangnisse i. 2 Bildern — u. das  
groß. Spezialitätenprogramm  
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.